

Stenografični zapisnik

desete seje

deželnega zbora ljubljanskega

dné 19. oktobra 1. 1881.

Nazoči: Prvosednik: deželni glavar Gustav grof Thurn-Valsassina. — Vladni zastopnik: deželni predsednik Andrej Winkler. — Vsi članovi razun: knezoškof dr. Pogačar, vitez dr. Bleiweis, Dollhoff, Klun, Pfeifer in Šavnik.

Dnevni réd:

- 1.) Branje zapisnika IX. seje deželnega zbora 17. oktobra 1. 1881.
- 2.) Naznanila deželno-zbornega predsedstva.
- 3.) Ustno poročilo specialnega odseka gledé svečanosti šeststoletnega vtelesenja dežele kranjske pod Najvišje habsburško vladarstvo.
- 4.) Poročilo finančnega odseka o novem zidanji muzeja z imenom »Rudolfsče«. (Priloga št. 52.)
- 5.) Poročilo odseka za preuredbo dvojne uprave o dotičnej predlogi. (Priloga št. 53.)
- 6.) Ustno poročilo tega odseka o preuredbi domovinske postave. (K prilogi št. 26.)
- 7.) Poročilo odseka za pretresanje letnega poročila o točkah, o katerih se ne bode posebej poročalo. (Priloga št. 56.)
- 8.) Poročilo pomnoženega upravnega odseka o vladni predlogi št. 27, zadevajoč nekdanji graničarski okraj Zumberk in občino Marijin dol. (Priloga št. 54.)

Obseg: Glej dnevni réd, razun točke 6., 7. in 8.

Seja se začne ob 10. minuti čez 10. uro.

Stenographischer Bericht

der zehnten Sitzung

des Landtages zu Laibach

am 19. Oktober 1881.

Anwesende: Vorsitzender: Landeshauptmann Gustav Graf Thurn-Valsassina. — Vertreter der k. k. Regierung: Landespräsident Andreas Winkler. — Sämmtliche Mitglieder, mit Ausnahme von: Fürstbischof Dr. Pogačar, Dr. Ritter v. Bleiweis, Dollhoff Klun, Pfeifer und Šavnik.

Tagesordnung:

- 1.) Lesung des Protokolles der IX. Landtags-Sitzung vom 17. Oktober 1881.
- 2.) Mittheilungen des Landtags-Präsidenten.
- 3.) Mündlicher Bericht des Specialauschusses, betreffend die Feier der sechshundertjährigen Einverleibung des Landes Krain zum Habsburgischen Allerb. Herrscherhause.
- 4.) Bericht des Finanzausschusses, betreffend den Neubau eines Landesmuseums Namens »Rudolfinum«. (Beilage Nr. 52.)
- 5.) Bericht des Verwaltungsreform-Ausschusses inbetreff der Doppelverwaltung. (Beilage Nr. 53.)
- 6.) Mündlicher Bericht des Verwaltungsreform-Ausschusses inbetreff der Aenderung des Heimatsgesetzes. (Zur Beilage Nr. 26.)
- 7.) Bericht des Rechenschaftsberichts-Ausschusses über die der besondern Berichterstattung nicht vorbehaltenen Mittheilungen. (Beil. Nr. 56.)
- 8.) Bericht des verstärkten Verwaltungsausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 27, betreffend den ehemaligen Militärgrenzdistrict Sichelburg und die Gemeinde Marienthal. (Beil. Nr. 54.)

Inhalt: Sieh Tagesordnung, mit Ausnahme der Punkte 6, 7 und 8.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 10 Minuten.

1.) Branje zapisnika IX. seje deželnega zbora dne 17. oktobra leta 1881.

1.) Lesung des Protokoll der IX. Landtags-Sitzung vom 17. Oktober 1881.

Landeshauptmann:

Ich constatire die Beschlussfähigkeit des hohen Hauses, eröffne die Sitzung und erlaube dem Herrn Schriftführer, das Protokoll der letzten Sitzung zu verlesen.

(Zapisnikar prebere zapisnik zadnje seje v slovenskem jeziku — Der Schriftführer verliest das Protokoll der letzten Sitzung in slovenischer Sprache.)

Wenn gegen die Fassung des eben verlesenen Protokoll keine Einwendung erhoben wird (nihče se ne oglasi — niemand meldet sich), so erkläre ich dasselbe für genehmiget.

2.) Naznanila deželno-zbornega predsedstva.

2.) Mittheilungen des Landtags-Präsidiums.

Landeshauptmann:

Ich habe die Ehre dem hohen Hause nachstehende Mittheilungen zu machen:

Der Herr Abgeordnete Pfeifer hat um einen weiteren achttägigen Urlaub angefragt, ich habe ihm denselben bewilliget. Dann hat der Herr Abgeordnete Savnik um einen dreitägigen Urlaub angefragt, den ich ihm ertheilt habe.

Unter die Herren Abgeordneten sind nachstehende Vorlagen vertheilt worden:

Priloga 54.

Poročilo pomnoženega upravnega odseka o vladni predlogi št. 27, zadevajoč nekdanji graničarski okraj Zumberk in občino Martjin dol.

Beilage 54.

Bericht des verstärkten Verwaltungsausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 27, betreffend den ehemaligen Militärgränz-District Sichelburg und die Gemeinde Marienthal.

Priloga 55.

Poročilo združenega finančnega in upravnega odseka o predlogi deželnega odbora priloga 46. o naredbah zastran vojaškega nastanjenja.

Beilage 55.

Bericht des vereinigten Finanz- und Verwaltungsausschusses zur Vorlage des Landesauschusses Beilage Nr. 46 über die Maßnahmen bezüglich der Militär-Einquartierung.

Priloga 56.

Poročilo odseka za pretresovanje letnega poročila o zadevah, o katerih se ne bode posebe poročalo.

Beilage 56.

Bericht des zur Prüfung des Rechenschaftsberichtes eingesetzten Ausschusses über die der besonderen Berichterstattung nicht vorbehaltenen Mittheilungen desselben.

Priloga 57.

Poročilo finančnega odseka o proračunu kranjskega deželnega zaklada za leto 1882.

Beilage 57.

Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag des krainischen Landesfondes pro 1882.

Weiters habe ich mitzutheilen, daß das stenographische Protokoll der 7. Sitzung in der Kanzlei zur Durchsicht der Herren Abgeordneten ausliegt.

3.) Ustno poročilo specialnega odseka gledé svečanosti šeststoletnega vtelesenja dežele kranjske pod Najvišjo habsburško vladarstvo.

3.) Mündlicher Bericht des Specialausschusses, betreffend die Feier der sechshundertjährigen Einverleibung des Landes Krain zum Habsburgischen Allerhöchsten Kaiserthume.

Berichterstatter Freiherr v. Apfaltrern:

Die Aufgabe, mit welcher mich der infolge des vorgestern angenommenen Dringlichkeitsantrages eingesetzte Ausschuss beehrt hat, die Anträge, welche er infolge seiner Berathungen dem hohen Hause vorzuschlagen sich erlaubt, hier zu vertreten, ist eine gewiss sehr erhebende. Es handelt sich um einen Gegenstand, der mit den Gefühlen eines jeden Krainers auf das angenehmste und wohlthwendigste verbunden ist. Ich hoffe auch, meine Aufgabe werde keine schwere sein, weil ich eben, das Vorhandensein dieser Gefühle voraussetzend und beinahe davon überzeugt bin, daß die Anträge des Ausschusses sich der Zustimmung des hohen Hauses erfreuen werden. Ich bin daher in der Lage, dieselben nur mit Skizzirung der wichtigsten Momente begründen zu dürfen, um mich der Hoffnung hingeben zu können, sie durch Beschluss des hohen Hauses als sanctionirt zu sehen.

Wer unter uns sollte im gegenwärtigen Momente sich nicht des erhebenden Augenblickes erinnern, in welchem der erhabene Vorfahr unseres kaiserlichen Hauses, Rudolf von Habsburg, auf dem Reichstage zu Augsburg, umgeben von den Kurfürsten und Vasallen, seine Söhne — Albrecht und Rudolf — mit den Ländern Oesterreich, Steiermark, Krain und der windischen Mark belehnt und durch diesen Act die Vereinigung dieser Länder und also speciell unseres Heimatlandes mit der Hausmacht des Hauses Habsburg für immerdar verbunden hat. An wessen Geist zöge im gegenwärtigen Momente nicht die reiche Anzahl von wechselvollen Bildern und Ereignissen vorüber, die die Verbindung des Hauses Habsburg mit dem Herzogthum Krain durch sechs volle Jahrhunderte durchgemacht hat! Es sind dies Bilder, welche in freudigen und hellen Farben, aber auch in düsteren und ernsten Tinten gehalten sind. Sie zeigen uns erhabene, wohlthwendige, wohlgemeinte Regierungsacte, Acte des Schutzes und Schirmes, Acte der Förderung von Bildung und Gerechtigkeit; sie zeigen uns aber auch Bilder der Greuel und des Krieges, der argen Noth, schwerer Heimjuchung, fürchterlicher Elementarereignisse, die einen beglückend, die anderen schwer prüfend, den einen das Herz erhebend und schwellend, den anderen es bedrückend und beengend. In allen diesen Wechselfällen des Schicksales hat das Haus Habsburg immer die Hand schützend und begünstigend über dem Lande Krain gehalten, nie hat es ihm Hilfe versagt, nie Unterstützung verweigert, wenn es in der Noth war, nie hat es Willkür an Stelle des Rechtes gesetzt. (Dobroklici — Bravorufe.)

Bis auf den heutigen Tag, bis zur uns bevorstehenden Vollendung des sechshundertjährigen Verbandes dauert der Schutz und dauern die Wohlthaten fort, welche das Haus Habsburg dem Lande Krain erwiesen hat und erweist, und es vergeht kein Jahr, in welchem nicht irgend ein Act landesväterlicher Fürsorge zu bezeichnen wäre zum Heile für die Geschicke Krains und zur bleibenden Erinnerung, daß es mit der Hausmacht Oesterreichs unlöslich verbunden worden ist. (Zivahni dobroklici — Lebhaftes Bravorufe.)

Wer fühlte nicht in einem solchen Momente das Bedürfnis, diesen Gefühlen einen Ausdruck zu leihen, nachdem ein so gewaltiger Zeitabschnitt von 6 Jahrhunderten hinter uns liegt? Wer fühlte nicht das Bedürfnis, diesen Act zu feiern, so gut als wir es eben vermögen?

Es ist ein gewiß nicht hoch genug zu schätzender Charakterzug des gegenwärtigen Trägers der Krone Habsburgs, daß er eine Feier sich nur denken kann durch Wohlthun, und wie sein ganzes Wesen groß und erhaben angelegt ist, so sind auch die Acte seines Wohlthuns großartig und erhaben. Er liebt es aber auch, daß seine Völker, wenn sie eine dynastische Feier begehen, dieselbe mit Wohlthun verbinden. Diese Rücksicht war es, welche den Ausschuss bestimmt hat, jene Vorschläge zu machen, welche er durch meine unwürdige Person dem hohen Hause zur Beschlussfassung vorlegt. Und wenn ich mir erlaube, die Genehmigung derselben zu erhoffen, so leitet mich der eine Gedanke: So wie Kaiser Rudolf den Act der Belehnung mit der Erlassung des ersten Landfriedens eingeleitet hat, so wollen wir das sechshundertste Jahr der Vereinigung mit Oesterreich auch mit einem Acte der Einigung begehen. (Zivahni dobroklici — Lebhaftes Bravorufe.)

Unter den Anträgen, welche der Ausschuss dem hohen Hause zu stellen sich erlaubt, treten zwei in den Vordergrund, welche eben Acte des Wohlthuns sind. Sie finden einen Antrag, gerichtet auf die Durchführung eines Actes wahrer Hochherzigkeit, welchen die Laibacher Sparkasse aus Anlaß der Vermählung Sr. k. k. Hoheit Erzherzog Rudolf dadurch vollzogen hat, daß sie den Betrag von 100,000 fl. zur Gründung eines Museums für das Land Krain bestimmt hat. Diese Widmung zur Vollständigkeit zu bringen, ihr die Ausführung zu sichern, ist Zweck des ersten Antrages, und ich glaube nicht nöthig zu haben, ihn als einen Act der Wohlthat zu bezeichnen, wenn ich Sie, meine Herren, daran erinnere, daß dieses Museum bestimmt ist, durch Sammlung und Ausstellung von Gegenständen aus der Geschichte Krains die Jugend zum Studium derselben anzuweisen, ihr das Studium der Landeskunde überhaupt zu erleichtern, es fruchtbringend zu machen. Und nicht bloß die Geschichte der Vergangenheit und die Kenntnis des Landes ist der specielle Zweck dieser Widmung, sondern es wird damit auch die Errichtung eines Gewerbemuseums bezweckt, es soll der dem Kunstgewerbe sich widmenden Jugend die Möglichkeit geboten sein, in mustergiltigen Objecten dieses Faches ein Vorbild des Strebens und der Nachahmung vor das Auge vorgeführt zu sehen.

Sowie also das »Rudolfinum« seinerzeit ein wohlthätiges Institut für die mit jugendlicher Kraft vorwärts strebende Jugend sein wird, so soll vermöge des zweiten Theiles des zu stellenden Antrages ein Siechenhaus dem breithaftesten und hilfbedürftigen Alter eine Wohlthat sein. Das eine für die Jugend, das andere für das Alter. In

der Mitte liegt die Manneskraft, die das ausführen soll, was ein wohlthätiger Act für die Welt zu schaffen sich vorgenommen hat. (Dobro! na desni — Bravo! rechts.)

Aus diesen Gründen erlaubt sich der Ausschuss dem hohen Hause folgende Anträge vorzulegen und der Annahme zu empfehlen (bere — liest):

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1.) Eine aus dem Landeshauptmanne und zwei vom Landtage aus seiner Mitte zu wählenden Mitgliedern bestehende Deputation, welcher mit einem Vertreter sich anzuschließen die Laibacher Sparkasse einzuladen ist, werde an das Allerhöchste Hoflager mit dem Auftrage entsendet, um Sr. k. und k. Apost. Majestät die Bitte des Herzogthums Krain um Genehmigung der Feier der 600jährigen Zugehörigkeit des Landes Krain zur Hausmacht des Allerhöchsten und durchlauchtigsten Kaiserhauses und um huldvollste Theilnahme hieran allerunterthänigst vorzutragen.

2.) Der Landesauschuss wird beauftragt:

- a) die Allerhöchste Genehmigung der Entsendung dieser Deputation höchsten Ortes durch die k. k. Regierung nachzusuchen;
- b) das Programm für die Jubelfeier im Einvernehmen mit der k. k. Regierung und dem Magistrate der Landeshauptstadt Laibach, eventuell auch unter Cooption anderer hiezu als angemessen erscheinender Persönlichkeiten zu entwerfen und dessen Genehmigung Allerh. Ortes zu vermitteln.

3.) Zum Denkmale des in dieser Säcularfeier zum festlichen Ausdruck gelangenden hochfreudigen Dankes Krains ob seiner Zugehörigkeit zu dem unter Habsburgs glorreicher und milder Dynastie vereinten Oesterreich widmet die Landesvertretung Krains:

- a) das im 600. Jahre dieses seines Verbandes zu inaugurirende, durch die zur Vermählungsfeier Seiner k. und k. Hoheit des durchlauchtigen Kronprinzen Erzherzogs Rudolf mit Ihrer k. und k. Hoheit der durchlauchtigen Erzherzogin Stefanie votirte Beitragswidmung der Laibacher Sparkasse und aus Mitteln des Landes mit vereinten Kräften seiner Bewohner und Anstalten zustande kommende Museum »Rudolfinum«, — und
- b) bis zu dem Zeitpunkte, in welchem die Mittel des Landes und anderer Wohlthäter die Gründung einer Landes-Siechenanstalt ermöglicht haben werden, die fünfprocentigen Jahreszinsen eines Kapitals von fünfzigtausend Gulden zu Stipendien, welche an derselben bedürftige sieche Landesfinder vom Tage der Jubelfeier an in Jahresbeträgen von 50 fl. zur Auszahlung zu gelangen haben.

4.) Der Landesauschuss wird ermächtigt, den erforderlichen Kostenbetrag der Jubelfeier selbst den disponiblen Kassebeständen des Landesfondes zu entnehmen, und wird die Indemnität für den zu diesem Zwecke in Anspruch zu nehmenden Nachtragscredit für das Jahr 1882 zugesichert; endlich wird er beauftragt, die Allerh. Sanction des Beschlusses ad 3. b im vorgezeichneten Wege nachzusuchen. (Dobro! na desni — Bravo! rechts.)

Poslanec Graselli:

Z navdušenjem je kranjski deželni zastop sprejel predlog prečastitega gospoda poslanca barona Äpfaltretra, ki meri na to, da kranjska dežela objavi prihodnje leto svojo udanost do presvetlega habsburškega prestola. Gotovo je odmeval ta njegov predlog in navdušenje deželnega zastopa do zadnje kočje naše dežele, in preverjeni smemo biti uže danes, da bode prihodnje leto tekmovala občina z občino po vsi širni domovini, da izrazi na dostojni način svojo vdanost in zvestobo do habsburške dinastije. (Dobro! na levi — Bravo! ĩnfš.)

Ravno tako, kakor predlog, katerega je gospod predgovornik poslednjikrat stavil, so patrijotične besede, s katerimi je danes svoje poročilo utemeljeval, vzbudile v vsakem srcu priznanje in pritrjenje in v tem obziru — tega ni treba povdarjati — ni v celi deželi nobenega razločka, ni človeka v celi deželi, ki bi z navdušenjem in s polnim prepričanjem ne pridružil se besedam gospoda poročevalca. (Dobro! na levi — Bravo! ĩnfš.)

Tudi našo stranko tega zbora, v katere imenu jaz poprimem besedo, navdaja želja, na dostojen in primeren način slaviti 600letnico združenja kranjske dežele z deželami habsburške obitelji. Tej našej želji gotovo ni na kvar, če se mi nekoliko razlikujemo v nazorih gledé načina, kako bi se vesoljna radost razodela in ta vzvišena svečanost prihodnje leto izvršila.

Odsek, kateri je bil v to svrhu postavljen, je stavil svoje nasvete in predlaga v glavni stvari tri točke, na kak način bi se po njegovem mnenju imela slaviti prihodnje leto omenjena zgodovinska prilika. Tudi mi, kakor vi na nasprotni strani visoke zbornice, priznamo, da je želeli, da bi se zbirke deželnega muzeja preselile v druge prostore, in želimo, da bi ta velevažni faktor poduka prišel v take razmere, da bi na vse strani svojemu namenu služil na bolj izdaten način. Vendar mi smo teh misli, da glavnemu svojemu namenu deželni muzej zadostuje tudi po sedanji uredbi, in kar se poduka tiče, mi mislimo, da tudi sedanji muzej popolnoma ustreza tjerjatvam, katere je mogoče staviti nanj, kot učni pripomoček. Tudi nas navdaja živa hvaležnost do kranjske hranilnice, katerega pri vsaki priliki izkaže svojo dobrotljivost in svojo udanost ne samo do dežele in države, ampak ki porabi tudi vsako priliko, da osvedoči svojo lojaliteto. Tudi nas navdaja hvaležnost do tega zavoda, ki je s svojim sklepom omogočil, da se preseli kedaj muzej v dostojniše prostore. Ali mi mislimo, da izvršitev tega sklepa, kakor ga predlaga finančni odsek temu slavnemu zboru, naklada deželi v sedanjih razmerah nekoliko preveč žrtev, katerih z ozirom na druge potrebe dežele sedaj ne more prenašati. Isto tako smo mi prepričani o vrednosti družega nasveta, namreč o ustanovitvi deželne hiralnice.

Želeli bi, da se ustanovi taka hiralnica, akoravno moram omeniti, da skrb za hiralnice, kakor je bilo večkrat uže navedeno, je občinska ne deželna stvar. Jaz ne povdarjam tega zato, da bi kratil deželi pravico tudi v svojem področju dobroto storiti ubožnim, vprašanje, in s tega stališča jaz stvar smatram, je le to, ali je hiralnica potrebnejši ali kaj družega. Prizna-

vaje ponavljam še enkrat, da preselitev muzeja v dostojniše prostore in ustanovitev hiralnice bi ustrezala mnogim željam, ali nujnejša potreba je druga, kateri ustreči je deželi prva dolžnost.

Gospod poročevalec je v svojem historičnem pregledu oziral se na vesele in žalostne dogodjaje, katere je kranjska dežela preživela v minulih 600 letih. Oziral se je pri tem historičnem pregledu na nesreče, katere so obiskale našo domovino, omenjal je krutih bojov, elementarnih nesreč, ki so zadele našo deželo. In to mi daje povod, da stavim vprašanje do slavnega zbora, kdo je po teh krutih bojih in po drugih nesrečah v minulih 600 letih najbolj trpel? Gospoda, odgovor ni težak! Jaz mislim, da ga ni stanú v deželi, ki bi bil bolj trpel, kakor kmetski stan. (Dobro! na levi — Bravo! ĩnfš.)

Zarad tega se dozdeva nam, da bi utegnilo bolj primerno biti, ako bi dežela slavila 600letnico s tem, da osnuje nekaj koristnega zlasti za kmetski stan, da osnuje nekaj, za kar bodo blagoslovili sedanji deželni zastop še pozni rodovi. (Pohvala na levi — Beifall ĩnfš.)

Da povem misel, katerega vodi to stran slavne zbornice. Mi mislimo, da bi kazalo slaviti prihodnje leto 600letnico združenja naše dežele z deželami habsburške obitelji s tem, da dežela o tem povodu osnuje kmetijsko šolo in jo posveti spominu velevažnemu, vzvišenemu spominu tega historičnega dogodjaja. (Dobro! na levi! — Bravo! ĩnfš.)

O koristi kmetijske šole mi pač ni treba obširno govoriti, ker je slavni zbor slišal razloge še-le pred nekaterimi dnevi, ko je gospod poslanec Detela utemeljeval svoj predlog. Tem razlogom mi ni treba mnogo dodati, omenim samo to, da ima vsaka dežela uže svojo poljedelsko učilnico, nekatere jih imajo še celo po več; to mislim je dokaza dovolj, da je kmetijska šola tudi nam jako potrebna. Navedem naj dalje samo še to, da sosednja nam Goriška, ki ima tako učilnico, kjer se podučuje italijanski in slovenski, je ravnokar sklenila razdeliti ti dve učilnici in napraviti za slovensko stanovništvo posebno šolo, za katero je namenila 25,000 gld.

To je gotovo dokaz, da se je korist kmetijske šole povsod potrdila, da vse dežele to dobroto pripoznava, da je treba razširiti poljedelski nauk.

Kar se tiče izpeljave, ne bo naša stranka danes stavila posebnega predloga, ker smo prepričani, da o tej stvari ni mogoče v naglici pripravnih nasvetov staviti. Razgovarjala se je stvar že mnogokrat in deželni odbor ima gradiva dovolj, na podlagi katerega mu je mogoče prihodnjemu zboru staviti svoje nasvete.

Vsled tega stavim v imenu manjine tega zbora predlog, da bi se namesto točke tretje predlogov, katere je naznanil gospod poročevalec slavnemu zboru, postavila sledeča dva predloga (bere — ĩščst):

Slavni deželni zbor naj sklene:

1.) V proslavljenje šeststoletnice spojitbe kranjske dežele z deželami habsburške obitelji osnuje kranjska dežela kmetijsko šolo.

2.) Deželnemu odboru je nalog, v prihodnjem zasedanji deželnega zbora predložiti natančen, našim

razmeram in denarnim močem primeren načrt in proračun o tej učilnici.«

Usojam si priporočati ta predlog slavnemu deželnemu zboru zaradi tega, ker mislim, da bode ta predlog ustrezal deželnim in državnim interesom in celó visokim intencijam presvetlega vladarja, ki pri vsakej priliki poudarja, kako mu je pri srci korist kmetškega stanú, stebra naše države. (Pohvala na levi — Beifall links. — Predlog se podpira — Der Antrag wird unterstützt.)

Poslanec dr. Vošnjak:

Gospod poročevalec baron Apfaltrern je v svojem navdušenem govoru apeliral na edinstvo cele zbornice. Gotovo tudi mi želimo, da smo edini in tu smo slučajno res edini, edini v vdanosti do presvetle cesarske rodovine, kar je slovenski narod na Kranjskem pokazal, odkar je s cesarsko rodovino združen; edini smo v požrtvovalnosti za deželo in državo, kar se je pokazalo v vseh prilikah v mirnih in vojskinih časih. Naši vojaki so se borili hrabro na vseh bojiščih in so kri prelivali za celoto države, združene pod žezlom prevzvišene habsburške rodovine. V tem času pa je doma marljivo delal kmet, da tudi on po svoji moči more davek odrajtovati in je sploh skrbel, kakó bi deželi in državi koristil. Edini smo tudi vsi v hvaležnosti do cesarske rodovine, katera je res toliko dobrot naklonila ravno kranjske deželi, kakor morebiti nobeni drugi ne. Pri vsaki priliki, če kaka nezgoda zadene deželo, prvi priskoči presvetli cesar na pomoč. Mislim, da to je dokazano, da bolj zvestega, bolj požrtvovalnega in hvaležnega ljudstva do rodovine ne more biti, kakor je v kranjske deželi. Če pa nismo edini v tem, kako bi slavili ta imenitni dogodek, da smo 600 let združeni z habsburško rodovino, je to pač drugačna stvar. V tem ni treba edinosti in tu zadostuje, da pokažemo svojo dobro voljo. Pri tem moramo gledati na moči in razmere naše dežele in vprašati se, na kateri način bomo bolj proslavili 600letnico, ali po tem potu, kterege nasvetuje gospod poročevalec, ali po tem, kar smo slišali nasvetovati od naše strani.

Gospod poročevalec nasvetuje, da naj se v ta namen zida nov muzej »Rudolfinum« in da se ustanové štipendije za hiralce. To sta dva nasveta, katerih prvi služi olepšanju glavnega mesta in dežele, umetnosti in obrtniji, drugi pa dobrotljivosti. Med tema dvema predlogoma, rekel je gospod baron Apfaltrern, je v sredi možka moč in ta bo skrbela za to, da se prvo in drugo izvrši.

Dobro, gospôda moja! Možka moč bo skrbela za to, ali le takrat, če jo vemo ohraniti, če jej damo sredstva, da se bolj ohrabri, kakor dosedaj. Kakó hoče ta možka moč podpirati umetnost, če se sama ne more več vzdrževati?

Po predlogu gospoda barona Apfaltrerna bi morala dati kranjska dežela, kakor je razvidno iz predlogov finančnega odseka, za zidanje »Rudolfinuma« 100,000 gld., za dobrodelne namene pa 50,000 gld., toraj skupaj 150,000 gld. Gospôda moja, vprašam vas in tudi gospoda poročevalca, ali je res kranjska dežela

čez noč tako bogata postala, da more žrtvovati tako ogromno svôto za namene, ki niso rodovitni in ne v prvi vrsti koristni za deželo, ampak služijo samo umetnosti in dobrotljivosti? Jaz mislim, da presvetlemu cesarju ne bo ljubo slišati, da ravno ta dežela, o kateri se vedno sliši, kako revna da je, hoče žrtvovati tako ogromno svôto, o kateri se vé, da je dežela ne more zmagati, da bo morala denar na posodo vzeti in deželne priklade zvišati. Mislim, da bo našemu cesarju veliko ljubše slišati, da napravimo tak koristni zavod, s katerim podpiramo tisti stan v deželi, ki je glavni faktor nje in države in ki je podpore vreden, da bo v stanu pomagati, kadar bo treba braniti deželo, državo in cesarsko rodovino.

Če nismo edini v tem, kako naj se proslavlja ta imenitna 600letnica, nam nihče ne bo mogel oponašati, da tukaj opozicijo delamo večini zbora samo zaradi tega, da oponiramo, ampak mi storimo to z ozirom na razmere naše dežele in na denarno stanje njunih prebivalcev. Meni se vidi, da, če se bo ta predlog sprejel, bodo se začudili v celej Avstriji, kako pride kranjska dežela do takega bogastva, da privoli velikansko svôto v ne ravno bitstveno potrebne namene, in gotovo ne želi tega niti cesarska rodovina, niti presvetli cesar sam.

»Rudolfinum« je nasvetoval deželni odbor zidati, ne gledé na to slavnost, in čudno se mi zdi, da se baš ta »Rudolfinum« vrže sedaj v zbornico, ter se dela na našo stranko tako rekoč pritisk, da bi privolila v zidanje tega poslopja, zoper katero bi sicer naša stranka gotovo glasovala. »Rudolfinum« naj se zida iz tistih denarjev, katere je hranilnica odločila v to svrhu ob času cesarjevičeve poroke. Sedaj pa pride večina zborova in nasvetuje, naj se porabi to za čisto drugo slavnost. Gospôda moja! To je vendar jasno, kam meri ta predlog, vi nas hočete pod plaščem lojalitete siliti, da privolimo nekaj, zoper kar smo vsi, ker ne moremo nalagati deželi takih stroškov. Po odsekovem nasvetu bi morala dežela za muzej plačati 100,000 gld., za katere letne obresti znašajo 50,000 gld., skoraj ena tretjina krajevarja več na deželne priklade. In ti stroški zmirom ostanejo. K temu moramo pristeti, da bo treba skrbeti za osobje, kar bo mnogo stroškov naredilo.

Drugi predlog, da bi hiralnicam dajali ustanove, se mi zdi popolnoma odveč in ne opravičeno. Deželni zbor je nedavno sklenil, da sme deželni odbor polovico stroškov za hirajoče na deželni fond prevzeti. S tem je prav lepo skrbjeno za hiralce, in čudim se gospodu poročevalcu, ki je takrat tako ojstro ugovarjal dotičnemu predlogu, da sedaj sam nasvetuje za ta namen kar 50,000 gld.

Oba predloga sta taka, da jima naša stranka ne more pritrditi. Kakor sem že rekel, edini smo v vdanosti, zvestobi, požrtvovalnosti in hvaležnosti do presvetle cesarske rodovine, ne edini pa v nasvetu, kako naj se praznuje zgodovinsko znameniti dan 27. decembra 1882, ali morda 11. julija 1883, kateri dan so kranjski stanovi storili obljubo cesarju. Prosim, slavni zbor naj sprejme predlog gospoda poslanca Graselija.

Poslanec Detela:

Gospod baron Apfaltrern nas je v svojem izvrstnem in navdušenem govoru pozival, da naj se spominjamo na čase pretekle. Ako se spominjamo starih časov, vidimo pred sabo podobo cesarja Jožefa II. Zgodovina uči, da je ta cesar z lastno roko prijel za plug in preoral njivo in s tem pokazal, kako časti kmečki stan in kako veljavo temu stanu pripisuje. Mislim, da je cesar Jožef II. pokazal našemu zboru pot, kako naj bi se uredila ta slavnost. Patriotizem in lojaliteta kranjske dežele sta toliko dokazana, da na tem ne more nihče dvomiti in nihče nam ne bo ugovarjal, da smo mi manj lojalni kakor večina, če se ne strinjamo z njenimi predlogi. Jaz toraj mislim, da ravno naš patriotizem in lojaliteta sta tako znana, da ni treba postavljati zaradi tega muzeja. Jaz priporočam predlog gospoda Grasellija.

Poslanec Robič:

Jaz bom le na kratko slavno zbornico spomnil, v kakošnih financah da smo. Gospoda moja! Največji breme za naš kmečki stan je naša zemljiška odveza. Ko se je začela ta reč razpravljati, da se ima kmet oprostiti davščine, in ko se je ta reč dognala, znašal je ta dolg 9.955,000 gld. Sedaj je preteklo 30 let od tega časa in koliko smo plačali? Kakor nam je računski sklep dokazal, znaša ta dolg še 6.812,000 gld. in plačati je še 3.142,000 gld. Gospoda moja, tu se nismo mogli v normalni stan spraviti in sedaj hočete kmetu zopet nova bremena nakladati.

Druga reč je zopet ta. Pričakuje se potrjenje postave, naj se odkupi bira za cerkvena in duhovna opravila. To biro jih ima veliko dajati. Če se potrdi ta postava, bo treba kmetu plačati zopet nekoliko milijonov. Že sedaj so priklade tako visoke, da ljudje komaj zmagujejo. Vravnavo zemljiškega davka se je srečno dovršila in s tem se je kmetu breme nekoliko olajšalo, ki ga tare že od 1844. l. Komaj se je mislil malo oddahniti, in zopet mu hočete naložiti novo bréme, da ga potarete. Gospoda moja! Ali je dolžan ta rod vse prenesti? Jaz mislim da ne! Naj nekoliko ostane še za prihodnje rodove.

Pomislimo le, koliko posestev se je zadnji čas, posebno pa zarad zastanka na davščinah, eksekutivno prodalo in koliko se jih še bo! Jaz mislim, da smemo kmetu le to naložiti, kar je neogibno potrebno, in mislim, da stavba muzeja ni neogibno potrebna.

Kmečkim občinam se naklada, da morajo same za šole skrbeti, tukaj ima ljubljansko mesto veliko prostora v liceju, naj ga sprazni, in dosti bo prostora za muzej. (Res je! na levi — *Richtig!* links.) Gorko podpiram predlog gospoda Grasellija.

Berichterstatter Freiherr v. Apfaltrern:

Mit einem Gefühle, welches ich nicht näher bezeichnen, nicht näher charakterisiren will, welches jedoch gewiss kein erhebendes ist, sehe ich mich in den Hoffnungen einigermaßen getäuscht, die ich bei Beginn der Debatte auszusprechen mir erlaubt habe, weil ich der Ansicht war, daß

die Gefühle, welche den hohen Landtag zur Annahme meines ersten Antrages vorgestern bestimmt haben, auch auf die heutige Sitzung nachwirken werden. Die Anträge des Ausschusses haben nicht die allseitige Billigung erfahren, es wurden andere Anträge an Stelle gerade derjenigen gesetzt, welche gewissermaßen den Kernpunkt der Ausschussanträge bilden.

Vor allem werden zuerst gegen den ersten Theil des dritten Antrages, betreffend das »Kudolfinum«, Einwendungen und Zweifel ausgesprochen. Erlauben Sie mir, meine Herren, darauf nicht weiter einzugehen, im nächsten Punkte der Tagesordnung wird ja Gelegenheit sein, sich diesfalls auszusprechen.

Auch die armen Siechen werden auf die Zukunft vertröstet, sie sollen in dem Zustande bleiben, in welchem sie sich dermalen befinden. Doch will man andererseits die bäuerliche Bevölkerung, welche ja durch die traurigen Schicksale, die vielfach Krain in den verlaufenen 600 Jahren erlebt hat, am schwersten getroffen worden ist, dadurch entschädigen, daß man ihr eine Ackerbauschule bietet, welche in ihrer Idee, in ihrem Programme, in den Mitteln, die zu ihrer Ausführung verwendet werden, in den Lehrkräften, welche daran wirken sollen, noch ganz nebulos dasteht, betreffs welcher Schule der in Folge des Detelischen Antrages eingesezte Ausschuss noch gar keine Vorberathung gepflogen hat, und dies soll an Stelle der Anträge gesetzt werden, welche der Ausschuss in seinem dritten Punkte dem hohen Hause vor schlägt.

Nun ist dies eine andere Anschauung, und ich habe in meiner parlamentarischen Laufbahn auch fremde Ansichten zu achten gelernt, aber die eine Bemerkung kann ich nicht unterdrücken: Es hat sich der Landtag von Krain schon in zahlreichen Sessionen, in endlosen Debatten und Berathungen mit der Frage der Gründung einer Ackerbauschule beschäftigt und nach den reiflichsten Erwägungen, nach den eingehendsten Debatten sich jedesmal dahin entschieden, daß für etwas Ordentliches das Land nicht genug Mittel hat, für ein Stümperwerk aber um jeden Kreuzer schade ist, und somit hat es wiederholt der Landtag angedeutet, daß in dieser Richtung es am angemessensten ist, Jünglingen, welche sich im Ackerbau ordentlich ausbilden wollen, Stipendien zu geben, um eine der vielen in anderen Ländern bestehenden Ackerbauschulen zu besuchen und dort sich die nöthige Ausbildung zu holen. Der Landtag fargt auch mit Stipendien für Specialschulen der Landwirtschaft und was damit zusammenhängt durchaus nicht. Die Hofbeschlaganstalt, die Weinbauschule in Slap sind die sprechendsten Beweise dafür, und wenn gerade darauf Wert gelegt wird, daß unsere Jünglinge eine Schule finden, wo sie einer Sprache begegnen, die ihnen geläufig ist, so hat die Debatte selbst gezeigt, daß die Ackerbauschule in Görz ihnen hiezu Gelegenheit gibt. Also mit einer Sache, der vielfach im Landtage schon widersprochen wurde und wiederholte Ablehnungen erfahren hat, mit einem solchen Projecte soll die Feier der 600jährigen Zugehörigkeit des Landes zum Hause Habsburg illustriert werden! Wie gesagt, ich höre auch fremde Ansichten, aber dieser Ansicht kann ich für meinen Theil nicht beistimmen. Gegen eine Insinuation jedoch muß ich mich mit aller Entschiedenheit wenden, welche den Anträgen des Ausschusses damit unterlegt worden ist, daß es einem der Herren Vorredner beliebte, zu behaupten,

dafs die Anträge auf Bewilligung des »Rudolfinums« eine PreSSION ausüben sollen. Meine Herren, wenn das, was der Ausschufs dem hohen Landtage vorschlägt, nicht aus spontanem freien Herzen kommt, wenn es nicht mit Freudigkeit votirt wird, dann verliert es seinen Wert. Was wir zu geben vorschlagen, das geben wir freudig und gern, sonst wird es das Wohlgefallen unseres gütigen Herrschers wohl kaum erregen.

Es ist nicht Sache einer Debatte, über einen solchen Antrag in Kleinlichkeiten einzugehen; ich habe nicht vor, Sie weiter noch für die Ausschufsanträge gewinnen zu wollen, wenn Sie ihr Herz nicht dazu hinreißt, stimmen Sie immerhin dagegen, ich werde mit warmer Begeisterung dafür stimmen.

(Dobro! in rokokloskanje na desni — Bravo! und Händeklatschen rechts.)

Landeshauptmann:

Es ist nur zum dritten Ausschufsantrage ein Abänderungsantrag gestellt worden, gegen die weiteren Punkte wurde keine Einwendung erhoben.

Ich bringe daher den ersten Ausschufsantrag in die Specialdebatte.

Poslanec Graselli:

K tej točki odsekovega predloga imam samo to dostaviti, da se samo ob sebi umeje, da glasuje tudi naša stranka za to, izvzemesi tiste besede, ki pravijo, naj se povabi kranjska hranilnica, da se slavnosti vdeleži, ker po predlogu naše stranke hranilnica s to svečanostjo nij v nobeni zvezi.

Prosim tedaj, da se glasuje o tem predlogu tako, da se najpopred izpusté besede: »welcher mit einem Vertreter sich anzuschließen, die Laibacher Sparkasse einzuladen ist.«

Abgeordneter Dr. Ritter v. Kaltenecker:

Die Weglassung dieses Zwischensatzes steht in Verbindung mit dem Abänderungsantrage zum Absätze 3 der Ausschufsanträge. Das Votum für diesen Abänderungsantrag ist präjudicirend für diesen Zwischensatz, daher bitte ich die Abstimmung über diesen Zwischensatz zu vertagen, bis das hohe Haus über den dritten Abänderungsantrag Beschluß gefaßt haben wird.

Landeshauptmann:

Ich bringe nun den ersten Ausschufsantrag mit Hinzuegung der Worte: »welcher mit einem Vertreter sich anzuschließen, die Laibacher Sparkasse einzuladen ist«, zur Abstimmung.

(Obvelja — Angenommen.)

Ich bitte über den zweiten Ausschufsantrag abzustimmen.

(Obvelja — Angenommen.)

Zum dritten Ausschufsantrage liegt der Abänderungsantrag des Herrn Abgeordneten Graselli vor.

Ich bringe daher denselben zuerst zur Abstimmung (po prestanku — nach einer Pause), er ist gefallen. Ich bitte nun über den dritten Ausschufsantrag abzustimmen.

(Obvelja — Angenommen.)

Endlich bringe ich den früher in suspenso belassenen Zwischenatz des ersten Ausschufsantrages: »welcher mit einem Vertreter sich anzuschließen, die Laibacher Sparkasse einzuladen ist«, zur Abstimmung.

(Obvelja — Angenommen.)

(Četrtri odsekovi predlog se sprejme v drugem in vsi odsekovi predlogi v tretjem branji — Der vierte Ausschufsantrag wird in zweiter und alle Ausschufsanträge in dritter Lesung angenommen.)

4.) Poročilo finančnega odseka o novem zidanji muzeja z imenom „Rudolfsče“.

(Priloga št. 52.)

4.) Bericht des Finanzausschusses, betreffend den Neubau eines Landesmuseums Namens „Rudolfinum“.

(Beilage Nr. 52.)

Berichterstatter Puckmann:

Hohes Haus!

Aus der Vorlage Nr. 43 des Landesausschusses ist Ihnen der hochherzige Entschluß der krainischen Sparkasse bekannt geworden, und aus der Debatte über die Anträge des Festausschusses habe ich mit Vergnügen entnommen, daß die Herren einig sind im Gefühle der Dankbarkeit gegen das hochherzige Institut der krain. Sparkasse, welche, ohne auf Gewinn bedacht zu sein und durch patriotische Männer verwaltet, dem Lande bereits viele Wohlthaten erwiesen und sicherlich nahezu eine Million Gulden für Landes- = Humanitäts- = und Wohlthätigkeitszwecke gespendet hat. Der in Rede stehende letzte Beschluß der krainischen Sparkasse hat alle Patrioten mit einer besondern Freude erfüllt, indem dieselbe damit einem Wunsche vieler Freunde des Landes entgegengekommen ist, die seit jeher daran gedacht haben, daß die Räumlichkeiten, in denen das Museum gegenwärtig untergebracht ist, kaum genügen, um die Schätze des Landes an prähistorischen, numismatischen und geschichtlichen Gegenständen aufzubewahren und daher sie sich mit dem Gedanken trugen, diese Gegenstände zur entsprechenden Aufstellung zu bringen und für den Forscher, den Gelehrten und den Schüler besser zugänglich zu machen. Es liegt ein großer Wert in diesen Sammlungen und sie gehen für die Wissenschaft verloren, wenn sie nicht in einem geeigneten Locale untergebracht sind. Hat nun der Entschluß der krainischen Sparkasse eine besondere Befriedigung allseits hervorgerufen, so können wir umsomehr mit den Bedingungen, die sie daran knüpfte, zufrieden sein. Meine Herren, es handelt sich nicht allein um ein Museum, sondern ich möchte sagen, um eine Hochschule im weitesten Sinne des Wortes, auf welcher nicht nur Schätze der Archäologie, Geologie, Numismatik, Heraldik zur Ausstellung gelangen sollen, sondern hauptsächlich eine sehr wichtige Wissenschaft der Landeskunde, die Geschichte des eigenen Landes, die Kenntnis der Vergangenheit des eigenen Landes und seiner Vorkommnisse den Bewohnern desselben vor Augen gebracht werden soll. Das Museum ist geeignet, dem strebsamen Schüler und dem Gelehrten, welcher in der Landesgeschichte Nachforschungen anstellt, an die Hand zu gehen. Nicht allein um das handelt es sich, sondern auch

darum, die heimische Literatur in einer möglichst vollständigen Sammlung zu vertreten, die Schätze, die sich gesammelt haben, die literarischen Arbeiten von Krainern und über Krain von den ältesten bis auf die neuesten Zeiten zu sammeln, und zwar ohne Unterschied einer Sprache, den ja die Wissenschaft und die Geschichte niemals macht.

Es handelt sich also, die Producte unseres Landes und dessen geschichtliche Denkmäler und literarische Leistungen zur Anschauung zu bringen und allen, die sich darum interessiren, zugänglich zu machen.

Außerdem sollen auch Sammlungen zustande kommen, durch welche unsere einheimischen Künstler zu productivem Eifer angeregt und andererseits ihnen Gelegenheit gegeben werden soll, ihre Producte in würdiger Weise auszustellen und hiefür ein größeres Publicum zu interessiren.

Es handelt sich ja auch um Unterstützung unseres Gewerbes sowohl des Kunst- als auch des veredelten Gewerbes. Man will der strebsamen Jugend die Mittel zur gewerblichen Ausbildung bieten, durch Ausstellung muster-giltiger Industrieproducte, zur Läuterung des Geschmacks und zur eifrigen Nachahmung in gewerblicher Beziehung beitragen. Es handelt sich also um Zwecke, welche für die gewerbliche Jugend unseres Landes und für das Land überhaupt von höchster Wichtigkeit sind.

Der Finanzausschuß hat alle diese Gründe erwogen und auch als zutreffend anerkannt. Wenn ihn jedoch dabei ein wehmüthiges Gefühl beschlich, so war es dies, daß unser Land, welches eine so reiche Geschichte hat, so reich an prähistorischen Funden, so reich an geologischen und numismatischen Vorkommnissen ist, in finanzieller Beziehung leider sehr arm genannt werden muß. Der Finanzausschuß hat daher bedauert, die Ausführung dieses großartigen Unternehmens nicht ohne Weiteres empfehlen zu können, sondern an gewisse Vorbedingungen zu knüpfen, welche in den speciellen Anträgen enthalten sind. Es wurde von ihm sehr reiflich überlegt und erwogen, in welcher Weise die Mittel aufzubringen wären, um den beabsichtigten Neubau in einer Weise möglich zu machen, ohne daß der Landesfond dadurch bedeutend belastet würde. Man wollte umsoweniger dies thun, weil es uns allen bekannt ist, wie schwer es wäre, die Steuern von Grund und Boden zu erhöhen, besonders in gegenwärtiger Zeit, wo durch die vorjährigen Beschlüsse des Landtages eine derartige Ueberwälzung der directen Steuern stattgefunden hat, daß einzelne Steuerträger infolge Ermäßigung der Grundsteuer das Zweifache und Dreifache an der Einkommensteuer zu Landeszwecken zahlen müssen von dem, was sie früher gezahlt haben.

Behufs Aufbringung der Kosten für das neue Musealgebäude hat der Finanzausschuß zuerst an die Bewertung jenes Gebäudes gedacht, wo das Museum gegenwärtig untergebracht ist. Dieses Gebäude wurde im Jahre 1798 von den krainischen Ständen angekauft und dem damaligen Lyceum gewidmet. Seit der Zeit des Ankaufes schweben Differenzen über die Benützung dieses Gebäudes durch die darin untergebrachten Unterrichtsanstalten. Die rechtlichen Verhältnisse dieses Hauses hier näher darzulegen würde zu weit führen, es ist darüber schon in vorhergegangenen Sessionen berathen worden, und ich setze voraus, daß die bezüglichlichen Debatten den meisten Herren Abgeordneten bekannt sind. Um nun die rechtlichen Verhältnisse des Lycealgebäudes und die diesfalls obshwebenden

Differenzen endlich zur Austragung zu bringen, hat der Finanzausschuß geglaubt, auf den Verkauf dieses Hauses hinweisen zu sollen. Der Finanzausschuß gibt sich der Hoffnung hin, daß die hohe Regierung mit Rücksicht darauf, daß der Kaufpreis zu einem so edlen Zwecke verwendet wird, wie ihn das Institut »Rudolfinum« vor Augen hat, nicht säumen wird, dem Lande in billiger Weise entgegenzukommen, so daß es möglich sein wird, die bestehenden Differenzen einmal nach Billigkeit zu beendigen, dies wäre umso mehr am Platze, da sich die hohe Regierung vor Augen halten soll, daß Laibach die einzige Provinzialhauptstadt ist, in welcher das Aerar nicht ein einziges Schulgebäude besitzt, indem an dem jetzigen Lycealgebäude das Aerar nur ein Servitutsrecht für sich in Anspruch nimmt.

Um dieses rechtliche Verhältnis endlich einmal zur Klärung zu bringen, wird das hohe Aerar mit Rücksicht auf den edlen Zweck gewiß auf den Kauf eingehen, dies umso mehr, als die gegenwärtigen Schullocalitäten, welche die Staatsanstalten einnehmen, sehr beengt sind und sich das Bedürfnis zeigt, die Localitäten sowohl des Gymnasiums als der Lycealbibliothek zu erweitern. Würden die Localitäten, wo gegenwärtig das Museum untergebracht ist, einmal geräumt sein, so würde der Studienleitung Gelegenheit gegeben, auch ihre Unterrichtsanstalten bequemer unterzubringen. Es ist schon im Vorjahre vom hohen Landtage der Beschluß gefaßt worden, daß der Verkauf dieses Gebäudes anzustreben sei, und deswegen glaubte der Finanzausschuß der Zustimmung des hohen Hauses für seine diesfälligen Anträge sicher zu sein.

Außerdem besitzt das Land das Hauptwachegebäude und den Hofraum, welche beide mit keiner Servitut belastet sind; ersteres gibt dem Lande gegenwärtig nur ein geringes, letzteres gar kein Erträgnis, ich glaube jedoch, daß wegen dessen günstiger Lage auch das Aerar auf diesen Ankauf reflectiren werde, und wenn nicht, so würde sich vielleicht ein privater Käufer finden.

Wenn das gelingt, so ist der Beitrag des Landes schon bedeutend vermindert; es wird übrigens nur ein Gebäude veräußert, um ein anderes dafür zu bekommen, welches einen weit höheren Wert für das Land repräsentirt.

Ferner hat der Finanzausschuß gedacht, daß am Baue des »Rudolfinums« auch die Stadtgemeinde Laibach ein besonderes Interesse hat und daß es daher nicht verfehlt wäre, wenn an die Gemeinden das Ansuchen gerichtet wäre, zur Ermöglichung des Neubaus einen Beitrag zu leisten.

Außerdem hat man gehofft, daß im Lande selbst sich Patrioten und Kunstfreunde herbeilassen werden, zur Erreichung dieses löblichen Zweckes Beiträge zu leisten, daher auch beantragt wird, einen diesbezüglichen Aufruf an die Landesbewohner zu richten. Wenn man nun alle diese zu erhoffenden Beträge zusammenzählt, so erreicht man eine Summe, welche nahezu 100,000 fl. beträgt. In diesem allerdings günstigen Falle würde der Landesfond zu einer Beitragsleistung gar nicht herbeigezogen werden.

Für den Fall jedoch, als der Verkauf der erwähnten Gebäude mißlingen oder sich verzögern sollte, glaubte der Finanzausschuß auch eventuelle Anträge stellen zu sollen, und diese Anträge gehen dahin, daß für den letzt erwähnten Fall der Landesfond einen Beitrag in jener Höhe leisten

soll, welcher durch die Vermietung der gegenwärtigen Museumslocalitäten seine Bedeckung finden würde. Auf diese Weise hätte der Landesfond keinen Verlust zu befürchten.

Ein anderer Antrag geht dahin, den Musealfond für den Neubau zu verwenden, insoweit nicht Widmungen entgegenstehen. Der Musealfond ist durch freiwillige Beiträge von Patrioten und Gönnern zu Museumszwecken entstanden. Die eingeleiteten Informationen haben ergeben, daß keine Widmungen dessen beabsichtigter Verwendung entgegenstehen. Die Berechnung seines Vermögens nach dem Cursestande hat 29,500 fl. ergeben. Außerdem bekommt das Museum jährlich einen Beitrag von 150 fl. als Interessen von einem sichergestellten Kapitale von 3000 fl. C. M., welche im Vermögen des Musealfonds auch ausgewiesen sind. Diese 150 fl. sind nur ein jährlicher Beitrag, welcher zu Museumszwecken sichergestellt ist. Wenn man nun den Musealfond per 29,500 fl. zum Erlös des Lycealgebäudes hinzuaddirt, bekommt man nahezu den Betrag von 80,000 fl.; 20,000 fl. hofft man durch freiwillige Beiträge und durch den Beitrag der Stadt Laibach aufzubringen. Falls diese Hoffnungen sich nicht realisiren sollten, ist ein unüberschreitbarer Beitrag des Landesfondes im Maximalbetrage von 30,000 fl. in Aussicht genommen, und ich glaube mit Rücksicht darauf, daß das Land ein bedeutendes Vermögen dadurch erwirbt, wenn das neue Musealgebäude gebaut wird, mit Rücksicht darauf, daß man sich einen großen Nutzen davon versprechen kann, wäre dieser Beitrag nicht zu groß. Ich ersuche die Herren, in die Generaldebatte einzugehen, und erlaube mir nun die Anträge vorzulesen (here — liest):

Der hohe Landtag wolle beschließen:

1.) Der Beschluß der Generalversammlung der krainischen Sparkasse vom 3. Mai l. J., womit für den Bau eines eigenen, bis 10. Mai 1890 aufzuführenden Museumsgebäudes mit der Benennung »Rudolfinum« die Hälfte der mit dem Ankauf des Bauplatzes und der Ausführung des Gebäudes sowie der innern Einrichtung verbundenen Kosten mit dem Gesamthöchstbetrage per 100,000 fl. gewidmet wurde, wird mit dem Ausdrücke des Dankes des Landes Krain für diese hochherzige Widmung zur Kenntnis genommen, und es sind die weiteren Kosten des Bauplatzes, des Baues und der innern Einrichtung des neuen Musealgebäudes im Maximalbetrage von 100,000 fl. im Sinne der nachfolgenden Beschlüsse aufzubringen.

Slavni deželni zbor naj sklene:

1.) Sklep občnega zbora kranjskega hranilničnega društva dne 3. maja t. l., s katerim se je za stavbo posebnega muzealnega poslopja z imenom »Rudolfišče«, ki se ima do 10. maja 1890 dodelati, namerila polovica stroškov za nakup stavišča, za zidanje poslopja in za napravo notranjega pohišja v skupnem najvišjem znesku 100,000 gld., jemlje se na znanje ter se izreka za to velikodušno darilo hvala kranjske dežele. Drugi stroški za nakup zidališča, za zidanje poslopja in za napravo notranjega pohišja pri novem muzealnem poslopij v najvišjem znesku 100,000 gld. naj bi se spravili skup v smislu sledečih sklepov.

2.) Behufs Erwirkung der Allerhöchsten Genehmigung, der Anstalt die Benennung »Rudolfinum« beilegen

zu dürfen, ist Allerhöchsten Ortes durch eine unter Führung des Herrn Landeshauptmannes an das Allerh. Hoflager zu entsendende Deputation einzuschreiten.

2.) V ta namen, da se zadobi Najvišje dovoljenje, da se sme imenovati ta zavod »Rudolfišče«, pošlje naj se na Najvišje dvorno stanovališče deputacija pod vodstvom gospoda deželnega glavarja, ki naj na Najvišjem mestu to izprosi.

3.) Hat sich der Landesauschuß mit der krainischen Sparkasse wegen Wahl des Bauplatzes sowie wegen des in diesem Gebäude ebenfalls zu unterbringenden gewerblichen Museums ins Einvernehmen zu setzen und bei definitiver Feststellung des Bauplanes sich vor Augen zu halten, daß dem Raumerfordernisse für die Sammlungen zur Förderung der Landeskunde im weitesten Sinne des Wortes, sonach sowohl in naturwissenschaftlicher als geschichtlicher und archivalischer Beziehung, ferner zur Läuterung des Kunstsinnes und zur Emporbringung des Gewerbes auch den Bedürfnissen der Zukunft Rechnung getragen, in der äußeren Ausschmückung des Gebäudes den architektonischen Anforderungen eines öffentlichen Gebäudes mit Vermeidung unnützen, kostspieligen Aufwandes genüge geleistet werde, bezüglich der Unterbringung der am Museum Bediensteten nur das stricte Bedürfnis der Ueberwachung des Hauses und der darin befindlichen Sammlungen maßgebend sein soll, und die Gesamtkosten inclusive des Grundankaufes und der innern Einrichtung den Maximalbetrag von 200,000 fl. nicht übersteigen dürfen.

3.) Deželnemu odboru se je s kranjsko hranilnico o izvolitvi zidališča in o obrtnem muzeji, ki se ima nastaviti v tem poslopij, dogovoriti ter pri končno veljavnem določilu zidališča misliti na to, da bodo prostori za zbirke v pospešilo domoznanstva v najširšem pomenu, ter v prirodnoznanstvem, zgodovinskem in arhivalnem oziru, nadalje v razbistrilo umetnostnega čustva in v razvoj obrtnosti tudi potrebsčinam bodočnosti dovolj prostrani, da bode vnanji ukrasbi poslopja arhitektoniskim zahtevam javnega poslopja, ogibaje se vseh nepotrebnih dragih potroškov, zadovoljeno, gledé nastanjenja v muzeji služečih bode naj samo stroga potreba hišnega varstva in v muzeji nahajajočih se izbirk odločevalna in da ne smejo presežati skupni stroški z vstetimi stroški za nakup zidališča in za napravo notranjega pohišja najvišjo svoto 200.000 gld.

4.) Der Verkauf des Lycealgebäudes an den Staat ist nach Thunlichkeit zu beschleunigen, sowie auch der Verkauf des Hauptwachgebäudes nebst Hofräumen zu bewirken, und wird der Landesauschuß ermächtigt, den von ihm bestmöglich zu erzielenden Erlös dieser Objecte zum Museumsbaue zu verwenden.

4.) Licealno poslopje proda naj se kar hitreje državi ter naj se skrbi tudi za prodajo glavne vojaške stražnice z dvorišči vred ter se pooblasti deželni odbor, da porabi novce, kolikor jih je le mogel izteržiti za ta poslopja, za zidanje muzeja.

5.) Das Vermögen des Musealfondes per 33,919 fl., insoferne nicht bestimmte Widmungen entgegenstehen, zu realisiren, den diesfälligen Erlös zum Museumsbane zu verwenden, wogegen das Land Krain sich verpflichtet, dem Musealfonde die hiedurch entgehenden Bedeckungsmittel künftig aus dem Landesfonde zu beschaffen.

5.) Premoženje muzejnega zaklada z 33,919 gld. naj se realizira, ako ni zadržka gledé kakih posebnih namen, ter naj se porabi skupilo za zidanje muzeja, nasproti pa se zaveže kranjska dežela, vse dohodke, ki jih potem zgubi muzejni zaklad v pokritje svojih potrebsčin, dajati iz deželnega zaklada.

6.) Der Landesausschuß wird angewiesen, die löbliche Stadtgemeinde Laibach wegen Leistung eines angemessenen Beitrages zu begrüßen und einen Aufruf an alle Patrioten und Freunde Krains zu richten, den Museumbau durch freiwillige Beiträge zu unterstützen, welche sofort nach Empfang bis zur diesfälligen Verwendung nutzbringend angelegt werden sollen.

6.) Deželnemu odboru se naroča, da se obrne na slavno občino mesta Ljubljanskega zaradi primerne doneška ter da napravi klic na vse rodoljube in prijatelje kranjske dežele, naj podpirajo zidanje muzeja s prostovoljnimi doneski, ki naj se precej po prejemu plodonosno naložijo.

7.) Sollte der Verkauf des Lyceal- und Hauptwachgebäudes gegen Erwarten nicht gelingen oder sich verzögern, so wird der Landesausschuß ermächtigt, ein Darlehen zu Lasten des Landesfondes bis zu jenem Höchstbetrage aufzunehmen und zum Museumbau zu verwenden, welches durch Vermietung der diesfälligen Localitäten mit 5 % pro anno nachhaltig verzinst werden kann.

7.) Ako bi se pa zoper pričakovanje ne moglo prodati licealno poslopje in glavna stražnica, ali pa da bi se ta prodaja zakasnila, se deželni odbor pooblasti, vzeti posojilo na račun deželnega zaklada ter jo porabiti za zidanje muzeja, to da do onega najvišjega zneska, od katerega se bodo lahko plačevale stanovitno 5 % letne obresti iz denarja, ki se bode dobil, ako se dajo dotični prostori v najem.

8.) Inoweit der Maximalbetrag von 100,000 fl. durch die ad 4, 5, 6, 7 beantragten Mittel nicht gedeckt erscheint, wird der Landesausschuß ermächtigt, den Abgang aus dem Landesfonde durch einen unüberschreitbaren Betrag von höchstens 30,000 fl. zu decken.

8.) Kolikor pa še ni pokritega najvišjega zneska 100,000 gld. z pod točko 4, 5, 6, 7 predlaganimi sredstvi, pooblasti se deželni odbor, da poravna dotični primanjkljaj iz deželnega zaklada, toda v neprekoračljivem najvišjem znesku 30,000 gld.

9.) Zur Aufbringung der nach den Beschlüssen 7 und 8 erforderlichen Geldmittel sind Anlehen nach Bedarf gegen Verpfändung eines entsprechenden Theiles der Landesfondobligationen aufzunehmen, eventuell wenn diese Darlehen zuzüglich des Gebürenäquivalentes, welches von den Obligationen gezahlt werden muß, ebensoviel kosten, als das Erträgnis der Obligationen beträgt, ein entsprechender Betrag von Obligationen zu verkaufen.

9.) Da se spravijo skup novci, ki se potrebujejo vsled sklepov pod točko 7 in 8, vzame naj se denar na posodo z zastavo primerne dela obligacij deželne zaklada, oziroma naj se za slučaj, ako bi ta posojila z vstetim pristojbinim ekvivalentom, ki se mora plačati od obligacij, ravno toliko stala, kolikor nesó obligacije, te obligacije prodajo do gotovega zneska.

10.) Der Landesausschuß wird angewiesen, die Allerhöchste Sanction der Beschlüsse 4, 5, 7, 8 und 9 zu erwirken.

10.) Deželnemu odboru se naroča, da zadobi za sklepe 4, 5, 7, 8 in 9 Najvišje potrjenje.

11.) Der Landesausschuß wird angewiesen, mit dem Baue erst dann zu beginnen, wenn die Beiträge aus den Beschlüssen ad 4, 5, 6, 7, 8 und 9 sichergestellt erscheinen werden.

11.) Deželnemu odboru se naroča, da se prične zidanje še le tačas, kadar bodo doneski, zaznamovani s sklepi pod točko 4, 5, 6, 7, 8 in 9, zagotovljeni.

Abgeordneter Potočnik :

Vor allem erlaube ich mir die Bemerkung voranzusenden, daß ich mich an der Generaldebatte nur mit wenigen Worten betheiligen werde, weil ich weiß, daß das Schicksal dieses Antrages des Finanzausschusses ohnehin schon entschieden ist, nachdem bereits beim dritten Gegenstande der heutigen Tagesordnung durch die Majorität bestimmt wurde, daß der Bau des Musealgebäudes eine Widmung anlässlich der 600jährigen Jubelfeier sein soll; auch werde ich nur wenige Worte aus dem Grunde sprechen, weil wir gegen Ende der Session sind und mit der Zeit sparen müssen, überdies aber, wie bereits gesagt, das Schicksal des Musealgebäudes bereits entschieden ist. Es ist jedoch die Pflicht dieser Seite des hohen Hauses, daß wir in dieser Beziehung unseren Standpunkt kennzeichnen.

Es ist aus dem Berichte des Finanzausschusses zu ersehen, daß derselbe in die Anträge, sowie sie vom Landesausschuße gestellt worden sind, ganz einfach eingeht, daß er dieselben pure et simple annimmt, daß jedoch von denselben der Kostenbetrag nur mit 200,000 fl. festgestellt wird, während er von dem Landesausschuße auf 230,000 fl. veranschlagt wurde. Es ist zweifellos, daß, da der Bau eines Gebäudes beabsichtigt wird mit den Kosten von 200,000 fl., wovon die Sparkasse 100,000 fl. unter der Bedingung gibt, wenn der hohe Landtag die anderen 100,000 fl. beschafft. Wir erkennen gewiß mit Dankbarkeit die Munificenz der Sparkasse an, es hat uns jedoch unangenehm berührt, zu erfahren, daß diese Munificenz nur eine bedingte ist, indem wir ersehen, daß die Sparkasse nur dann 100,000 fl. gibt, wenn das Land eine gleiche Summe beiträgt, überdies aber verlangt, daß das Gebäude bis 10. Mai 1890 fertig sein müsse.

Noch in der heurigen Session, meine Herren, haben arme Gemeinden den hohen Landtag um kleine Subventionen von 50 fl., von 100 fl. gebeten, es hat unter andern der Obstbauverein in Wippach um eine kleine Unterstützung gebeten, und bei jeder Gelegenheit haben Sie sich auf den Sparsamkeitsstandpunkt hingestellt und bewiesen, daß wir auch kleine Beträge von 50 bis 100 fl. irgend einer Gemeinde nicht votiren können. Heute aber ziehen Sie plötzlich die Spendirhosen an, und wird auf einmal der Antrag gestellt, das arme Land soll sich an dem Baue des Musealgebäudes mit 100,000 fl. betheiligen. Diese Seite des hohen Hauses leugnet nicht, daß die Motive, welche in dem Berichte des Landesausschusses vorgebracht sind, Anerkennung verdienen, weil wir wissen, daß der Bau eines neuen Musealgebäudes sehr wünschenswert und zweckmäßig wäre; allein wir gehen von dem Standpunkte aus, daß, wenn es uns nicht möglich ist, armen Gemeinden für fruchtbringende Anlagen kleine Beträge von 50 oder 100 fl. zu bewilligen, wir plötzlich volle 100,000 fl. in jetzigen Verhältnissen beizutragen unserem Lande nicht aufbürden sollen.

Meine Herren, es wären eine Menge Anstalten in unserem Lande sehr wünschenswert; wir haben ein Irrenhaus gebaut, welches jedoch noch nicht fertig ist, welches uns noch viele unausweichliche Kosten verursachen wird, bis wir dasselbe vollenden. Wir haben im ganzen Lande kein Siechenhaus, wir haben keine Ackerbauschule, keine Gewerbeschule. Das alles sind Anstalten, welche uns sehr nothwendig wären. Es genügt uns nicht eine Gewerbeschule, welche uns so nebenbei auch das Museum abgeben könnte, sondern wir verlangen eine förmliche Gewerbeschule mit praktischem Unterrichte.

Wir haben soeben heute vom Herrn Abgeordneten Robič gehört, daß wir in einem einzigen Fonde Schulden von sieben Millionen Gulden zu zahlen haben, und jetzt sollen wir auf einmal 100,000 fl. für ein Luxus-Schaumuseum votiren! Aber die Herren von jener (desne — rechten) Seite behaupten, das ist ja kein eigentliches bares Geld, sie meinen, wir werden das Lyceal- und Hauptwachegebäude verkaufen, hiefür 50,000 fl. lösen und im ungünstigsten Falle würde das Land thatsächlich bloß 30,000 fl. beitragen. Nun, ich mache Ihnen einen andern Vorschlag. Wenn uns der Verkauf des Lycealgebäudes gelingt, so haben wir im Erlöse desselben ein Kapital baren Geldes; übergeben wir dieses an die Sparkasse zur Verzinsung, und da es sehr wünschenswert, ich möchte sagen, in einer gewissen Beziehung sehr zweckmäßig wäre, ein neues Musealgebäude zu besitzen, und damit Sie sehen, daß wir Ihnen gerne entgegenkommen und Ihnen die Möglichkeit bieten, in einer gewissen Beziehung Ihrem Wunsche entsprechend mit diesem Gebäude fertig zu werden, so würden wir den Antrag stellen, ob es denn nicht möglich wäre, die löbliche Sparkasse dahin zu vermögen, daß sie die Auszahlung dieser 100,000 fl. thatsächlich beschließt und nicht erst von Bedingungen abhängig macht und verlangt, daß das Gebäude in acht Jahren fertig werden müsse. Wenn die löbliche Sparkasse diese 100,000 fl. factisch und bedingungslos hergibt, so können wir dieselben sammt dem Verkaufspreise für das Lycealgebäude per 50,000 fl., also zusammen 150,000 fl., in die Sparkasse anlegen. Lassen wir dieselben 3, 4 oder 5 Jahre zinstragend liegen, so haben wir einen höhern Betrag als 200,000 fl., ohne daß sich das arme Land, der arme Bauer nur mit Einem Kreuzer an dem Baue des neuen Museums zu theilhaben braucht. So würden wir ein neues, schönes Musealgebäude, eine Zierde der Landeshauptstadt erhalten, ohne das Land belasten zu müssen.

Schließlich muß ich mir noch eine Bemerkung erlauben. Wir haben vom Herrn Berichterstatter gehört, daß er meint, dieses Museum könnte auch eine Art von Hochschule für Gewerbe werden. Ich habe ohnehin vorausgesetzt, daß der Herr Berichterstatter auf dieses Thema kommen und uns den Vorwurf machen werde, daß wir überhaupt keine Schulen haben wollen, daß wir Feinde des Fortschrittes und der Bildung sind; und nachdem ich voraussetze, daß der Herr Berichterstatter auf dieses Thema in seiner Schlussrede zurückkommen wird, ich ihm aber dann nicht mehr entgegen kann, so will ich ihm schon in voraus antworten. Es ist eine complete Unwahrheit, wenn man uns vorwirft, daß wir Feinde der Bildung, des Fortschrittes, der Cultur und speciell der Bildung unseres Volkes und insbesondere des Bauern sind, denn, meine Herren, nicht Sie, sondern gerade diese (leva — linke) Seite des hohen Hauses

hat alles dasjenige, was eben für die wirkliche Volksbildung besteht, geschaffen. Legen Sie, meine Herren, die Hand aufs Herz und sagen Sie, was haben denn Sie für die Volksbildung und den Wohlstand des Landes praktisch gethan? Nichts als declamirt und deutsche Schulen haben Sie errichtet; die ganze Idee der Bildung besteht bei Ihnen darin, daß der Bauer deutsch lerne; (Zivahni dobroklici na levi — lebhafte Bravorufe links); während gerade unsere Seite des hohen Hauses bewiesen hat, daß sie die Volksbildung anders auffaßt, und hat sich dieselbe durch Verfassung von Schriften und Büchern in dieser Beziehung große Verdienste erworben. Nicht Sie haben die Bücher über Viehzucht, Landwirtschaft, Geschichte, Geographie u. s. w. verfaßt, — das alles ist das Werk derjenigen Partei, welche auf dieser (leva — linken) Seite sitzt. (Klici na desni: »Abgeschriebene« — Rufe rechts: »Abgeschriebene«.) Nun, meine Herren, sagen Sie, was Sie wollen, in der Richtung der Bildung haben wir für das Volk alles und Sie nichts gethan. — Bei Ihnen, meine Herren, besteht der Begriff der Bildung nur darin, daß der Bauer deutsch lerne; in der Landwirtschaft und was er sonst noch praktisch braucht, kann er Ihrer Meinung nach ganz unwissend bleiben. In dieser Beziehung will ich den Spruch Schillers erwähnen: »Wehe denen, die den ewig Blinden des Lichtes Fackel leihen, sie wird nicht leuchten, sie wird nur zünden und äschern Städte' und Länder ein«. (Zivahni dobroklici na levi — Lebhafte Bravorufe links.) Ich werde jetzt keinen Antrag stellen und behalte mir in der Specialdebatte Abänderungsanträge vor.

Abgeordneter Dr. v. Schrey:

Der geehrte Herr Vorredner hat zwar erklärt, daß er nicht in der Generaldebatte über diesen Gegenstand sprechen wird, doch waren es thatsächlich generelle Bemerkungen, welche er vorbrachte. Was er im speciellen eigentlich tendirt, weiß ich freilich nicht, weil mir jene Devinationsgabe fehlt, welche dem geehrten Herrn Potočnik (Beweis seine Einwendungen gegen die künftige Rede des Herrn Berichterstatters) zugebote steht. Ich bin also nicht in der Lage, mich gegen die möglichen, bisher versteckten Propositionen des Herrn Vorredners auszusprechen, wohl aber will ich jene Punkte berichtigen, welche er vorgebracht hat, und wenn seine speciellen Anträge ebenso unrichtig sein werden, wie dessen generelle Ausführungen, so wird es dem hohen Hause leicht fallen, über seine Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Es ist vor allem ganz unwahr, daß der Finanzausschuß in seinen Anträgen, Beilage 52, den Anträgen des Landesauschusses, Beilage 43, genau gefolgt ist. Wenn die Herren Abgeordneten die Anträge in den beiden Vorlagen vergleichen, so werden Sie ganz wesentliche und speciell von dem Standpunkte der finanziellen Aengstlichkeit ausgehende Verschiedenheiten in den Anträgen vorfinden. Der Landesauschuß hat in seinem Antrage 4 proponirt, es solle für den Fall, als das Bauoperat mit einem nicht zu übersteigenden Maximalbetrage von 200,000 fl. rechtzeitig fertig werden sollte, der Landesauschuß ermächtigt werden, den Bau schon im nächsten Jahre in Angriff zu nehmen und hiezu den Erlös des verkauften Lycealgebäudes oder einen Credit von 25,000 fl. zu verwenden. Das hat der Landes-

ausschuß vorge schlagen, und was hat der Finanzausschuß proponirt? Ich kann nur annehmen, daß der Herr Vorredner die Vorlage gar nicht gelesen hat, wenn er einen so wesentlichen Unterschied übersehen konnte. Der Finanzausschuß beantragt, der Landesausschuß werde angewiesen, den Bau erst dann zu beginnen, wenn die Beiträge sicher gestellt erscheinen. Wenn alle Voraussetzungen der Beschaffung des Baukapitales vorhanden sind, dann kann erst von dem Baue die Rede sein. Nur unter der Voraussetzung, daß das Lycealgebäude verkauft oder die derzeitigen Localitäten günstig vermietet werden, daß also der nothwendige Betrag beige schafft und daß nach dem Ergebnisse alles dessen die Summe, welche das Land zu dieser Ausführung leisten müßte, nicht den Betrag von 30,000 fl. übersteigen wird, kann vom Beginne des Baues die Rede sein.

Der Herr Vorredner hat sein Erstanten darüber ausgesprochen, daß die Sparkasse die Summe von 100,000 fl. unter der Bedingung votirte, daß das Land den gleichen Betrag leiste, und es scheint eine Kritik dieses Beschlusses dem Herrn Vorredner dabei vorgeschwebt zu haben. Es ist nun irrig, daß die Sparkasse verlangt, das Land solle 100,000 fl. dem Baue des Museums zuwenden, sie erklärt vielmehr nur, sie steuere bis zu 100,000 fl. in der Weise bei, daß von dem Lande die Hälfte des diesbezüglichen Kostenaufwandes getragen wird. Wenn also der Aufwand 200,000 fl. betragen würde, dann hat die Sparkasse einen gleichen Betrag von Seite des Landes in Voraussetzung genommen. Wäre aber der Baukostenbetrag geringer, so muthet die Sparkasse nur die Hälfte des geringeren Betrages dem Lande zu. Es ist also hier nicht die Zumuthung einer in ihrer Ziffer absolut gegebenen Leistung, sondern nur eine höchste Betheiligung von Seite der Sparkasse zugesagt und dem Lande sowohl in Bezug auf den Umfang des Baues als die Art der Ausführung desselben vollkommen freie Hand gelassen, so daß das Land in der Lage ist, den Bau mehr oder minder opulent und kostspielig auszuführen, und wenn der Bau unter 200,000 fl. kosten wird, so kommt der Rest sowohl dem Lande als auch der Sparkasse, letzterer freilich gegen ihre Intentionen, in Ersparnis.

Der Herr Vorredner hat auch erwähnt, daß der hohe Landtag in verschiedenen Fällen, wo es sich um kleine Ausgaben gehandelt hat, sich engherzig gezeigt und Anträge auf Unterstützung der Gemeinden und anderer wohlthätiger Anstalten abgelehnt hat; woher komme es nun — sagt er, — daß man auf einmal so großmüthig eine Summe von 100,000 fl. einem nach seiner Ansicht nicht absolut nothwendigen Zwecke zuwende? Es ist das eine Copie der früher schon in drastischer Form vom Herrn Abgeordneten Dr. Bošnjak zum Fenster hinausgesprochenen Worte, »das Land könne nicht 150,000 fl. zum Fenster hinauswerfen«. Das eine wie das andere ist eine Phrase. Wie aus dem Ausschußberichte zu entnehmen ist, beträgt der reelle Aufwand des Landes höchstens 100,000 fl., wo die 50,000 fl. herkommen, weiß ich nicht. Aber auch der Betrag per 100,000 fl. reducirt sich nach den Anträgen des Finanzausschusses im äußersten Falle auf 30,000 fl. Von 100,000 fl. oder gar 150,000 fl. kann keine Rede sein. Wenn der Herr Vorredner einwendet, daß Gemeinden und andere unterstützungsbedürftige Institute nur mit geringen Beträgen beglückt oder unberücksichtigt gelassen wurden, muß ich darauf Fol-

gendes antworten: Bereits der Herr Abgeordnete Freiherr v. Apfaltrern hat in einer der letzten Sitzungen auf die Gefährlichkeit solcher sich wiederholenden, ja häufigen Beiträge zu jenen Ausgaben hingewiesen, welche die Gemeinden selbst zu bestreiten verpflichtet sind. Dies würde ein Präjudiz für eine immer größere Belastung des Landesfondes geben, wenn nämlich jeder Gemeinde, welche kleine oder auch große Bedürfnisse hat und keinen leichten Ausweg findet, als zum Landesfonde die Zuflucht zu nehmen, sofort bereitwillig Hunderte hingeworfen würden. Wohin wird der Landesfond kommen, wenn er nicht ihm obliegende Auslagen freigebig bestreiten würde? Daß aber bei wirklicher Nothwendigkeit der Unterstützung der Landtag nicht kargt, beweisen seine heurigen Beschlüsse klar genug.

Es sind aber auch die Verhältnisse des Museums von einem ganz anderen Standpunkte zu beurtheilen. Das Museum ist eine Landesanstalt, und das Land hat eine moralische Verpflichtung, für diese Anstalt etwas zu thun; was es also für das Museum thut, leistet es zur Erfüllung der ihm obliegenden Aufgabe, und wer kann das Land hindern, auch für sich selbst etwas zu thun? Wenn übrigens von dieser bedeutenden Ausgabe gesprochen wird, ich kann mir nicht anders denken, als daß dies absichtlich übertrieben wird, indem die finanzielle Operation, wie sich der Ausschuß dieselbe gedacht hat, ganz übersehen wird, so muß ich bemerken, es handle sich nicht um eine definitive Ausgabe, sondern theilweise nur um eine Aenderung in der Anlage des Musealfondes, welcher aus Obligationen in einen Gebäudewert umgestaltet werden soll; es handle sich auch um eine andere Verwertung der Localitäten, nicht um einen Kapitalsaufwand, sondern allenfalls nur um einen Zinsentgang. Wenn wir, meine Herren, die Opfer, welche das Land zu tragen haben wird, richtig darstellen wollen, so müssen wir den jährlichen Zinsaufwand, den das Land leisten soll, berechnen, und wenn wir die höchste Kapitalziffer mit 30,000 fl. aus dem Landesfonde nehmen, wozu es aber nicht kommen wird, und wenn wir annehmen, daß der Musealfond mit 30,000 fl. zum Baue mitwirkt, so repräsentirt der Entgang der Zinsen des Musealfondskapitales jährlich etwa 1500 fl. und die Aufbringung eines Landesfondskapitales per 30,000 fl. jährlich wieder einen Zinsaufwand mit 1500 fl. — Das heißt also, es handelt sich um jährliche 3000 fl., welche für das Museum zu bestreiten sein werden; alles andere, der Ertrag des Lyceums und des Hauptwachgebäudes kommt nicht dabei in Betracht, an deren Stelle werden wir ja das neue Gebäude besitzen.

Nun frage ich, wenn irgend jemandem, der schließlich doch nicht in einer so bedauerlichen finanziellen Lage sich befindet, daß er den Aufwand für einen solchen nothwendigen Zweck nicht bestreiten könnte, der Vorschlag gemacht wird, daß ein Kapital von 100,000 fl. gewidmet wird, welches durch Verwendung des eigenen bisher tod liegenden Vermögens auf 200,000 fl. gebracht und um diese Summe ein Gebäude im Werte von 200,000 fl. hergestellt werden kann, gegen dem, daß hiefür jährlich 3000 fl. ausgelegt werden; wenn also an jemanden, der zu rechnen weiß, ein solcher Antrag gestellt wird, wird er in vernünftiger Weise annehmen, nicht aber ablehnen, und es würde für die Ablehnung am allerwenigsten der Grund sprechen, daß er darin eine seinen Verhältnissen nicht entsprechende Zwangslage erkennen würde.

Der Herr Abgeordnete Potočnik beruft sich auch auf den Umstand, daß durch den Verkauf des Lycealgebäudes dem Landesfonde und dem Lande Krain ein Gegenwert von 50,000 fl. jedenfalls zugehen würde, ob man nun diesen Gegenwert in das neue Museum investirt oder sonst auf eine andere Weise verwertet; dabei übersieht er jedoch Folgendes: Wenn das Land dem Staate das Lycealgebäude um 50,000 fl. verkauft, wird es diese 50,000 fl. haben, wohin wird aber dann das Museum ziehen? Dasselbe kann ja nicht in dem dem Staate verkauften Gebäude eingemietet bleiben, es muß vielmehr ein Locale geschaffen werden. Der Betrag, welcher aus einem solchen Verkaufserlöse gewonnen werden möchte, würde zwar die Möglichkeit gewähren, das Museum anderswo zu unterbringen, allein in einer Weise, die den Musealzwecken nicht vollkommen entspricht, weil um diesen Betrag kein geeignetes Locale zu finden wäre. Es hat der genannte Herr Abgeordnete sein Entgegenkommen in Bezug auf die Anträge des Finanzausschusses dadurch kennzeichnen wollen, daß er sonderbarerweise dem Landtage zugemuthet hat, er soll mit einem Verlangen an die Sparkasse herantreten. Ich weiß nun nicht, wie so da ein Entgegenkommen gegenüber den Finanzausschussanträgen darin liegen soll, daß man vorschlägt, wir sollen von der Sparkasse etwas verlangen; ich glaube, da kommen wir noch weiter auseinander, weil dadurch ein dritter Factor mit ins Spiel gezogen wird, über den wir nicht verfügen können.

Der Herr Abgeordnete Potočnik meint nämlich, man möge der Sparkasse den Vorschlag machen, daß sie den Betrag von 100,000 fl., welchen sie diesen Zwecken widmen will, sofort erlegen soll, das Land wird so klug sein, diesen Betrag mit 5 % anzulegen, und dabei so gut operiren, daß es bis zum Jahre 1890 durch die Verzinsung den größten Theil des von ihm selbst zu leistenden Beitrages gewinnen wird. Ich muß sagen, daß mir die Idee ausgezeichnet gefällt und daß ich dieselbe mit aller Wärme vertreten würde, wenn ich eben wüßte, daß sie auch jenen Intentionen entspricht, von welchen die Sparkasse bei ihrer Beschlussfassung ausgegangen ist. Die Sparkasse hat nicht beabsichtigt, einen Beschluss zu fassen, welcher 10 Jahre, sei es auch in der angenehmen Beigabe von 100,000 fl., liegen bleiben soll. Die Sparkasse hat die Absicht gehabt, den vorhandenen dringenden Bedürfnissen des Museums sofort, nicht aber durch eine Anweisung auf das Jahr 1890 abzuheifen. Wenn Sie an die Sparkasse mit einem solchen, vom Standpunkte des Landes allerdings sehr gut gemeinten Antrage herantreten werden, so wird sie voraussichtlich Ihnen diese Einwendung machen. Ich muß auch sagen, wenn die Sparkasse anlässlich des so erfreulichen Anlasses in der Familie unseres alldurchlauchtigsten Kaiserhauses, nämlich der Vermählung Sr. kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen Rudolf, einen Beschluss gefasst hat, um öffentlichen Zwecken, um dem allgemeinen Besten zu dienen, von Ihrer Seite aber derselben der sonderbare Vorschlag gemacht wird, sie möge mit der Ausführung 10 Jahre warten, bis durch die 5 % Verzinsung des dazu veranschlagten Kapitals das Land jeder eigenen Beitragsleistung enthoben ist, so würde die Sparkasse diese Zumuthung von sich weisen.

Es ist richtig, daß das Land mit bedeutenden Auslagen, ja sogar mit Schulden belastet ist. Wenn sich aber der Abgeordnete Potočnik auf die ziffermäßigen Ausführungen seines unmittelbaren Herrn Vorredners berufen hat,

aus welchen hervorgehen soll, daß das Land nur an der Grundentlastungsschuld 7 Millionen Gulden vom Jahre 1895 ab aufzubringen hat, so anerkenne ich alles dies als richtig; aber meine Herren, hat Sie das gehindert, trotz dieser 7 Millionenschuld, welche Ihnen seit jeher nicht fremd war, Projekte zu entwerfen, welche über den Geldaufwand für das »Rudolfinum« sehr weit hinausgegangen sind? Hat Sie das gehindert, den Irrenhausbau mit einem Kostenaufwande von 3—400,000 fl. zu beantragen? Hat Sie das gehindert, eine Ackerbauschule und den Ankauf eines landwirtschaftlichen Gutes in gleich hohem Betrage zu beantragen? Hat Sie das gehindert, jährlich 2500 fl. dem dramatischen Vereine zuzuwenden, von welchem Betrage niemand einen Nutzen hatte? Mit diesen Fragen, glaube ich, sind jene Vorwürfe beantwortet, welche der Herr Abgeordnete Potočnik am Schlusse seiner Ausführungen — gewissermaßen die Schlussrede des Herrn Berichterstatters escomptirend — zum Besten gegeben hat. Ich weiß nicht, ob der Herr Berichterstatter das alles zu sagen vor hatte, was der Herr Abgeordnete Potočnik schon im vorhinein vernichtete. (Veselost na desni — Heiterkeit rechts.) Allein, wenn unter andern vorgeworfen wird, daß diese (desna — rechte) Partei des hohen Hauses für die Hebung der Volksbildung nichts gethan hat, so ist das eine unbegründete und nicht auf Richtigkeit beruhende Behauptung. Auch diese (desna — rechte) Seite des hohen Hauses hat bei allen wirklich reellen und den Zwecken der Schulbildung dienenden Beschlüssen mitgewirkt, sie hat bei der Berathung und den Beschlüssen über die Volksschulgesetz mitgearbeitet, auf welche der Herr Vorredner vergessen zu haben scheint, weil ihm nur die Ackerbauschule vorschwebt; sie ist bei allen anderen für die Landwirtschaft berechneten Projecten mitthätig gewesen, hat an der Gründung der Weinbauschule theilgenommen, und gerade ein Mitglied unserer (desne — rechten) Partei war es, welches die Weinbauschule in Slap eingerichtet hat. — Was diese Seite des hohen Hauses auch gethan hat, war, daß sie Ihre Partei von Beschlüssen zurückhielt, welche viel zu weitgehend waren in allen Richtungen und welche nicht nur die Schulbildung, sondern andere Zwecke verfolgen wollten, Zwecke, denen auch der heute patronisirte Antrag auf Gründung einer Ackerbauschule nicht sehr ferne liegt.

Der Herr Abgeordnete Potočnik hat auch erwähnt, daß diese (desna — rechte) Seite des hohen Hauses weder über Viehzucht geschrieben noch sonst etwas Ersprießliches für das Volk geleistet, sondern sich nur im Declamiren geübt hat. Ich muß bedauern, daß der geehrte Herr Vorredner das alles nicht in slovenischer Sprache gesagt hat (veselost na desni — Heiterkeit rechts), es hätte sich noch einmal so gut angehört. Warum dies nicht geschehen, weiß ich nicht, wahrscheinlich darum nicht, weil der Herr Vorredner bezüglich seiner Person bisher noch nicht das Bedürfnis nach dieser Landessprache verspürt hat. (Dobro! na desni — Bravo! rechts.) Wenn diese Aeußerung des Herrn Vorredners ein Zugutethun auf die Leistungen der slovenischen Literatur sein soll, möchte ich wünschen, daß ich enthoben wäre, die Erfolge derselben zu besprechen, ich will dies unterlassen, weil es mit dem Gegenstande der heutigen Verhandlung in keinem Zusammenhange steht; allein, daß der Vorwurf, nicht literarisch thätig gewesen zu sein, für uns kein schwerwiegender ist, von dieser Ueberzeugung werden

Sie uns mit Rücksicht auf die Leistungen in ihrer Literatur nicht abbringen; denn dieselbe besteht ja doch nur im Abschreiben und Uebersetzen. (Ugovori na levi — Widerspruch links.) Das sind die Leistungen, welche dem heutigen Stande Ihrer Literatur entsprechen.

(Poslanec Svetec: Vi še tega ne znate.)

Wenn es noch eines Beweises hierüber bedürfte, so ist er im Rechenschaftsberichte des Landesauschusses dem hohen Hause zur Kenntnis gebracht worden, die Herren können daraus ersehen, daß der Beitrag, welcher dem dramatischen Vereine für literarische Zwecke vom Landesauschusse unter den entgegenkommendsten Bedingungen angeboten worden ist, im Jahre 1879 gar nicht, im Jahre 1880 und im Jahre 1881 nur zum geringsten Theile verwendet wurde, weil die Voraussetzung einer Unterstützungs-würdigkeit jener literarischen Producte nicht vorlag, welche allein der dramatische Verein dem Landesauschusse vorlegen konnte. Thun Sie sich also nicht viel zugute auf dasjenige, was Sie geschrieben haben und machen Sie uns keine Vorwürfe, daß wir so etwas nicht geschrieben haben.

Was das Museum anbetrifft, so sind im Berichte des Landesauschusses die Gründe enthalten, welche die Nothwendigkeit eines neuen Baues rechtfertigen; dieselben sind so ausführlich, daß nur ein absichtliches Verkennen derselben zur Ablehnung der Anträge des Finanzauschusses führen könnte. Ich glaube, daß das Museum erst, wenn es in den neuen Räumlichkeiten untergebracht sein wird, seinen wahren Zweck, der Bildung und des Anschauungsunterrichtes, erfüllen wird; ein weiterer Zweck ist jener, dem Museum die Sammlungen, welche im ganzen Lande zerstreut sind, zuzuführen. Mancher, welcher bisher vielleicht das Museum gar nicht kennt, jedoch selbst zur Ausstellung geeignete, interessante Objecte im Besitze hat, wird dieselben der neuen Anstalt zuwenden, und so mancher Sammler von Antiquitäten wird sich bewogen finden, in das neue Gebäude diese Gegenstände einzustellen.

Die Kosten, wie gesagt, sind der jährliche Zinsaufwand, welcher mehr als aufgewogen wird durch den Vortheil, welchen diese Anstalt bieten wird, und durch den Vortheil, welcher dem Lande durch dieses Gebäude, das sein Eigenthum wird, zufällt. Ich glaube daher, obwohl ich nicht weiß, was für Verbesserungsanträge der Herr Abgeordnete Potočnik zu stellen vorhat, daß die vorliegenden Anträge des Finanzauschusses die geeignete Grundlage zur Erledigung dieses Gegenstandes bilden.

Ich bitte das hohe Haus, sich in dieser Rücksicht in die Specialdebatte einzulassen. (Pohvala na desni — Beifall rechts.)

Poslanec Svetec:

Slavni zbor!

Gospod dr. Schrey je gospodu poslancu Potočniku očital, da on najberž tega poročila ni natanko prebral, ker je on bojé prezerl točko 11. V tej točki stoji: »Deželnemu odboru se naroča, da se prične zidanje še le ta čas, kadar bodo doneski, zaznamovani s sklepi pod točko 4., 5., 6., 7., 8. in 9. zagotovljeni«. Meni se vidi, da je gospod dr. Schrey slabo bral, ali da ni natančno premislil tega poročila. Kaj pravi tista točka, na katero se on opira? — da morajo zagotovljeni biti nekateri doneski, preden se začne zidanje. Točka

četrti pravi, da naj se licealno poslopje prodá, kar najhitreje in da naj se iztrženi denar porabi za zidanje muzeja. Gospôda moja, ali imamo že licealno poslopje v rokah, da bi ga prodali, vsaj je še gimnazija notri! Verh tega razvidimo iz poročila, da bo novi muzej dogotovljen še le do 10. maja 1890. leta, toraj med tem časom ostane stari še notri. Kako hočemo torej to prodati, česar še nimamo ali še 10 let sami potrebujemo?

Točka sedma pravi: »Deželnemu odboru se naroča, da, ako bi zoper pričakovanje ne mogel prodati poslopja, naj se vzame denar na posodo, in sicer toliko, za kolikor bi se lahko po 5% plačevalo iz najemnine za licealno poslopje.« Gospôda moja, če poslopja prodati ne moremo, kako ga bomo v najem dali, če je muzej notri in gimnazija? — In če ga ne moremo v najem dati, kako bomo proračunali iste obresti? — To vse je nejasno. Če bomo čakali, dokler se vse to pojasni, ne vem, kdaj se bo moglo začeti zidanje muzeja. Meni se zdi, da gospod dr. Schrey te stvari ni prevdaril in če on očita kaj tacega gospodu Potočniku, naj bi bil to raj na sebe obrnil.

Kar se tiče hranilnice, priznavam, da je visokodušen sklep, 100,000 gld. dati za muzej, ali prevdariti je treba, da hranilnica daje to pod pogoji in nad pogoji se spodikam. Bolj velikodušno bi bilo, ko bi hranilnica rekla: tū imate 100,000 gld. za muzej, obrnite jih v ta namen, družega ne zahtevam. Potlej bi bili lahko slavo zapeli hranilnici; ali če ona pravi: jaz dam 100,000 gld. proti temu, da vi tudi daste 100,000 gld., je to čudno darilo. To ni pravo blagodušje, če nam hranilnica ravno toliko breme naloži kakor sebi ali pa še večje.

Gospod dr. Schrey je ravnokar rekel: »Saj nas stvar ne bo stala družega, kakor nekoliko obresti vsako leto«. Ne vem, kako je to računal. Ali ni prevedel, da se ima obrniti v ta namen muzealni fond v znesku 33,919 gld.? ali ni to deželno premoženje? ali se iz tega denarja ne ohranjuje in vzdržuje muzej? in ako nimamo tega denarja, moramo muzej z deželnim premoženjem vzdrževati.

Na dalje je rekel, 30,000 gld. se pokrije s tem, da se zastavijo deželne obligacije. Gospôda moja, če jih zastavimo, odidejo nam obresti od tega in to daje primanjklej v deželnem fondu, ki se ima nadomestiti z nakladami. In če dolg naredimo, ali se bo sam plačeval, ali ga ne bo treba verniti in zato po 30,000 gld. v žep poseči? To torej ne bo tako lahko plačano, kakor si gospod dr. Schrey domišluje, in kar se mene tiče, bi privolil le to, kar je zdaj muzejno poslopje vredno. Poslopje imamo, prodajmo ga in kar se strži zanj, naj bo za novo poslopje. Ali da bi novih stroškov nakladali na ubogega davkoplachvalca, ki že tako komaj diha, za to nikdar ne bom in iz tega razloga se bom temu pridružil, kar bo gospod poslanec Potočnik nasvetoval.

Abgeordneter Potočnik:

Ich bedauere, daß bezüglich der Finanzierung dieser Angelegenheit eine Begriffsverwirrung herrscht. So viel ist sicher, daß beabsichtigt wird, ein Gebäude mit 200,000 fl.

zu bauen; und nachdem die Sparkasse hiezu bloß 100,000 fl. gibt, so folgt die Consequenz, daß die zweiten 100,000 fl. jemand anderer beschaffen muß, und dieser zweite ist das Land; ob dieser Betrag aus dem Musealfonde oder aus dem Lycealfonde beschafft werden soll, ist ganz gleichgiltig. 50,000 fl. sollen dadurch beschafft werden, daß man das Lycealgebäude verkauft, und das ist gewiß ebenfalls ein Barvermögen. Wenn jemand, um bares Geld zu beschaffen, Häuser verkauft, so hat er das Geld zwar nicht aus der Kasse genommen, aber gewiß aus seinem Vermögen. Man kann aber nicht sagen, das sei ein todttes Geld, und der Begriffsverwirrung, daß ein solches todttes Geld nicht ein Vermögen sei, möchte ich gerne begegnen.

Die zweite Bemerkung ist die, daß der Musealfond mit 33,000 fl. für diesen Zweck verwendet werden soll. Aus den Interessen dieses Fondes werden aber heute die laufenden Auslagen des Museums bestritten. Wenn wir das Geld verbauen, so werden wir für die Bedeckung dieser Auslagen anderweitig sorgen müssen, wobei wir bedenken müssen, daß dieselben, wenn das neue Gebäude hergestellt sein wird, das Dreifache der bisherigen ausmachen werden.

Der Herr Dr. Schrey meint, ja wohin kommt denn das Museum, wenn wir das Haus verkauft haben werden, dann müssen wir hinaus? Nun, da glaube ich, daß, wenn das Haus verkauft werden soll, sich ein Advocat, allenfalls Herr Dr. Schrey, schon finden wird, der uns das Recht ausbedingt, daß das Museum so lange darin verbleibt, bis es ausziehen kann.

Was die Bemerkung des Herrn Dr. Schrey betrifft, daß ich nicht genügend der slovenischen Sprache mächtig bin, so ist das eine der wenigen Eigenschaften, die ich mit ihm gemeinschaftlich habe, nur die Ursache dürfte eine verschiedene sein; ihm dürfte es schwerlich, so wie mir, geschehen sein, daß man ihm den Slovenizismus schon in der allerfrühesten Jugend in der Schule herausgeprägt hätte, er hat sich desselben später selbst entledigt. Ich aber bin geblieben, was ich war, meinem Vaterlande treu, und werde es bleiben bis zum letzten Athenzuge meines Lebens. (Dobro! na levi — Bravo! links.)

Berichterstatter Luckmann:

Es sind Bemerkungen größtentheils nur gegen die Finanzierung und gegen die von der Sparkasse gestellten Bedingungen gefallen. Was die letzteren anbelangt, ist es überall gang und gäbe, daß derjenige die Bedingungen stellt, der etwas gibt; daß derjenige, welcher nimmt, die Bedingungen macht, kommt seltener vor. (Dobro! na desni — Bravo! rechts.) Nun, die Sparkasse hat eine sehr bescheidene Bedingung an diese Spende geknüpft, und der Finanzausschuß glaubt deren Annahme befürworten zu können. Die Sparkasse ist von der Voraussetzung ausgegangen, daß mit einem geringeren Betrage als von 200,000 fl. für den Grundankauf, für den Bau, für die Einrichtung, also für die Gesamtkosten des »Rudolfinums« kaum das Auslangen gefunden werden könnte, oder daß, wenn man mit einem geringeren Betrage dieses Werk beginnen möchte, nichts Vollkommenes zustande käme, nichts solches, wie es der Sparkasse bei der Fassung ihres hochherzigen Beschlusses vorgeschwebt hat. Die Sparkasse wollte nicht in der Weise, wie die jetzigen Museumsräume es sind, ein Magazin

bauen, wo die Sachen verschlossen aufbewahrt würden, sondern die Schätze in einer Weise untergebracht wissen, die ihrer selbst würdig ist und womit der Zweck des Museums erreicht würde, daß dasselbe dem strebsamen Schüler wie dem forschenden Gelehrten entsprechend zur Verfügung stünde. Außerdem hat sie an das technologische Museum die Bedingung geknüpft, daß auch ein Locale zum Studium der Gewerbetreibenden sich daneben befände.

Was die Finanzierung anbelangt, hat der Herr Abgeordnete Potočnik gesagt, daß, wenn wir ein Haus verkaufen, wir uns eines Vermögens begeben. Wir verkaufen ein Haus, aber wir bauen dafür ein viel wertvolleres Gebäude, zu dessen Ausbau uns jemand anderer die Hälfte der Kosten schenkt. Was trägt uns gegenwärtig das Lycealgebäude, in welchem der Regierung ein Servitutsrecht zusteht? Das Erträgnis ist gleich Null, das Museum ist so mangelhaft untergebracht, daß es seinen Zweck nicht erfüllen kann. Wir geben ein Gebäude weg, welches nicht entsprechend ist und kein Erträgnis gibt, und bekommen dafür ein anderes, von dem wir hoffen, daß es dem Zwecke vollkommen entsprechen und insofern reichliche Zinsen tragen wird, da es, wie ich schon eingangs erwähnt habe, eine Hochschule im weitesten Sinne des Wortes sein wird. Was der Herr Abgeordnete Potočnik bezüglich einer Gewerbeschule eingewendet hat, daß sie nützlicher wäre als das technologische Museum, so ist dies möglich. Von unserer Partei wird auch eine Gewerbeschule stets angestrebt, die steht jedoch in keinem Zusammenhange mit einem technologischen Museum, welches an und für sich eine bedeutende Unterstützung des Gewerbes bildet.

Der Herr Abgeordnete Svetec hat eingewendet, daß wir das Lycealgebäude nicht verkaufen können, so lange das Museum nicht anderswo untergebracht ist. Dem hat schon der Herr Abgeordnete Dr. Schrey entgegengehalten, daß man sich beim Verkaufe ausbedingen wird, das Museum so lange Zeit im verkauften Gebäude belassen zu dürfen, bis das neue Gebäude zu dessen Aufnahme vollkommen fertig und vorbereitet ist, und ich glaube, daß man bei der Regierung im Falle der Schließung des Kaufvertrages dieses Entgegenkommen finden wird.

Was die eventuelle Vermietung anbelangt, wäre dies allerdings ein schwieriger Fall, aber dem Finanzausschuß ist vorgeschwebt, daß für den Fall, als die Verkaufsverhandlungen sich zerschlagen sollten, mit der Stadtgemeinde Unterhandlungen angeknüpft werden, um derselben die Localitäten zu vermieten. Und in diesem Falle könnte man dann nach Maßgabe des Mietzinses ein Kapital für den neuen Bau bestimmen. Es ist eben schwer, für einen eventuellen Fall bestimmte Anträge zu stellen. Der Finanzausschuß glaubte auch diesen Fall berücksichtigen zu müssen, und hat daher einen eventuellen Antrag gestellt, der nicht apodiktisch ist und auch nicht schaden kann.

Nun muß ich auch dem Herrn Abgeordneten Svetec erwidern, daß der Musealfond keineswegs ein Landesvermögen ist, sondern, wie aus allen diesbezüglichen Widmungen hervorgeht, sind es Beiträge von Patrioten und Freunden des Landes, welche zum Zwecke des Museums gespendet wurden; bei jeder Spende ist ausdrücklich der Widmungszweck für das Museum ausgedrückt worden. Wenn man nun diesen Fond zum Baue einer neuen Anstalt verwendet, so wird der Zweck der Widmung jedenfalls erfüllt;

allerdings wird dann die Last der currenten Auslagen des Museums der Landesfond zu übernehmen haben, aber mit Rücksicht auf den Nutzen dieser Anstalt kann der Landesfond eine solche verhältnismäßig kleine Auslage wohl tragen.

Bezüglich des Nutzens, welchen das Museum gewährt, hat man darauf hingewiesen, daß da wohl zwischen dem Landmanne und der anderen Bevölkerung zu unterscheiden ist. Ich muß darauf erwidern, daß das Museum auch für den Landmann von großem Vortheil sein kann; wenn schon der Landmann nicht selbst darin eigentliche Studien machen kann, so können in demselben auch Ausstellungen von Objecten der Bodenkunde, der Agricultur, der Landeskunde stattfinden, was gewiß von großem Vortheile für den Landmann wäre, denn er sieht sich solche Sachen gerne an; er würde auf die Vortheile bei Bearbeitung des Bodens aufmerksam gemacht und aus solchen Sammlungen seinen Nutzen ziehen.

Was der Herr Abgeordnete Potočnik bezüglich meiner letzten Rede vorgebracht hat, muß ich erklären, daß wir heute nicht die Sprachenfrage behandeln und ich mich auch nicht in dieselbe einlassen will, sie ist schon oft genug in die Debatte einbezogen worden. Ich muß nur auf seine Bemerkungen erwidern, daß ich nie gesagt habe, daß der Bauer genug weiß, wenn er deutsch kann; ich habe mich nur geäußert, daß ihm die deutsche Sprache die höhere Bildung gewähren kann, indem seine Muttersprache nicht die Mittel besitzt, sich dieselbe anzueignen, weil ihr eben die erforderlichen Bücher fehlen. (Poslanec Svetec: Vsaj ni res — Abgeordneter Svetec: Ist ja nicht wahr.) Ich bitte nun in die Specialdebatte des Gegenstandes einzugehen.

Landeshauptmann:

Wir kommen nun zum ersten Ausschufsantrage.

Abgeordneter Potočnik:

In Bezug auf die bisherige Begründung von dieser (leve — linken) Seite des hohen Hauses möchte ich den Antrag stellen, daß im ersten Ausschufsantrage der Schlusspassus, von den Worten angefangen: »und es sind die weiteren Kosten des Bauplatzes«, und im slovenischen Texte von den Worten angefangen: »drugi stroški za nakup zidališča« wegzubleiben hätten. (Podpira se — Wird unterstützt.)

Poslanec Svetec:

Predlagam, da se na mestu besede »Rudolfišče« rabi beseda »Rudolinum«, kajti konec na »išče« ima drug pomen, in ako se Nemcu privilega latinska beseda, se tudi Slovincu. (Podpira se — Wird unterstützt.)

Abgeordneter Dr. Ritter von Kaltenecker:

Ich bitte ums Wort zur Abstimmungsfrage.

Ich kann mir nicht recht denken, daß man den Schlusssatz: »und es sind die weiteren Kosten des Bauplatzes« weglassen könne, wenn man die Absicht hat, gewisse Bedingungen, unter welchen das Museum gebaut werden sollte, voranzusetzen; ich kann mir nicht denken,

daß man diese Voraussetzung fallen läßt im Momente, wo man den Dank für diesen Beitrag votirt. Ich glaube, es wird nöthig sein, eine Uebersicht der später folgenden Beschlüsse zu haben, bevor man darüber einig sein kann, ob dieser Schlusspassus ausgelassen werden soll. Aus diesem Grunde möchte ich bitten, die Abstimmung über diesen Schlusspassus für später vorzubehalten, bis die einzelnen Anträge bekannt sein werden.

Berichterstatter Lukmann:

Dem Antrage des Herrn Abgeordneten Svetec schließe ich mich an, und ebenso bin ich der Ansicht, daß über den Schlusspassus erst später abzustimmen sein wird.

Landeshauptmann:

Ich bringe nun den ersten Ausschufsantrag bis zum Passus: »und es sind die weiteren Kosten des Bauplatzes . . .« und im slovenischen Texte: »drugi stroški za nakup zidališča . . .« zur Abstimmung.

(Obvelja — Angenommen.)

Ich bringe nun den Antrag des Herrn Abgeordneten Svetec im slovenischen Texte »Rudolinum« statt »Rudolfišče« zu setzen, zur Abstimmung.

(Obvelja — Angenommen.)

Wir kommen nun zum zweiten Ausschufsantrage.

(Obvelja brez razgovora — Wird ohne Debatte genehmigt.)

Ich bringe nun den dritten Ausschufsantrag in die Specialdebatte.

Abgeordneter Potočnik:

Ich beantrage, daß dieser Antrag folgendermaßen zu lauten habe:

»Deželni odbor se ima s kranjsko hranilnico o izvolitvi in načertu zidališča dogovoriti.«

»Der Landesauschuß hat sich mit der krainischen Sparkasse wegen Wahl des Bauplatzes und des Bauplanes ins Einvernehmen zu setzen.«

Der ganze folgende Absatz habe wegzubleiben. (Podpira se — Wird unterstützt.)

Abgeordneter Dr. von Schrey:

Ich möchte nur kurz bemerken, daß ich es eigenthümlich finde, wenn der Landesauschuß mit der Sparkasse wegen Wahl des Bauplatzes oder Bauplanes für den Museumsbau ins Einvernehmen treten soll, wenn er seinerseits nicht die mindeste Bereitwilligkeit an den Tag legt, das Zustandekommen des Baues zu fördern. Es müßte also der verehrte Herr Vorredner vorerst herausrücken mit demjenigen, was er dem Lande zumuthet, beizutragen für diesen Bau, sonst schiene es mir unberechtigt, daß der Landesauschuß der Sparkasse etwas vorschreibt, wenn von dieser die Kosten allein getragen werden sollen. Ich kann mich also für diesen Antrag nicht aussprechen.

Poslanec dr. Poklukar:

Čudno ni, da se zmešnjava dela pri nasvetih, ker je vrsta predlogov vsa na glavo postavljena. Sklepali smo najpoprej o imenu tega poslopja in potem o deputaciji, ki naj gre na Dunaj, sedaj pride pa še le denar. Jaz mislim, da je vrsta nasvetov dosti nesrečna. Najprej bi bilo izreči, ali bo tak »Rudolfinum«, kakor ga hranilnica želi, in potem bi se imelo še le o drugih točkah sklepati. Ker pa je sedaj že stavljen prejudic, bi bilo odveč, spremembe predlagati in je vse eno, po kateri vrsti se glasuje.

Abgeordneter Deschmann:

Ich glaube, daß es nothwendig sein wird, über den früher in suspensio gelassenen Schlusßantrag des § 1 der Anträge abzustimmen, indem dort festgestellt ist, mit welchem Betrage wir zum neuen Musealgebäude beizusteuern haben.

Da ich jedoch beim Worte bin, möchte ich mir erlauben, auf einige Ausführungen der Herren Vorredner zurückzukommen. Eine gewisse Geneigtheit scheint doch bei einzelnen Herren auf jener (levi — linken) Seite des hohen Hauses zu bestehen, den Museumsbau zu unterstützen, und in dieser Beziehung bin ich dem Herrn Abgeordneten Svetec zum großen Danke verpflichtet, indem derselbe sich dafür erklärt hat, daß wenigstens der Erlös aus dem Verkaufe des Lycealgebäudes und Hauptwachegebäudes diesem Zwecke gewidmet werden soll — ich glaube ihn nicht unrichtig aufgefaßt zu haben, — was den Betrag von beiläufig 50,000 fl. ausmachen dürfte.

Weiters würde ich an den Herrn Vertreter der hohen Regierung die Bitte richten, daß er bei Vorlage der diesbezüglichen Anträge, welche von Seite des Baudepartements der hohen Regierung gestellt werden, bezüglich des Wertes des Lycealgebäudes die Intentionen des Landesauschusses, beziehungsweise des hohen Landtages, auf das kräftigste befürworten möge, indem ja die angehoffte Summe doch dem künftigen Museumbau zugute kommen soll. Man kann verschiedener Meinung über den Wert der dem Staate zur Verfügung zu stellenden Localitäten des Lycealgebäudes sein, aber das Eine ist gewiß, daß das hohe Unterrichtsministerium sich einer gewissen Beitragsleistung für das aufzuführende Museum nicht wird entziehen können, indem ja letzteres doch auch mit den Unterrichtszwecken in einem gewissen Sinne in Verbindung steht, und wenn z. B. das hohe Ackerbauministerium für die Zwecke der Landescultur bedeutende Summen einzelnen Ländern zur Verfügung stellt, so ist zu erwarten, daß das hohe Unterrichtsministerium auch aus dem betreffenden Fonde zur Förderung der Kunst, der Industrie und der Wissenschaft unserem Lande wird einen Beitrag flüssig zu machen gewillt sein; derselbe könnte am füglichsten von der Reichsvertretung beansprucht werden bei Gelegenheit der zu stellenden Anträge wegen Ankaufes des Lycealgebäudes, welches doch auch für den Studienfond von großem Werte ist, da ja der Zudrang der studirenden Jugend zum Gymnasium von Jahr zu Jahr größer wird und gewiß die jetzigen Räume auf die Dauer nicht genügen werden, denn es fehlt ein Festsaal gänzlich, auch die Lycealbibliothek ist sehr beengt untergebracht, sie muß sich weiter ausdehnen.

Um jedoch auf den zweiten Punkt, nämlich auf die zu treffende Vereinbarung mit der Sparkasse zurückzukommen, so glaube ich doch dem Herrn Vorredner, Antragsteller und Befürworter eines sehr lakonischen Antrages zu bedenken zu geben, daß das hochherzige Geschenk der Sparkasse die Landesvertretung auffordert, hinter den Intentionen derselben nicht zurückzubleiben. Zwar wurde gesagt und namentlich vom Herrn Abgeordneten Dr. Poklukar bemerkt, daß es zweifelhaft ist, ob dieses Geschenk der Sparkasse überhaupt eines Dankes wert sei. Ein anderer Herr meinte, wie können wir der Sparkasse dankbar sein, da sie auch gewisse Bedingungen stellte? Allerdings würden wir ihr »Slava« singen, wenn sie ihr Geschenk uns ganz unbedingt gemacht hätte, allein da dies nicht geschehen ist, so ist auch die Hochherzigkeit dieser Anstalt sehr in Frage gestellt.

Ich stimme diesen Anschauungen nicht bei und würde mich diesfalls nur auf einige Vorgänge berufen, die ja häufig vorkommen, wo die Sparkasse um Unterstützung verschiedener Zwecke angegangen wurde und wo sie ebenfalls Beiträge widmete, die aber heimeitem nicht ausreichen, den bezüglichen Zweck ganz ins Werk zu setzen. Man hat sich an dieselbe zur Unterstützung von Kirchenbauten gewendet, sie hat diesfalls eine ablehnende Haltung beobachtet, doch hat sie auch einzelnen Kirchenbauten unter einem anderen Titel kleine Unterstützungen zukommen lassen. In allen diesen Fällen unterließ man es nicht, der Sparkasse ein begeistertes »Slava« zuzurufen.

Betrachten Sie weiters, meine Herren, wie man es von einer gewissen Seite anstellt, wenn es sich um die Ausführung bedeutender Bauten handelt, namentlich möchte ich den Herren in Erinnerung bringen, wie man bei der Ausführung von Kirchenbauten vorzugehen pflegt. Wenn ein solches Project zur Ausführung kommen soll, welches 50-, 60-, ja 70,000 fl. beansprucht, glauben Sie, daß die Bauherren warten, bis sie die ganze Bauumme zusammenbringen? Wenn kaum ein Zehntel der Baukosten sichergestellt ist, wird mit dem Baue sofort begonnen. Wir sehen ja soeben in der Stadt Laibach in der Ausführung begriffen den Bau einer neuen Kirche, welche Herz-Jesu-Kirche heißen soll und mit zwei Kapellen des h. Cyrillus und Method verziert sein wird und die in architektonisch sehr schöner Weise im gothischen Stile gebaut wird. Der ganze Bau wird bei 80,000 fl. kosten, aber wie ich unterrichtet bin, standen den betreffenden Bauführern bei Beginn des Baues kaum 6000 fl. zur Verfügung, und doch wurde mit Entschlossenheit zur Ausführung geschritten. Soll nun die Landesvertretung ein hochherzig ihr dargebotenes Geschenk nicht sofort annehmen und dasselbe auch in entsprechendster Weise verwenden? Ich meine, wir sollen bei gewissen Orden und in gewissen Kreisen, die man als clerical zu bezeichnen pflegt, diesfalls in die Schule gehen und von ihnen Muth und Entschlossenheit lernen. Diesfalls würde ich gerade den Herrn Baurath Potočnik ersuchen, seine Mattherzigkeit abzulegen und den von mir erwähnten Beispielen, die so ermuthigend sind, zu folgen.

Landespräsident Andreas Winkler:

Betreffend den vom Herrn Vorredner an die Regierung gerichteten Appell werde ich mir noch einige Worte vorzubringen erlauben. Der Herr Vorredner hat den Wunsch

ausgesprochen, daß die Regierung bei Bestimmung des Wertes des Lycealgebäudes ihr Entgegenkommen zeigen und ebenso bei der Ausführung des Museums selbst einen Beitrag leisten möchte. Ich erkläre hiemit, daß ich den geäußerten Wunsch des Herrn Vorredners innerhalb der Grenzen der Möglichkeit bei der Regierung befürworten werde. (Dobro! — Bravo!)

Berichterstatter Lukmann:

Ich glaube, wir sind wieder in die Generaldebatte hineingelangt, ich habe jedoch aus derselben nichts entnommen, was gegen die volle Annahme des § 3 der Finanzausschußsanträge sprechen würde. Wenn man so einen Bau beschließt, wobei man sich in die Prüfung des Planes, der allerdings vorgelegen, der aber noch nicht spruchreif ist, nicht näher einlassen will, so glaube ich doch, daß man demjenigen, welcher den Bau ausführen soll, nämlich dem Landesauschuß, gewisse Wünsche ans Herz legen soll; denn letzterem wird es eben erwünscht sein, wenn ihm von Seite des hohen Hauses in einer so wichtigen Angelegenheit eine angemessene Richtschnur gegeben wird. Dies ist im § 3 enthalten. Bezüglich des Betrages muß ich erwähnen, daß dies nur ein Maximalbetrag ist; dies schließt nicht aus, daß der Bau nicht um einen geringeren Betrag herzustellen wäre. Für alle diese Fälle kann man nicht Beschlüsse fassen, sondern man muß Vertrauen in den Landesauschuß setzen, daß er in ökonomischster Weise vorgehen wird.

Wenn sich der Bau billiger und doch zweckentsprechend ausführen läßt, so wird dies der Landesauschuß gewiß thun, aber das Maximum muß das hohe Haus feststellen, und da hat der Finanzausschuß gedacht, daß es am besten ist, die Summe zu berücksichtigen, die bereits die Sparkasse nach reiflicher Ueberlegung gewidmet hat, indem sie erklärte, daß nur bis zu diesem Höchstbetrage dieselbe die Hälfte der Kosten bestreiten wird. Ich bitte daher, den 3. Absatz vollinhaltlich und den Nachsatz ad 1, worüber noch nicht abgestimmt wurde, ebenfalls anzunehmen.

Abgeordneter Deschmann:

Ich bitte, vorerst über den früher in suspenso belassenen Schlusssatz des ersten Ausschußsantrages abstimmen zu lassen. (Pitruje se — Zustimmung.)

Landeshauptmann:

Ich bringe diesen Schlusssatz zur Abstimmung. (Obvelja — Angenommen.)

Zum dritten Ausschußsantrage hat der Herr Abgeordnete Potočnik einen Abänderungsantrag gestellt, derselbe kommt zuerst zur Abstimmung. (Ne obvelja — Wird abgelehnt.)

Ich bitte, nunmehr über den dritten Ausschußsantrag abzustimmen. (Obvelja — Angenommen.)

Nunmehr bringe ich den vierten Ausschußsantrag in die Specialdebatte.

Abgeordneter Potočnik:

Ich beantrage, daß hier die Worte »An den Staat« und im slovenischen Texte »Državi« wegzubleiben haben,

da es möglich ist, daß jemand anderer das Gebäude kauft, vielleicht die Stadt Laibach. (Podpira se — Wird unterstützt.)

Berichterstatter Lukmann:

Ich habe gegen diesen Antrag nichts einzuwenden.

Landeshauptmann:

Ich bringe nun den vierten Ausschußsantrag mit Hintweglassung der Worte »an den Staat — Državi« zur Abstimmung. (Obvelja — Angenommen.)

Wir kommen zum fünften Ausschußsantrage.

Abgeordneter Potočnik:

Ich möchte mir erlauben, den Antrag zu stellen, daß dieser ganze Absatz wegfalle; wir brauchen den Musealfond zur Erhaltung des Landesmuseums, wird derselbe verbaut, so müßte das Land diese Auslagen übernehmen. (Podpira se — Wird unterstützt.)

Berichterstatter Lukmann:

Ich habe mir erlaubt, bereits in der Generaldebatte hervorzuheben, daß der Musealfond kein Landesvermögen ist, sondern daß dies Sammlungen sind von Freunden für die Zwecke des Museums. Den Intentionen dieses Fonds wird am besten entsprochen, wenn man ein Institut baut, wie wir es vor Augen haben. Daß der Landesfond dadurch Lasten auf sich nimmt, ist zweifellos; ich habe aber bereits in der Generaldebatte nachgewiesen, daß diesen Lasten auch ein großer Nutzen gegenübersteht, daher ich bitte, den Ausschußsantrag unverändert anzunehmen.

Landeshauptmann:

Der Antrag des Herrn Abgeordneten Potočnik ist ein abändernder, kommt also zuerst zur Abstimmung.

Abgeordneter Freiherr v. Apfaltrern:

Der Anschauung des Herrn Antragstellers wird dadurch Rechnung getragen, daß er gegen den Ausschußsantrag stimmt.

Ich bitte, über den Ausschußsantrag abstimmen zu lassen; wird derselbe angenommen, so ist zugleich der Antrag des Herrn Abgeordneten Potočnik gefallen.

Landeshauptmann:

Ich bringe den fünften Ausschußsantrag zur Abstimmung. (Obvelja — Angenommen.)

Wir kommen zum sechsten Ausschußsantrage. (Obvelja brez razgovora — Wird ohne Debatte genehmigt.)

Es gelangt der siebente Ausschußsantrag in die Specialdebatte.

Abgeordneter Potočnik:

Ich hätte sowohl zu diesem als auch zu den ferneren Anträgen Zusatzanträge zu stellen, nachdem ich jedoch einsehe, daß dies leeres Strohdressen hieße und damit nur Zeit verloren ginge, so stehe ich davon ab.

Berichterstatter Puckmann:

Ich habe dagegen nichts zu bemerken. (Potem obveljajo 7., 8., 9., 10. in 11. odsekov predlog brez razgovora v drugem in ves predmet v tretjem branji — Sohin werden der 7., 8., 9., 10. und 11. Ausschussantrag ohne Debatte in zweiter und der ganze Gegenstand in dritter Lesung angenommen.)

5.) Poročila odseka za preuredbo dvojne uprave o dotičnej predlogi.

(Priloge št. 53.)

5.) Bericht des Verwaltungsreformausschusses inbetrreff der Doppelverwaltung.

(Beilage Nr. 53.)

Berichterstatter der Majorität Freiherr v. Apfaltrern:

Nachdem die Vorlage 53 schon seit längerer Zeit in den Händen der Herren Abgeordneten sich befindet, so glaube ich nicht unbescheiden zu sein, wenn ich die Bitte stelle, mich von der Verlesung des Berichtes und Gutachtens zu entheben, und wenn ich lediglich den Antrag stelle, daß es dem hohen Landtage gefallen wolle, zu beschließen, dem vorstehenden Gutachten werde die Zustimmung erteilt. (Pritrduje se — Zustimmung.)

Poročevalec manjšine Luka Svetec:

Jaz stavim isto prošnjo, da bi me slavni zbor odvezal branja celega poročila in mi dovolil, da samo predloge berem. (Pritrduje se — Zustimmung.)

Predlogi manjine se glasé (bere — ličš):

Slavni deželni zbor naj sklene:

- a) Visoki c. kr. vladi se izreka želja, da se za politiško upravo vojvodine kranjske osnuje za vsak sedanji sodnijski okraj c. kr. okrajni urad (c. kr. okrajni komisarijat) in okrajni zastop s področjem in uredbo, kakor je v tem poročilu razloženo;
- b) ako pa c. kr. politiški uradi ostanejo kakor so zdaj, naj se tudi občinska uredba ne spreminja; visoka c. kr. vlada naj pa skrbi, da se občinam pomaga s tem, da se smejo župani pri izvrševanju svojih opravil tudi c. kr. žendarmerije posluževati ter da jih c. kr. okrajna glavarstva radovoljno s svetom in naukom podpirajo.

Landeshauptmann:

Ich eröffne die Generaldebatte.

Gegen den Majoritätsantrag hat sich der Herr Abgeordnete Navratil zum Worte gemeldet, und ich erteile Ihnen dasselbe.

Poslanec Navratil:

Visoki zbor!

Ako kdo pazljivo prečita poročilo večine, ne more si druzega misliti, nego da je večina nameravala dati visoki vladi indirektno nezaupnico. Iz vsega se

vidi, da bi večina rada iz tega mesta urbi et orbi javila, kakšen strašanski pritisk dela ta nesrečna vlada na njo, kako da v deželi strašansko vré in poka in da ni skoraj nade, da bi prišli do miru. Gospóda moja! Jaz bi vendar rad znal, da li ima nasprotna stranka uzrok tolikega jadikovanja? Jaz bi vprašal, je li se še spominjate, kako je pred tremi leti nastala ta večina?

Samo zato, da je bil cesarski uradnik Ludvik Ravnikar od narodne stranke za deželnega poslanca izvoljen, moral je kakor hudobni tujec zapustiti dom, ženo in otroke ter bežati v Celje in Ljubno na pokoro. Samo zato, da je bil cesarski okrajni zdravnik Žiga Bučar od narodne stranke kandidiran, moral je brez usmiljenja bežati v nezdravo obnehje kočevsko, kjer je umerl. Samo zato, ker se je slišalo, da so nekteri poštni uradniki narodni, bili so razbaceni iz Ljubljane v Sučavo in Bog zna kam, da znajo, po čem je narodnost v Avstriji, če kdo reče, da je Slovenec. Samo zato, da ni hotel veleučeni profesor Šuklje trobiti v nemškutarski rog, moral je iz Ljubljane v Dunajsko Novo mesto na več letno žalovanje. Samo zato, ker ni hotel profesor Glazer sramotiti svojega rodú, moral je bežati, in samo zato, da so nekteri uradniki držali se naroda, moral se je vsak bati in pričakovati, da ga bo strela iz jasnega neba zadela. Kaj bi se bilo zgodilo, ako bi bili tak javen skandal delali, kakor neki gospod, ki med vam sedi. (Pohvala na levi in med poslušalci — Beifall links und im Zuhörerraume).

Landeshauptmann:

Ich ersuche die Zuhörer, sich ruhig zu verhalten.

Poslanec Navratil:

Kaj bi bila pristranska vlada storila in kako sedanja z Vami postopa?

Na poročilu večine vidimo, da je gospod dr. Kaltenegger kot pervomestnik podpisal poročilo, ki ravno po vladi vdriha. To je vendar nezaslišana prederznost (Oho! na desni — Oh! rechts), da cesarski kraljevi uradnik se proti vladi na čelo opozicije stavi in da pride nalaš iz Beča sem, da podkopava vladino avtoriteto. Kaj mislite, gospóda moja, da mu bode vlada kaj žalega storila? Vi mislite, da ne. In ravno zaradi tega je neopravičeno, nehvaležno in preobjedno od Vas, da se Vi proti vladi puntate, katera Vam brani prvomestnika in več družih. To je Vaša zahvala do vlade, da kranjskega zbora razpustila ni.

Nadalje vidimo, da predlog večine na to meri, da bi se občinska avtonomija zmanjšala in da bi župani nekako sužnji postali. Zato se Vam bodo župani in corpore zahvalili in bodo gosp. prvomestniku toliko zaupnic prinesli, da jih ne bo mogel z največjim vlakom odpeljati. Potem se bere tù toliko o velikih občinah, pa spet o zmanjšani avtonomiji in občinskem področji, kar ni logično ne praktično. Zarad tega se ne strinjam s predlogi večine, ampak podpiram predloge manjine, ki varujejo občinsko avtonomijo in dajo priliko razmišljevati, kako pridemo iz dvojne uprave v naravno, boljšo in cenejšo.

Poslanec Lavrenčič:

Jaz bi rad nekaj omenil o tej zadevi, čeravno ne kot župan vendar kot večletni podžupan, ker so mi razmere dobro znane.

Če se vedno očita, da so občinske zadeve v slabem stanju in da župani ne zadostujejo svoji nalogi, je to neopravičeno.

Če nekateri župani niso zmožni, niso sami krivi, ampak kriva so okrajna glavarstva, ki v nemškem jeziku dopisujejo, in zaradi tega tudi zmožni župani tega posla nočejo sprejeti.

Želeti bi bilo, da bi okrajna glavarstva šla na roko županom in jih podučila, kolikor mogoče, in da bi slovensko dopisovala.

Ker sem bral v poročilu deželnega odbora, ko je govor o cestnih odborih, da so ceste v slabem stanju, moram reči, da to ni res. Deželni odbor je to s trte izvil, ker ceste so v boljšem stanju kakor so bile poprej. (Oho! na desni — Oho! rechts). Deželni inženir gospod Witschl sam, ko je popotoval čez Idrijo v Ipavo, je rekel, da se čudi, kako morejo biti ceste s tako malimi stroški v tako dobrem stanju, posebno v Ipavi.

Reklo se je tudi, da so sedaj cestne priklade večje, in to je res. Večidel so se poprej ceste napravile po tlaki; ko so bile še grajščine, so mogli kmetje ceste delati. Ali tiste ceste so se začele podirati in pozneje so politične oblasti pošiljale svoje sluge ali briče na komisijon.

Ti so se sem ter tje hodé vstavljali v krčmi, cesta se jim je pa za petami podirala. V takem stanju so prešle ceste na cestne odbore, in ker je sedaj treba vse drago plačevati, je naravno, da so ceste drage in da je treba novih priklad.

Če se pravi, da so cestni odbori slabi, ker tam prevladuje kmečki stan, bi jaz rekel, da ravno kmet naj bolj vé, kako je cesto popravljati, ker jo sam rabi.

Da nimajo nekateri odbori eksekutivne moči, temu so kriva okrajna glavarstva, ki jim ne gredó na roko.

Še to moram omenjati, da sem razumel, da se je reklo: »Kakoršne so šole, take so ceste.« Jaz ne vem, kako šole in ceste vkupaj pridejo.

Kar se toraj očita cestnim odborom, je popolnoma resnično, kajti cestni odbori se v obče ne morejo grajati, če pa je kateri zanikern, naj ga deželni odbor prisili, da stori svojo dolžnost, ne pa da bi se zaradi tega sramotili vsi cestni odbori.

Poslanec Robič:

Ker sem imel priliko službovati pod patrimonijalno gosposko, pod okrajnimi komisarijati in okrajnem glavarstvom, moram reči, da, kar zadeva varnosti osebe, je bilo popred slabše kakor sedaj; ljudstvo se je omikalo, je luliko izpulilo, ker se ljudje spravljajo tje, kjer se silijo k delu. Prejšnje občine so bile majhne in velike; velike so bile glavne občine, kakor se nameravajo zdaj napraviti, pa vsaka soseska je za se imela svoja opravila. Podžupane je župan (Oberrihter) sklicaval in jim je poročal: »To je prišlo

od gosposke in to in uno je treba isvršiti«, in z malimi stroški je bilo vse opravljeno.

Kar se tiče cest, je župan popravljanje zaukazal. Kdor ni imel vprega, je suto pripravljaj, kdor je imel vprego, je šel vozit. Takrat ni bilo podpihivalcev med župani in kmetje so radi delali. Kar se tiče stavbenih reči, je to od politične oblasti odvisno bilo. Vsak politični uradnik je imel svoj okraj odločen in izvrševal je manja opravila, kadar se je nabralo več skup, ob enim, da so se prihranili stroški strankam kar je bilo le mogoče.

Če bi se pa prepustile stavbene zadeve v področje političnih oblasti, potem bi za vsako malenkost hodili uradniki na komisijo in ogledovali to in uno, in kakošne stroške bi ljudje potem imeli. Če pa občina sama opravi to, se brez stroškov zgodi.

Kar se tiče občevanja občin z gosposkami, sem se prepričal o tem, ko sem bil leta 1851 v Postojni in sem priliko imel, občeovati s kmetom in z omikanci, pa tudi s priprostimi župani. Jaz sem župane vpraševal v maternem jeziku pismeno in na vse so mi dobro odgovorili. Kako pa je sedaj? — Za vsako malenkost se kličejo ljudje in župani v pisarno, in tako se jim pota in stroški napravljajo. Zdaj se vsaka reč izračuni v denarji, namesto da bi kmet sam s svojimi rokami in s svojo živino opravil to, kar po konkurenci pride do njeoa, tako da nič ne pomaga kmetu, če se mu olajša davek na eni strani, ker se mu na drugi strani naklada novo breme.

In kako so se popred trpinčili ljudje, ko je c. kr. žendarmerija imela oblast, v policijske zadeve se vtikati! Če je pustil kdo voz zunaj in skočil po tobak, prec je bil naznanjen in kaznovan. Kaj se je zgodilo, ko smo imeli svečanost uradniki v Postojni? — Ura je bila deset in žendarm pride ter reče: »Meine Herren, die Polizeistunde ist vorüber.« Pobrali smo morali kopita pa iti.

Poprej smo imeli »Sicherheitswache« tukaj za poskušnjo vpeljano; to so bili pridni ljudje, ki so župane podpirali in malopridneže zasledovali. Če se sedaj to zgodi, bodo župani lahko svojo dolžnost spolnjevali. Veliki župani, če bi ne imeli tega delokroga, da bi tudi davek pobirali, bodo lahko vse opravljali. Ali če vlada dá pripomoč, lahko tudi davek pobirajo. S polovico stroškov si upam davke pobirati, kar stane to sedaj, se ve da uravnati bi se moralo poberanje drugače. Naj se toraj stvari tako vredé, kakor so nekdaj bile, da bode imel župan pomoč od gosposke in da gredó gosposke tudi ljudem na roko.

Poslanec dr. Zarnik:

Ne bi se bil, visoki zbor, prijavil, ako bi ne bilo dveh stavkov v tem poročilu, katero je večina izdelala. Ta dva stavka pa sta taka, da se ju nisem mogel ogniti, da ne bi oddal svoje sodbe o nju.

Prvi stavek je ta (bere — liešt):

»Es erscheinen demnach jene Bedenken gegenstandslos, welche sonst schwerwiegend in der Erwägung sich entgegen gestellt hätten, daß die Meinungen über eine die Doppelverwaltung etwa gänzlich beseitigende Vereinigung der staat-

lichen und der autonomen Verwaltung so wenig geklärt und so wenig harmonisch erscheinen, daß es am allerwenigsten in jetziger Zeit innerer Berklüftung der Parteien und leider so weit gehenden centrifugalen Strebens erwünscht sein könnte, die Regierung in Verjuchung geführt zu sehen, desorganisatorischen Zumuthungen an die Hand zu gehen.«

To je prvi passus. In drugi passus na tretji strani je ta (bere — liešt):

»Unter der Vorkaussetzung einer volle Beruhigung bietenden, von politischen Parteien unbeeinflussten Leitung der staatlichen politischen Verwaltung des Landes, welche der Landtag in der Gegenwart als nicht gegeben erachtet« i. t. d. (Cujte! na levi — Hört! links).

Kakor pravim, nisem se mogel dosti načuditi tema stavkoma, kajti o besedah, ki na vlado cikajo, bodi si na centralno vlado na Dunaji ali na deželno vlado v Ljubljani, mora se reči: kolikor besedi, toliko neresnic. Zarad tega je potrebno, da ravno prijatelji vlade nekoliko besedi spregovorimo in sedanje njeno delovanje označimo. Nisem se mogel dosti načuditi tema stavkoma tudi zarad tega, ker bi vlada lahko imela drugo večino, katera bi bila pohvalno priznala njeno sedanje delovanje. Za svojo hiperobjektivnost in pomirljivost pa bo dobila vlada od večine tega zbora nezaupnico. Lahko se reče grofu Taaffe-ju: »Tu l'ä vould George Dandin!« — Prav se mu godi! Gospodje one stranke bodo sami priznali, da, ako bi bil grof Taaffe svojo moč rabil in deželni zbor razpustil, bi se jih bilo k večjemu še 11 onih gospodov vrnilo v to zbornico. (Dobro! na levi — Bravo! links). Grof Taaffe bo toraj zvedel to, kar mu gré, ker v svoji neizmerni hiperobjektivnosti pusti svoje prijatelje v manjini in svoje sovražnike v večini, akoravno bi bil lahko, če bi bil le malo pihnil, to večino razdejal. Ne bilo bi treba nobenega natezanja, ne bilo bi treba nikakoršnega uradniškega aparata, da bi bili uradniki marširali v bataljonih na volišča, kakor se je to često godilo zoper nas; ampak z razkroženima rokama bi bila lahko vlada gledala in videla, kako ogromno večino bi bila dobila. (Dobro! na levi — Bravo! links). Tega ni storila, in mi obžalujemo to. Čuditi se moram tedaj predrznosti večine, da si upa, tak stavek zoper vlado v poročilo vzeti te večine, ki vendar dobro vé, da je na njenih vratih zapisano: »Mene, tekel, uffarsin!« Vsak dan, kadar vlada le hoče, to večino lahko razkropi. Iz teh uzrokov bo tudi vedela, primerno ceniti to nezaupnico, ki jo dobi od take večine. Sicer vem, da je večino šegečkala srbičica, da bi bila napravila tako poročilo, kakor ga je dr. Kopp v niže-avstrijskem zboru na Dunaji, ali Ljubljana je precej daleč od Dunaja in zato je poročilo bolj plitvo in mlačno, oziranje na vlado nekoliko bolj nježno, tako, da je treba med vrsticami brati, da se izvé prava misel.

Vladi očitata desorganizatorno in centrifugalno tendenco, ob enem pa provzročevanje strašnega razpora med strankami! Hočem toraj nekoliko slediti vladi iz početka do sedanjega časa, kaj je storila, da zasluzi očitanje, da hoče desorganizovati, to je: narazen spraviti avstrijsko državo. To gotovo ni istina, ker le prejšnje vlade so desorganizovale Avstrijo s tem, da so spravljale avstrijske narode v stanje nezadovoljstva.

Zaradi tega je pa na Najvišjem mestu to stanje splošnega nezadovoljstva uvaževanje našlo, in to se je izrazilo s tem, da se je na Najvišjem mestu reklo, da je državna potreba: Höhere Staatnothwendigkeit, da se sedanja sistema pomirljivosti vpelje in, ako Bog da, nikdar več ne umakne.

Gospôda moja! Kakor je meni bilo poročano o grofu Taaffe-ju, ima on v svoji besedi veliko prepričevalno moč. On véasih prav odkritosrčno govori s tako imenovanimi intervererji — to je, s takimi možmi od žurnalizma, ki hodijo imenitne može ogledovat in izpraševat. Nedavno, kakor ste brali, je bil pri njem dopisnik berolinskega »Tagblatt« s takim namenom. In temu možu je Taaffe rekel: »Meni ni čisto nič ležeče na nobeni stranki in na nikakoršnem ministerstvu, ker služim le po prevzvišenem povelji Njega veličanstva. Jaz storim to, kar svitli cesar želi in se ne oziram ne na levo ne na desno, o politični krizi pa zdaj niti govora ni.«

Poglejmo vendar, kaj je Taaffe-ja vlada tako strašnega napravila. Enkrat je Taaffe neke besede izjavil in takrat so rekli Nemci: »Anathema sit«, mi ga moramo na vsak način odstraniti, kajti on je rekel, da Nemcev ne pusti na steno pritiskati, da pa tudi nikdar ne bo dopuščal, da bi se Slovani na steno pritiskali. Ker je s tem rekel, da bo dal Slovanom ravnopravnost, akoravno je še jako malo tega programa izvršil, začeli so Nemci upiti, da jih zatira.

Zgodovinar Palacky, moder mož, je rekel: »Dolgo časa že študiram nemški narod, posebno kar se tiče njegove dotike s slovanstvom, prepričal sem se, da ogromna večina Nemcev je tega mnenja, da se rajši uklanja despotizmu in absolutizmu, nego da bi imeli deliti svobodo skupno s Slovani.« In to, kar je Palacky rekel, ne velja samo za dan danes, ampak že več kot celih 1000 let. Nič drugzega kakor to je izjavil grof Taaffe, da ne bo pustil Slovanov na steno pritiskati, in tega mu Nemci ne morejo nikdar odpustiti.

Vprašam, ali je vlada, ki ima dan danes z dvema slovanskima narodoma, kar se tiče izvedenja ravnopravnosti, opraviti, s slovenskim in s češkim, kaj storila, kar bi se moglo imenovati desorganizacija? Desorganizacija bi bila po mislih nasprotne stranke, ako bi se vpeljal federalizem. Ako bi vlada rekla, češko krono hočem spraviti v stari svit, ako bi nadalje rekla: Jaz hočem napraviti zedinjeno Slovenijo ali vsaj namestniški oddelek v Mariboru za štajarske Slovence. Niti eno niti drugo, čisto nič tacega se ni zgodilo. Samo zarad tega, ker ta vlada ni meso od Vašega mesa kakor je bila prejšnja, pravite Vi: Napovejmo ji večno sovraštvo brez vsega paktiranja! Gospôda moja! takrat, ko so bili Giskra, Hasner in Herbst ministri, nikomur ni v glavo padlo, reči, da vlada desorganizuje. Takrat bi bilo zaslužilo ministerstvo tako očitanje, ker je uvedlo poljski jezik kot izključno uradni jezik v celí Galiciji v upravo, v šole in v sodnije. Takrat se ni nobeden zavoljo tega oglasil, vsem je bilo to prav, kakor se ve da, nam tudi! Zakaj ste takrat molčali? Zato, ker je storilo to Vaše ministerstvo. Kaj tacega Taaffe-jevo ministerstvo še dan danes niti poskusilo ni. Za Češko je uvedlo takozvano naredbo o jezikih

v upravi in v sodnijah. Znano je, da je Stremayr, največji germanizator za nas Slovence, to naredbo zagovarjal pred državnim zborom. In kaj ima ta naredba v sebi? Nič drugega, kakor stari usus in stare naredbe, ki so že davno veljavne v deželah češke krone. Ali koj so Vaši somišljeniki začeli tisti »Beunruhigungsschwindel«; naročili so telegrame po vseh vaseh na Pemsken, da bi svet zvedel, kako so strašno »beunruhigt«, ako bi se tudi Čehom nekoliko ravnopravnosti dalo. To se je zgodilo zaradi take stvari, ktero je potem taki Nemeec, kakor je Stremayr, zagovarjal. Padli so potem srdito na Stremayrja in so tako dolgo navalivali nanj, da je moral odstopiti. Iz tega se vidi, da ni sedanja opozicija nič drugega, kakor fakijsna opozicija brez vsakega opravičenega temelja.

Poglejmo na dalje, kako se je sedanja vlada vedla gledé osebnosti. Ali je kaj posebnega napravila? Po izreku Ludvika Börneja: »Die Minister, wenn sie fallen, sind wie Butterbrote, sie fallen immer auf die gute Seite!« je ta vlada, če je kakega uradnika prestavila, spravila ga gotovo na boljše mesto. Ali je to zatiranje protivne stranke? Ako se je pod Lasserjevo vlado, ki nas je s škorpijoni bičala, kak uradnik zameril, premestili so ga v Černovice ali pa v Sučavo, da je premišljeval tam daleč dobroto ustave. Niti sence takega se zdaj ne dogadja. Kje je toraj vzrok, vladi desorganizacijo predbacivati? Ona je zaradi izpeljave ravnopravnosti nekaj obljubila, storila je pa še jako malo.

Ako mi zagovarjamo to vlado, spoznamo s tem le njeno dobro voljo in njeni dober program, ter upamo, da bo vendar enkrat kaj za izpeljavo programa storila.

Ker je torej vlada Čehom dala nekoliko ravnopravnosti, se vé da ne toliko, kolikor so jo imeli pred bitko pri Beli gori, začeli so Vaši somišljeniki napravljati znani »Beunruhigungsschwindel«. Ali ker se vlada za to ni nič brigala, ali kakor je član vlade rekel, ko so ga časniki napadali: »Ich wäre schon längst hin, wenn ich auf die Zeitungsschmierer etwas geben wollte«, ker je vlada pri vsem tem čisto mirno ostala, so prišli nemški nacionaleci na drugo idejo. Nemški burši v Pragi, arogantni, kakor povsod, so začeli svoje burke s češkimi prebivalci uganjati. Ti fantalini, ki so tudi stoječa figura pod imenom »Ladislaus bubus« v humorističnem časniku »Floh«, začeli so po praškem mestu češki narod provocirati z besedami, kakor: »verfluchte tschechische Hunde«, »verfluchte tschechische Sausprache« i. t. d. Čehi so jih od začetka mirno poslušali, potem pa je prišlo do znane praske pri Huhleh. Koliko smo slišali takrat o mrtvih in ranjenih, kakor da bi človek bral buletine o bitkah pri Solferini ali Magenti. Pri obravnavi se je pa skazalo, da se nobenemu ni nič zgodilo in da je bila to le narejena stvar, da bi grofa Taaffeja spravili v zadrego. Ali vlada je hladnokrvno vse to gledala, ker je dobro vedela, da je to vse, kakor bi gospod Deschmann rekel: »Geflüner« in »Schwindel.« (Veselost na levi — Heiterkeit links.)

Vlada se ni dala od svojega ravnanja odvrniti s takimi demonstracijami in je poslala na Češko moža, od katerega smemo pričakovati, da bo svojo nalogo dobro izvršil. Ta praska je imela vsaj to dobro stran

za Čehe, da je vlada odstranila moža, ki je takrat stal na čelu dežele in zaradi svojega nebivanja v Pragi nekoliko zakrivil to prasko. Poslala ga je, kamor spada, namreč med Nemce.

Ozrmo se na drugo stran sedanje vlade. Znano je, da je prva točka vsake ustavne vlade: Svoboda časopisja. Poglejmo torej, kako se je prej konfisciralo, kako se zdaj. To je šlo poprej kar dan za dnevom. (Oho! na desni — Oho! rechts.) Prosim, ko bi nemški časniki le nekoliko tega skusili, kar smo mi, nehali bi bili že zdavnej izhajati, kajti le požertvovalnost naših žurnalistov in našega naroda je omogočila, da naši listi niso poginili. Ko bi vlada hotela judovskemu časopisnemu švindelnu na rep stopiti, ga precej polovico lahko uniči. Ko bi bila »Neue freie Presse« vsako nedeljo in vsak praznik konfiscirana, kako bi kričali! Kajti če se le zdaj enkrat na mesec konfiscira, kako že vpijete »ceter, mordio!«

In kdo je napravil postavo o konfiskaciji? Vi sami. Takrat, ko so delali nov kazenski postopnik, so naši poslanci, ki so bili v manjini, temu ugovarjali. Takrat je vlada večino pogovarjala rekoč: To je le za klerikalce in Slovane, Vam se ne bo nič zgodilo! Vi ste na to rekli, če je pa taka, naj pa le ostane pri starem, kakor je dozdaj bilo. Na Češkem so konfiskovali dan za dnevom, pri nas smo imeli vsaj trikrat na teden take postne dneve. Naj bi se to nemškim bralcem pripetilo, ki zahtevajo od svoje žurnalistike, da jim da vsak dan to, kar plačajo, in naj bi to kacih šest let zaporedoma trajalo, polovica nemških listov bi morala poginiti.

Jaz bi toraj rekel, da grofu Taaffeju imamo le mi kaj očitati, ker je premlitev, premalo energičen, da bi se enkrat očistil onih elementov, ki še zmirom ravnopravnosti nasprotujejo. Nekoliko se je sicer že storilo, ali treba bo še veliko takih elementov odstraniti, da se izvrši potem program, kateri je edini mogoč v Avstriji. Ako bi se ta program ne izvršil, ne verujem, da bi naša država kdaj prišla do pomirjenja in do stalnega uredjenja. Kakor Nemci pravijo: »Deister reich deutich oder gar nicht«, tako pravimo mi: Avstrija je le ravnopravna mogoča, drugače ne. (Dobro! na levi — Bravo! links.) Vsi drugi programi, ki zahtevajo nemško hegemonijo, peljejo naravnost v propast države. Zarad tega nas navdaja veselje, da se je na prevzvišenem mestu spoznala ta program kot edini pravi za obstanek Avstrije.

Ena točka poročila obrača se naravnost proti deželni vladi; točka se tiče osebnosti. Ker je znano, da se v deželi gledé na osebnosti ni nič spremenilo, gré toraj to pikanje na osebo, ki je zdaj na čelu deželne vlade. Ker je bila ta oseba že tolikokrat jako surovo napadana v Vaši žurnalistiki ne morem si misliti, da ste v poročilu koga drugega mislili.

Moram reči, da državno pravdnistvo, ki je od starih časov navajeno, vsemu temu, kar diši po slovensčini in narodnosti, vrat zaviti, vse drugo pa izpustiti, da ravno to državno pravdnistvo ne stori svoje dolžnosti, ako pušča take liste na slobodi, ki napadajo načelnika deželne vlade, ki ne konfiskuje tacih po tistem

zakonu, katerega ste Vi sami naredili. (Pohvala na levi — ugovori na desni — Beifall links — Widerspruch rechts.)

Ako so naši listi napadli samo kakega poštarja ali malega uradnika, gotovo so konfiscirani. Ako bi bili v prejšnih časih Vasi listi le eno stotino tega omenili o deželnem predsedniku, kar se sedaj dogadja, zapadli bi bili državni oblasti brez usmiljenja, med tem ko se sedaj še za to ne zmeni. Zaradi tega pravim, da je sedanja vlada premlitva, da neče svojega programa izvesti in napraviti spremembe v osehah tam, kjer so potrebne. Kar se tiče deželne vlade na Kranjskem, moram opozoriti na to, kar je gospod Deschmann lani ali predlanskem rekel: Ne vem zakaj ste prijatelji vlade, saj se ni nič spremenilo.

In v tem obziru, akoravno se mi to malokedaj primeri, sem popolnoma njegovega mnenja, tako je bilo takrat in je še dan danes, le malo se je spremenilo. Nobenega vzroka nima vaša stranka, le čertice očitati deželnemu predsedniku. Le en greh ima, katerega mu ne morete odpustiti, on je sin slovenskega naroda in ga nikoli ne zatajuje. (Dobro! na levi — Bravo! links.) Vsaj ste navajeni, vsakemu uradniku, in naj še tako mirno služi, v greh šteti, ako reče: »Jaz sem sin slovenskega naroda« in to pri vsaki priliki pokaže. To je bilo edino, kar je dosedaj vsakemu uradniku zaprečilo pot do boljšega mesta. Odkar je sedanji deželni načelnik pri slavnosti v Idriji s slovenskim občinstvom slovenski govoril, bil je to vnebovpijoči greh, kar bi se imelo v vsaki deželi na tem in onem svetu za naravno smatrati, kajti nenaravno je bilo, da so dosedaj vsi predsedniki v jeziku občevali, katerega 95 % naroda ne razume. Sedaj je prvokrat, da se iz mesta cesarjevega namestnika slišijo besede v slovenskem jeziku, katerega se niti naš cesarjevič, kakor ste brali, ne sramuje, ker se je s slovenskim poslancem slovenski razgovarjal. (Dobro! na levi — Bravo! links.) Ta presvetli mož je vzor za ravnopravnost. Ko se mu je iz male občine na spodnjem Stajerskem čestitalo v slovenskem jeziku, radostno je sprejel čestitko in naročil svojim podložnim, da imajo odgovoriti v slovenskem jeziku. Državnega zbora takrat ni bilo skupaj, in cesarjevičev uradnik je iskal prijatelja po Dunaji, da bi mu sestavil slovenski telegram, ki se je potem tudi odposlal. (Dobro! na levi — Bravo! links.)

Kar toraj dela presvetli naš cesarjevič, je gotovo tudi dolžnost deželnega predsednika, naš jezik znati in govoriti ga. (Dobro! na levi — Bravo! links.) Zaradi tega pravim še enkrat, da ni bilo nobenega povoda, vlado napadati, ampak zahvaliti bi se jej imeli, da Vas pusti sedeti na tem mestu in reči moram, da je ta prepirka popolnoma z trte zvita (bei den Haaren herbeigezogen), ker ste hoteli nekaj storiti, da bi bili v soglasju z drugimi liberalnimi Nemci, ki imajo večino, »ut aliquid fecisse videatur«.

Deželnega glavarja namestnik Grasselli

(prevzel je med govorom gospoda dr. Zarnika predsedstvo — hat während der Rede des Herrn Dr. Zarnik den Vorsitz übernommen):

Gospod dr. Schaffer ima besedo.

Abgeordneter Dr. Schaffer:

Es ist nach mehr als einer Richtung mißlich, in die Debatte über den vorliegenden Gegenstand einzutreten; mißlich deshalb, weil ich glaube, daß alle Mitglieder des hohen Hauses darin einig sind, daß der Gegenstand, welcher den Inhalt dieser Debatte bildet, von der hohen Regierung vermöge des der heutigen Berathung zugrunde liegenden Quästionärs in einer, um mich dieses Ausdrucks zu bedienen, kleinlichen Weise auf die Tagesordnung gestellt worden ist; mißlich auch deshalb, weil ich der Ueberzeugung bin, daß nach der Aufnahme, welche diese Action beim größten Theile der Landtage gefunden hat, dieselbe ohne Erfolg bleiben und die in Scene gesetzte Bewegung im Sande verlaufen, und daß, wie das Botum überhaupt ausfallen möge, alles beim alten bleiben wird. Besonders mißlich aber ist es für einen Abgeordneten dieser (desne — rechten) Seite des hohen Hauses, in die Debatte einzutreten, weil die Frage der Reform der Verwaltung von der gegenwärtigen Regierung angeregt worden ist. Demungeachtet glaube ich, daß, nachdem der Gegenstand hier aufgerollt und erörtert wird, es geboten erscheint, die Ausführungen des Minoritätsgutachtens, die ich in ihren wesentlichen Voraussetzungen für irrig halte, richtig zu stellen und den Bemerkungen, welche von mehreren Rednern auf jener (levi — linken) Seite des hohen Hauses gefallen sind, zu antworten und hiebei auch eine Sache, welche von einigen Herren Rednern nur gestreift, von anderen aber gar nicht berührt worden ist, das ist das Gebiet der hohen Politik, mit einigen Worten zu besprechen.

Bevor ich mich dem Gutachten der Minorität zuwende, möchte ich doch eine eigenthümliche Erscheinung constatiren, welche sich bei den Berathungen des Ausschusses ergeben hat, nämlich die merkwürdige Erscheinung, daß die Herren von der Minorität, obwohl sie sich einer Regierung gegenüber befinden, die Fleisch von ihrem Fleische und Blut von ihrem Blute ist (ugovori na levi — Widerspruch links), von unserem gewiß auch nicht, die also kein Fleisch und kein Blut hat (veselost na desni — Heiterkeit rechts), daß die Herren in allen sachlichen Fragen bei Berathung des Quästionärs eine viel schärfere Opposition dieser Regierung gemacht haben, als die Mitglieder der Majorität im Ausschusse. Und gerade die Mitglieder, die sich heute in ihren Reden als exaltirte Freunde der Regierung zeigten, haben ihr im Ausschusse die stärkste Opposition gemacht. Ich muß diese Erscheinung als eine symptomatische charakterisiren, ohne daraus gerade welche Schlüsse zu ziehen.

Ich komme nun zu einer Besprechung des Berichtes der Minorität.

Wenn ich hiebei die hauptsächlichsten Verschiedenheiten in den Anschauungen der Majorität und Minorität und dasjenige, was man als Grundirrtum in den Anschauungen der Minorität bezeichnen sollte, constatiren will, so liegt der letztere darin, daß die Minorität sich vor dem Schlagworte »Autonomie« bedingungslos beugt. Das geht so weit, daß sie selbst dort, wo anerkannte Uebelstände vorliegen, wo eine bessernde Hand angelegt werden sollte, dies bloß deswegen unterlassen wollen, weil die dazu nothwendige Maßregel unter das Schlagwort »Autonomie« nach ihrer Ansicht nicht subsumirbar wäre. Ich glaube, daß unser Standpunkt der bessere und unbefangene ist, daß

in einem Falle wie hier die Phrase keine Herrschaft haben sollte, und daß es hier heißt, mit klarem und unbefangenen Blicke die Verhältnisse zu betrachten und, falls sie nicht gut sind, nach besten Kräften bessernde Hand anzulegen. Ich sehe darin keine Rückschrittendenz oder Umkehr auf die frühere Bahn, im Gegentheile, als es sich vor 18 oder 19 Jahren darum gehandelt hat, die Gemeindeorganisation, so wie sie heute ist, einzurichten, da war es ein Rückschlag gegen die Reaction, daß man sich freudig und ohne Rückhalt der Autonomie in die Arme geworfen hat.

Heute haben wir die Erfahrung von mehr als zwei Jahrzehnten. Wir sind damals zu weit gegangen, so kann es nicht fortgehen; wenn die Zustände besser werden sollen, muß vieles geändert und gebessert werden.

Ueberhaupt, meine Herren, sind wir gewohnt, bei uns die Autonomie, die Selbstverwaltung, in einem weiteren Sinne zu nehmen, als dies sonst bei den freisinnigsten Staaten der Fall ist. Wir sind gewohnt, dieselbe in dem Sinne zu nehmen, daß die Gemeinden berufen sind, die wichtigsten staatlichen Agenden im eigenen Wirkungskreise zu vollführen, während sie dieselben anderswo nur unter Mithilfe des Staates und im Auftrage desselben ausführen.

Noch ein zweites Schlagwort: »Die freie Gemeinde ist die Grundlage des freien Staates«, hört sich gut, wie etwa »Freie Kirche im freien Staate« und ähnliche Worte, allein auch dieses Wort muß cum grano salis genommen werden.

Sehen wir uns die Zustände in unserem Lande an. Haben wir freie Gemeinden, namentlich in der Richtung, wie der Minoritätsbericht Wert darauf legt, daß bei den Wahlen die freie Meinung der Gemeinde zum Ausdrucke kommt u. s. w., u. s. w.? Wenn wir alle die Vorgänge bei Wahlen ins Auge fassen, glaube ich nicht, daß die freie Meinung dadurch zum Ausdrucke kommt.

Noch weniger ist es begreiflich, wie man für die freie Gemeinde schwärmen und dieselbe auf historischer Grundlage aufbauen will. Die Geschichte des Landes kennt gar kein Beispiel einer freien Gemeinde, und wie man in Bezug auf die gegenwärtigen Einrichtungen historische Reminiscenzen hervorbringen kann, das verstehe ich nicht. Ich würde für eine Gemeinde andere Voraussetzungen verlangen, daß sie gut verwaltet werde, daß wirtschaftlich geordnete Zustände bestehen, in einer solchen Gemeinde kann die Freiheit gedeihliche Folgen haben. Die Herren sagen, wir gestehen zu, es ist da und dort die Sache nicht in gehöriger Ordnung, dieser oder jener Gemeindevorsteher erfüllt seine Pflicht nicht, wodurch die thatsächlichen Verhältnisse jedoch umgekehrt werden, und ich sage vielmehr, es ist eine Ausnahme — und darüber läßt sich kaum streiten; — da und dort geht die Sache passabel, werden die Pflichten pünktlich erfüllt, aber in der überwiegenden Mehrzahl ist dies nicht der Fall. Wir haben vielmehr die Erfahrung gemacht, daß da und dort gar nicht oder nur ganz unvollständig verwaltet wird.

Der Bericht beschäftigt sich auch mit Heilmitteln verschiedener Kategorien. Das vorzüglichste und erste soll die Belehrung, das zweite die Gendarmerie sein.

Was die Belehrung anbelangt, bin ich damit vollkommen einverstanden; allein es ist Thatsache, daß viele Bezirkshauptleute es an gutem Willen nicht fehlen lassen,

daß sie eingreifen, wo es nothwendig ist; auch der Landesausschuß verläßt keine Gelegenheit, durch Belehrung zu wirken, was er kann, was jedoch insgesammt nichts fruchtet, weil der gute Wille fehlt oder das Verständnis nicht da ist, daher die Belehrung auf keinen fruchtbaren Boden fällt. Wenn dadurch irgendwo etwas erzielt wird, so geschieht dies auf Umwegen mit Zeitverschwendung und Kostenaufwand, so daß man sagen kann, es wäre einfacher und schneller, wenn die betreffende Behörde es selbst gethan hätte.

Die Gendarmerie den Gemeinden zur Verfügung zu stellen, glaube ich, wäre eine etwas gewagte Sache; auch kann man nicht einem jeden Gemeindevorsteher einen Gendarmen permanent an die Hand geben, ferner tritt die Gendarmerie in der Verwaltung nicht als beständig eingreifend auf, sie soll nur ausnahmsweise, in den seltensten Fällen zuhülfe genommen werden, wenn die Verwaltung mit den gewöhnlichen Mitteln nicht mehr auslangen kann, womit ich zugebe, daß es Fälle gibt, wo es zweckmäßig erscheint, sich der Gendarmerie zu bedienen. Aber jedem Gemeindevorsteher die Gendarmerie in der Weise und in dem Umfange zur Verfügung zu stellen, wie den politischen Behörden, kann ich nimmer befürworten, das hieße, eine gefährliche Waffe den Gemeindevorstehern in die Hand legen.

Ich habe schon erwähnt, daß nach Ansicht der Minorität ein weiteres Heilmittel zur Beseitigung der Schäden der Doppelverwaltung im Zurückkommen auf die historische Grundlage in der politischen Verwaltung bestehen soll. Ich glaube wieder, es gibt kein Gebiet des staatlichen Lebens, welches lebendiger und flüssiger, welches so sehr mit den unmittelbaren Anforderungen der Gegenwart verwoben ist, als das der Verwaltung, und da soll man zurückgreifen auf ein früheres, in der Kistkammer schon längst vermodertes Werkzeug, um es der modernen Verwaltung in die Hand zu geben? Ich glaube, gerade in der Verwaltung muß mit der Gegenwart gerechnet werden; und ist es schon für die Gesetzgebung schwierig, dieser zu folgen, so wird es nimmer Früchte tragen, wenn sie zurückgreift auf die Zustände früherer Jahrhunderte. Ebenso verfehlt, wie diese historische Grundlage, ist der Hinweis auf die auswärtigen Zustände, die in unsere Verhältnisse hereingezogen werden. Es ist nicht recht, auswärtige Verhältnisse hereinzuziehen, da sie von den österreichischen grundverschieden sind; es ist aber auch nicht zweckentsprechend, ausländischen Maßstab an unsere eigenartigen Verhältnisse anzulegen, am allerwenigsten ist es aber zulässig, diesen Maßstab aus Amerika, aus der Schweiz oder aus England zu holen, aus Ländern, in denen die Verhältnisse von den unsrigen so total verschieden sind, daß ein Vergleich von vornherein Verdacht erregt. Außerdem verhält sich thatsächlich die Sache nicht so, wie der Minoritätsbericht sie darstellt.

Ihr Berichterstatter scheint auf dem Gebiete der auswärtigen Verwaltung nicht in der wünschenswerten Weise orientirt zu sein. In der Schweiz besteht die Cantonalverwaltung; greifen wir einen Canton heraus, etwa Genf. Dieser Canton hat die demokratischste Verwaltung der Welt. Die dortige Gemeinde aber hat nicht einmal die volle Selbstständigkeit in Bezug auf die Gemeindecapitulationen, auf die Voranschläge und das Straßenwesen. Ähnliche Zustände herrschen in Belgien, in Baden, da übt grund-

sächlich das Aufsichtsrecht der Staat über die Gemeinden und in England ist es in den letzten 30 Jahren geradezu zur Gewohnheit geworden, solche Gesetze zu schaffen, daß immer mehr Aenden der Communalgewalt an den Staat überlassen werden. Abgesehen davon hat es in England das nie gegeben, was wir Gemeinde nennen, die Gemeinde als Corporation hat in England nie existirt; Angelegenheiten, die bei uns die Gemeinde besorgt, werden von Comités, einem Armencomité, Schulencomité u. s. w. verwaltet, die in gar keiner organischen Verbindung miteinander stehen. Diese Angelegenheiten werden von kostspieligen Communalbeamten der einzelnen Comités besorgt, über deren Wirtschaft man sich bitter beklagt.

Ich möchte noch ein Beispiel citiren, welches der Herr Berichterstatter nicht citirt hat. Die größte Reform der Verwaltung ist in Preußen durchgeführt worden, indem man daselbst die neue Kreisordnung eingeführt hat, aber die Beamten dieser neuen Kreisordnung werden nicht gewählt, sondern vom Staate ernannt; der Kreishauptmann fungirt nicht vermöge der Wahl, sondern vermöge der Ernennung durch den deutschen Kaiser.

Auch Ungarn und Kroatien werden als Vorbilder angeführt, nach denen sich der Minoritätsberichterstattet sehnt. Ich werde mich diesfalls nur auf wenige Bemerkungen beschränken. Die dortigen Zustände sind bekannt und wir sehnen uns nicht nach einer Comitatswirtschaft; es sind mir diesfalls Berichte von Freunden über die letzten Wahlen zugekommen, daß es vorgekommen ist, daß der Regierungscandidat unter Assistenzen der Panduren und Militärbedeckung seine Candidatenreise gemacht hat. So sehen die Zustände dort aus; das sind keine Vorbilder, nach denen wir uns zu sehnen haben.

Ein anderes Heilmittel soll die Errichtung von Bezirkscommissariaten, Bezirksvertretungen sein, deren Wirkungskreis mir trotz der Auseinandersetzungen der Ausschußmitglieder der Minorität nicht vollständig klar geworden ist. Mit den Bezirkscommissären könnte man sich, abgesehen davon, daß diese Angelegenheit der Reichsvertretung anheimfällt und daß diese Einrichtung sehr viel kosten würde, einverstanden erklären, aber dieselben müßten eine andere Stellung haben, als wie sie im Minoritätsberichte angegeben ist, sie sollten eine Zwitterstellung bekommen, indem sie einerseits Exekutivorgane des Bezirksausschusses und andererseits Träger der Staatsgewalt als solcher sind. Dies wäre eine neue Quelle von Kompetenzconflicten und würde die Doppelverwaltung in allercomplicirtesten Form abgeben. Außerdem aber kann ich mir von dem Wirken solcher Bezirksvertretungen nichts versprechen, es wäre hier eine rasche und sichere Executive notwendig, was ich aber nicht voraussetzen kann, indem die Thätigkeit der Bezirksvertretung nur lähmend dazwischen träte. Wie soll diese Bezirksvertretung als Aufsichtsbehörde fungiren, wenn sie sich aus Elementen zusammensetzt, welche wir als unvollkommen erkennen? Wie sollen diese Elemente die Aufsicht üben oder in zweiter Instanz die Geschäfte besorgen?

Als letztes Ziel der Wünsche bei einer Organisation in der politischen Verwaltung stellt der Minoritätsbericht ein Ideal auf, welches darin bestehen soll, daß die Verwaltung vollständig den Ländern anheimgegeben wird und an deren Spitze als einzig ernannter Beamte ein von der Reichsgewalt bestellter Statthalter stehen soll, von dem ich vermuthe, daß der Minoritätsbericht die Tendenz hat, den-

selben dem Landtage verantwortlich zu machen. Wenigstens entspricht dies dem Ausbaue eines Projectes, welches ich an einer anderen Stelle gefunden habe. Nun, meine Herren, die Consequenz eines solchen Zustandes wäre, daß man in größeren Provinzen zu Landesministerien kommen würde und daß in den 17 Landtagen die k. k. Verwaltung der jeweiligen Majorität ausgeliefert würde. Dieser Statthalter würde eine parlamentarische Stellung haben und müßte consequenterweise demissioniren, wenn eine andere Majorität in den Landtag kommen würde. Denken Sie sich, wie es da dem Centralminister in Wien, den Sie noch gütig belassen wollen, gehen würde. Ein solcher Minister müßte mit 17 Statthaltern, welche ihm und den Landtagen oder ihm gar nicht, sondern nur den Landtagen verantwortlich wären, regieren. Ich glaube, es ist nicht nothwendig, ein solches Zukunftsbild weiter auszumalen, es müßte geradezu zu den crassesten Inconsequenzen führen.

Nachdem ich nun dasjenige kurz angedeutet habe, was mir in dem Minoritätsberichte irrig erscheint und nicht der richtigen Voraussetzung entspricht, will ich mich dem Majoritätsberichte nur in aller Kürze zuwenden, nachdem derselbe in dieser Beziehung in vortrefflicher und klarer Fassung den Standpunkt der Majorität hinlänglich kennzeichnet. Ich möchte nur Eines hervorheben. Von einer Gegnerschaft gegen die Autonomie ist sowohl bei den Mitgliedern der Majorität als auch im Berichte derselben gar keine Spur, sondern es handelt sich darum, gewisse Unzulänglichkeiten und Anomalien zu beseitigen. Das Wesentliche nämlich, was den Hauptinhalt der Selbstverwaltung bildet, die finanzielle Gebarung, das Schalten und Walten mit dem eigenen Vermögen bleiben unangetastet, und nichts weiter ist in Aussicht genommen, als einen Theil der Localpolizei, deren prompte Besorgung im Interesse der Gemeinde gelegen ist, was die Sicherheit der Person und des Eigenthums betrifft, die Bau- und Feuerpolizei und den Justanzug an die politischen Behörden zu leiten und aus der Kompetenz der Gemeinde ganz auszuschneiden die Entscheidungen in Dienstbotenstreitigkeiten und das Strafrecht.

In diesen Rahmen fügen sich alle Veränderungen, die beabsichtigt sind. Ich habe schon früher erwähnt, daß die Auffassung irrig ist, daß die Localpolizei als solche in den natürlichen Wirkungskreis gehöre. Ein berühmter Staatsrechtslehrer hat gesagt, es gibt nichts Unnatürlicheres als der natürliche Wirkungskreis der Gemeinde. Es soll die Localpolizei ausgeschieden werden, die ihrer Natur und wissenschaftlicher Qualification nach einen immanenten Bestandtheil der Staatsverwaltung bildet; sie soll aus dem selbständigen in den übertragenen Wirkungskreis verwiesen werden, damit ihr eine solche Stellung angewiesen wird, daß dadurch die Autonomie der Gemeinde keinen Schaden leidet. Die wirkliche Ausscheidung bezieht sich auf die Dienstbotenstreitigkeiten und die Straferkenntnisse, wo es sich doch nicht leugnen läßt, daß die Handhabung derselben von Seite der Gemeinde sehr unvollkommen ist und es im Interesse der Bevölkerung liegt, daß da Ordnung gemacht wird. Auch die Strafrechtspflege ist ein Gebiet, von dem neun Zehntel der Gemeindevorsteher heute denken, »wenn wir dieselbe nur vom Halse hätten«, abgesehen davon, daß nicht einmal diejenige Partie des Strafrechtes von den Gemeindevorstehern gehandhabt wird, zu deren Ausübung sich bei einzelnen Bürgermeister die genügende Bildung vorfindet.

Durch einen Zufall habe ich erst nach den Berathungen des Ausschusses die Berichte der Bezirkshauptmannschaften unseres Landes über diese Frage gelesen, ich muß sagen, daß dieselben sehr lehrreicher Natur sind. Aus denselben geht hervor, daß sämtliche Bezirkshauptleute ohne Ausnahme den Standpunkt eingenommen haben, den Sie in vorliegenden Gutachten, beziehungsweise im Berichte der Majorität finden, ja die ersteren sind noch viel weiter gegangen. Diese Thatsache kann nicht mißachtet werden, man kann nicht den Bezirkshauptleuten absprechen, daß sie eine reiche Erfahrung in der Verwaltung und im Verkehr mit der Bevölkerung haben; ihr übereinstimmendes Urtheil ist ein gewichtiges votum zugunsten jener Maßregeln, die nach dem Inhalte des Majoritätsvotums geplant werden soll. Diese Herren sind gewiß unbefangen und dies um so mehr, da es sich darum handelt, ihnen neue Arbeit, neue Verantwortung aufzubürden, und dazu hätten sie gewiß keine Lust, wenn nicht ihre innerste Ueberzeugung dafür sprechen würde, daß die jetzigen Zustände unhaltbar sind.

Die Anträge, welche die Majorität stellt, sind sehr bescheiden und unvollständig, da es, wie ich schon eingangs erwähnt habe, kaum anders möglich gewesen ist im Hinblick darauf, daß schon die Regierung die Sache von einem sehr particulären und kleinlichen Standpunkte aufgefaßt hat, und im Hinblick darauf, daß die Herren Abgeordneten von dieser (desne — rechten) Seite des hohen Hauses nicht in der Lage gewesen sind, in eine principielle Erörterung der Reform der politischen Verwaltung unter den jetzigen Verhältnissen einzugehen.

Meine Herren, ich sehe mich bei diesem Anlasse genöthigt, was ich sonst nicht gethan hätte, auf die politische Seite dieser Frage aus dem Grunde einzugehen, weil der bezüglich Passus des Berichtes, bei dem ich es sonst hätte bewenden lassen, von Seite verschiedener Vorredner einer nicht ganz unbefangenen Kritik unterzogen wurde. Diesen Ausführungen gegenüber halte ich es für nothwendig, die Stellung des Ausschusses näher zu beleuchten.

Was die Bemerkung anbetrißt, welche sich auf die Centralregierung bezieht, so hat einer der Herren Vorredner dieselbe wahrscheinlich zufällig mißverstanden, indem er dem Ausschusse imputirte, er sage damit, daß die Regierung desorganisatorische Tendenzen verfolgt. Die Sache verhält sich jedoch nicht so; wenn Sie diesen Passus des Berichtes genau durchlesen, werden Sie finden, daß nur davon die Rede ist, daß an die Regierung desorganisatorische Zumuthungen herantreten könnten, daß sie daher in die Lage kommen dürfte, mit solchen Zumuthungen zu rechnen.

Im übrigen aber nehme ich keinen Anstand, für meine Person zu erklären, daß ich mit der Regierung, wie sie gegenwärtig am Ruder ist, mich nicht beglückt erklären kann und ich wundere mich, daß der Herr Vorredner uns für so naiv gehalten hat, daß wir unsere Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierung aussprechen sollten. (Veselosť na desni — Heiterkeit rechts.) Daß ihn das überrascht, ist auch für mich überraschend. Ich werde ihm nicht so weit folgen, um alle Excuse mitzumachen, aber so viel muß ich bemerken, daß eine so große Reform nur in den Zeiten einer gewissen inneren Ruhe, eines passablen Verhältnisses unter den Parteien stattfinden kann; das ist gegenwärtig nicht der Fall, indem die Regierung, wenn sie

auch die beste Absicht gehabt hätte, nur das Gegentheil der Zustände, nämlich Zanf und Hader verursacht hat. Das werden die Herren nicht leugnen und Sie werden es begreiflich finden, daß wir uns nicht bewogen finden konnten, uns mit der gegenwärtigen Regierung in Verhandlungen über eine principielle Reform einzulassen. Uebrigens sind diese Uebelstände schon an einer anderen Stelle gekennzeichnet worden; diese großen Uebelstände scheinen uns charakteristisch und müssen uns die größte Vorsicht gebieten.

Charakteristisch, daß die Behandlung der Staatsgeschäfte von oben her mit einer gewissen Leichtfertigkeit und Frivolität (ugovori na levi; dr. Zarnik: To nij res; eksempla! — Widerspruch links; Dr. Zarnik: Das ist nicht wahr, Exempla!) Ich werde schon auf Exempel kommen.

Das zweite charakteristische Moment ist, daß sich die Regierung in einem fortwährenden Gedränge wegen des Tauschhandels befindet (ugovori na levi — Widerspruch links), welchen sie mit den Parteien zu pflegen genöthigt ist, um sich am Ruder zu erhalten. (Ugovori na levi — Widerspruch links.) Ich bitte nur die Verhandlungen des Reichsrathes nachzulesen, Sie können die einzelnen Tauschobjecte verfolgen. Ich sage, wenn die Regierung von den besten Intentionen beseelt wäre, angesichts dieser schiefen Bahn, auf welche sie gerathen ist, wäre es ihr kaum möglich, hier wie in vielen anderen Angelegenheiten ihre guten Intentionen einzuhalten. Daß es unter diesen Umständen sehr bedenklich ist, sich mit der Reform der politischen Verwaltung zu befassen, können wir wohl alle sagen.

Wenn einer der Herren Vorredner mit den Confiscationen der Blätter einen gewissen oratorischen Aufwand gemacht hat, so glaube ich, ist es eine sehr gewagte Behauptung, daß die jetzige Regierung mit den Confiscationen sparsam sein soll; ich habe sie nicht gezählt, aber die jetzigen sind außerordentlich zahlreich. (Dr. Zarnik: Mi smo jih šteli — Dr. Zarnik: Wir haben sie gezählt.) Wenn ihrer jetzt auch ein Paar weniger sind wie früher, zahlreich sind sie genug.

Ich bedauere Confiscationen zu jeder Zeit und habe nicht so wenig Nächstenliebe, daß ich, wie der Herr Vorredner, beklagen würde, daß die Blätter zu wenig confiscirt werden; ich beklage, daß sie zu stark confiscirt werden. (Pohvala na desni, ugovori na levi — Beifall rechts, Widerspruch links.) Ich bitte um Entschuldigung, das ist meine Anschauung, an der ich niemanden zweifeln lasse, am allerwenigsten dem Herrn Vorredner. (Pohvala na desni — Beifall rechts.)

Wegen der Gleichberechtigung, die angeblich nicht vorhanden sein und zu der die Politik der gegenwärtigen Regierung führen soll, erlaube ich mir Umschau zu halten auf dem Gebiete der ausländischen Gesetzgebung. Es gibt keinen Staat in Europa, in dem die Gleichberechtigung der Nationalitäten auch nur annähernd so weit gieng, als bei uns in Oesterreich. (Dr. Zarnik: Prosim, Svica!) Uebrigens auch in der Schweiz werden Ausschreitungen, die bei uns zulässig sind, nicht gestattet. (Dr. Zarnik: Tam tega nij treba!)

Wir haben noch einen Schmerzensschrei über einen anderen Umstand gehört, das hat keinen überrascht, und hat schon einer meiner Freunde die betreffende Aeußerung mit Präcision klar und richtig gestellt, so daß ich nichts beizufügen habe.

Es ist auch ein anderer Passus beanständet worden, welcher im Majoritätsberichte vorkommt und sich darauf bezieht, daß die Majorität gegenwärtig deshalb nicht in der Lage wäre, auf eine große principielle Reform einzugehen, weil jene Voraussetzung nicht geboten erscheint, welche zu einer solchen Mitwirkung nothwendig ist, »nämlich die gänzlich unbeeinflusste Leitung seitens der politischen Verwaltung des Landes.« Nachdem dieser Passus gänzlich unrichtig erklärt worden ist, sehe ich mich geöthigt, einiges darauf zu repliciren.

Meine Herren, ich will nicht weitwendig werden und erlaube mir nur hinzuweisen auf eine Reihe von Schritten, die vorgekommen sind, welche, wie ich glaube, in diesem Passus einen milden und in keiner Weise übertriebenen Ausdruck gefunden haben. Ich erinnere z. B. daran, daß wiederholt im Amtsblatte, im officiellen Blatte die Partei, der ich anzugehören die Ehre habe, in einer bisher unerbörten Weise angegriffen, geradezu insultirt worden ist. (Ugovori na levi — Widerspruch links.) Wir sind ein »winkelnbes Häuflein« genannt worden. Insofern bin ich nun provocirt worden durch die Ausführungen des Herrn Dr. Jarnik. Ich erinnere Sie daran, daß eine Behörde wegen ihrer gesetzmäßigen Functionen im Amtsblatte im unofficiellen Theile lächerlich gemacht worden ist. Es ist ein öffentliches Geheimnis, ich spiele nicht mit versteckten Karten, wenn ich sage, daß der Landes Schulrath lächerlich gemacht worden. (Klici: Kje, kedaj? — Rufe: Wo, wann?), meine Herren, ich habe den betreffenden Leitartikel nicht da, es hat sich um die Einführung des Slovenischen als Unterrichtssprache an der Präparandie gehandelt. (Velik nemir na levi — Große Unruhe links.)

Deželnega glavarja namestnik, Graselli

(pozvoni — gibt das Glockenzeichen):

Prosim, ne motite gospoda govornika.

Abgeordneter Dr. Schaffer

(nadaluje — fortfahrend):

Ich bin zu diesen Ausführungen provocirt worden. Ich führe weiters an, daß die Regierung bei der letzten Gemeinderathswahl sich unmittelbar in den Kampf der Parteien gemischt hat (dobro! na desni — Bravo! rechts), daß in den officiellen Notizen des Amtsblattes für die nationalen Candidaten Partei ergriffen worden ist, daß auf die Beamten ein Terrorismus ausgeübt wird, wie er bisher niemals stattgefunden hat. (Klici na desni: Tako je; ugovori na levi — Rufe rechts: So ist es; Widerspruch links.)

Deželnega glavarja namestnik, Graselli:

Prosim, ne motite gospoda govornika.

Abgeordneter Dr. Schaffer

(nadaluje — fortfahrend):

Ich bitte eine Amtszeitung früherer Jahre zur Hand zu nehmen und Sie werden sehen, ob sich die frühere Regierung veranlaßt gefunden hat, sich in einer solchen Weise zu äußern. (Velik nemir na levi, predsednik pozvoni — Große Unruhe links, der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen.)

Wenn von den Herren Rednern auf jener (levi — linken) Seite eine Reihe von Fällen, in welchen Beamten versetzt und entfernt wurden, erwähnt worden ist, glaube ich, dieses Gebiet hätte nicht gestreift werden sollen. In dieser Beziehung ist unter dem gegenwärtigen Regime viel mehr und viel Ergiebigeres geleistet worden als unter der früheren Regierung. (Dobro! na desni — Widerspruch links.) Ich kann mich in dieser Richtung auf die autoritative Aeußerung eines Herrn von jener Seite des Hauses beziehen, der nicht hier ist und der an hervorragender Stelle eines ihm sehr nahe stehenden Blattes alle diejenigen Beamten aufgezählt hat, welche bei der andern Partei Anstoß erregten und ihr zulieb versetzt wurden. (Klici na desni: Čujte! — Rufe rechts: Hört!) Es ist das eine unzweifelhafte Quelle, ein lebendiges Zeugnis aus der Mitte des hohen Hauses. Es war daher ein bedenkliches Gebiet, auf welches sich die Gegner begeben haben.

Eines hat mich aber sehr unangenehm berührt; es war das, was bisher noch nie vorgekommen ist und was sich bisher in keiner parlamentarischen Versammlung ereignet hat, daß im offenen Hause ein Colleague von dem andern denunciirt worden wäre. (Dobro! na desni — Bravo! rechts.) Es hat mich mit besonderer Betrübnis erfüllt, daß so etwas hier vorkommen konnte.

Ich schließe hiemit meine Ausführungen und empfehle dem hohen Hause die Annahme der Majoritätsanträge. (Dobro! na desni — Bravo! rechts.)

Landespräsident Andreas Winkler:

Es ist sowohl von der linken Seite des hohen Hauses als auch von der rechten das Gebiet der hohen Politik betreten worden. Ich glaube, daß der Gegenstand, welcher von der hohen Versammlung eben verhandelt wird, nicht darnach angethan ist, daß man dabei das Gebiet der hohen Politik betreten müßte, da diese nicht zur Sache gehört. Nichtsdestoweniger kann ich, weil von Seite des letzten Herrn Redners Aeußerungen gefallen sind, welche gegen die jetzige Regierung gerichtet sind, dieselben nicht unbeantwortet lassen. Es ist nämlich gesagt worden, daß die Regierung bei der Behandlung der Geschäfte eine Leichtfertigkeit und Frivolität an den Tag gelegt hat und daß ein Tauschhandel getrieben worden ist. Das sind Aeußerungen, die wir häufig genug gehört und auch in den Zeitungen zu lesen bekommen haben. Ich muß mich jedoch gegen dergleichen Ausfälle vermahnen und dieselben zurückweisen, indem sie nach meiner Ueberzeugung vollkommen unbegründet sind. So lange nicht Thatfachen angeführt und Beweise erbracht werden, gehören dieselben in das Gebiet der Erfindung.

Es ist auch angedeutet worden, daß jetzt Zank, Hader und Zerfahrenheit unter den Völkern Oesterreichs herrschen. Von dieser Zerfahrenheit, von welcher wir bei verschiedenen Gelegenheiten schon gehört und ebenfalls in den Blättern gelesen haben, ist aber nicht das vorhanden, was die Herren als vorhanden hinstellen möchten. Daß eine Zerfahrenheit herrscht unter einer Partei, die ich nicht näher bezeichnen will, unterliegt keinem Zweifel. (Dobro! na levi — Bravo! links.) Alle Parteien, die nicht am Ruder sind und sich in der Minorität befinden, pflegen über den Zustand, wie er sich vorfindet, zu klagen. Diese Partei war früher am Ruder und verfügte über die Schicksale der

Völker, vorbehaltlich der Allerh. Rechte der Krone; sie war in der Majorität und theilte Gnaden aus an die Minorität oder verweigerte dieselben auch. Wenn nun dieselbe, vielleicht aus eigenem Verschulden, nicht mehr am Ruder ist, so ist kein Grund anzunehmen, daß überhaupt die Nationen Oesterreichs unter einander zerfahren, in Zank und Hader sind. Es gibt jetzt eine Majorität im österreichischen Abgeordnetenhaufe, hinter der die überwiegende Mehrheit der österreichischen Völker steht, und darauf stützt sich die Regierung.

So viel zur Widerlegung dessen, was gegen die Regierung und das jetzige System vorgebracht wurde. Es haben sich die Herren Redner auch schon auf das Gebiet der Specialdebatte begeben und einzelne Sätze aus dem Berichte der Majorität herausgegriffen. Ich kann daher, trotzdem wir uns in der Generaldebatte befinden, weil einzelne Stellen des Majoritätsvotums citirt wurden, nicht umhin, mit einigen Worten jene in demselben enthaltene und hier verlesene Stelle beleuchten, welche meine Person selbst betrifft. Es wird mir zugemuthet, daß ich als Leiter der Landesregierung mich von politischen Parteien beeinflussen lasse. Allerdings eine sehr schwerwiegende Anklage. Meine Herren, ich will ununtersucht lassen, welche Einflußnahme auf die Regierungsgeschäfte in früheren Jahren die eine oder die andere Partei sich angemacht hat. (Dobro! na levi. Klici: Kedaj? na desni — Bravo! links. Rufe: Wann? rechts.) Jedesmal, wenn verschiedene Parteien in einem Lande sind, kommt es vor, daß dieselben ihre Anschauungen bei der Regierung zur Geltung bringen wollen. Wenn nun auch eine solche Einflußnahme beabsichtigt wurde, so kann ich doch nicht annehmen, daß die damaligen Träger der Regierungsgewalt sich dadurch von ihrer Pflichterfüllung haben abwendig machen lassen; sie werden jedenfalls ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit gewahrt haben, und, meine Herren, diese Selbständigkeit und Unabhängigkeit nehme auch ich für mich in Anspruch. (Dobro! na levi — Bravo! links.) So lange ich die Ehre habe, Landespräsident von Krain zu sein, bin ich derselbe, welcher bei der Landesregierung zu befehlen hat, und niemand und keinerlei Einflüsse werden mich von meiner Pflichterfüllung abwendig machen. Ich bin mir in dieser Beziehung meiner vollen Verantwortlichkeit bewußt, ich scheue sie nicht, lehne sie nicht ab, scheue nicht das Urtheil der Bevölkerung im Lande, sowie ich auch nicht das Urtheil meiner Herren Vorgesetzten scheue; aber diese Zumuthung und Verdächtigung, wie sie hier im Majoritätsvotum zum Ausdrucke gelangt ist, muß ich entschieden zurückweisen. (Pohvala na levi — Beifall links.)

Ich habe noch Einiges gegenüber dem zu bemerken, was seitens des Herrn Vorredners zur Begründung der erwähnten Stelle im Majoritätsvotum vorgebracht worden ist. Er meint, es sei im Amtsblatte die Partei, welcher er anzugehören die Ehre hat, auf unerhörte Weise beleidigt worden. Von dieser Beleidigung ist mir durchaus nichts bekannt und ich glaube, daß das eine unbegründete Annahme ist. Wenn die Regierung in allen möglichen Tonarten angegriffen wird von Seite des Organes, welches die Interessen dieser Partei vertritt, so muß auch dem Amtsblatte gestattet sein, zur Abwehr irgend etwas vorzubringen. Es ist gesagt worden, der Landeschulrath sei lächerlich gemacht worden. Dies ist durchaus nicht der Fall,

sondern es brachte das Amtsblatt nur eine Entgegnung auf einen Angriff und heftigen Ausfall in dem gedachten Organe, welches das Ministerium zur Verantwortung gezogen hat, daß dasselbe eine Concession in sprachlicher Beziehung an das Land gemacht hat, was wohl nur ein Act der Gerechtigkeit war. Wenn im officiellen Blatte ein solcher Angriff zurückgewiesen wurde, so ist das nur correct gewesen.

Daß sich die Regierung bei den letzten Gemeinderathswahlen in dieselben gemengt hätte, ist durchaus nicht der Fall (veselost na desni — Heiterkeit rechts), dies ist durchaus nicht der Fall. Ich, der ich hier die Landesregierung zu vertreten habe, kann constatiren, daß ich auf keinen Beamten irgend einen Druck ausgeübt habe, daß ich über die Gemeinderathswahlen mit den Beamten gar nicht gesprochen und daß ich jedem freigestellt habe, zu stimmen, wie er es mit seiner Ueberzeugung vereinbar findet. Ob es jederzeit so gewesen ist, das lasse ich dahin gestellt sein.

Was die Maßregelung der Beamten anbelangt, die zur Sprache gebracht wurde, muß ich dem betreffenden Herrn überlassen, zu beweisen, daß eine Maßregelung wirklich stattgefunden habe. Ich weiß von keiner Maßregelung gegenüber irgend einem Beamten etwas. Auch in dieser Beziehung müßten Beweise erbracht werden. Daß wegen politischer Anschauung oder wegen correcten Benehmens irgend jemand wäre zur Verantwortung gezogen worden, ist durchaus unrichtig, und ich muß auch diese Insinuation als ganz unbegründet zurückweisen. (Dobro! na levi — Bravo! links.)

Poslanec dr. Zarnik:

Nekoliko besedi imam na to odgovoriti, kar je omenjal gospod dr. Schaffer.

Kar se tiče njegovih napadov na poročilo manjine, prepuščam poročevalcu gospodu Svetcu, ki bo gotovo izvrstno varoval stališče manjine. Ali ker je gospod dr. Schaffer očital gospodu Svetcu, da utegne biti slabo orijentiran v drugih evropskih uredbah, se čudim, da je rekel, kako bi bilo to, če bi 17 zborov imeli v Avstriji, in kdo bi vladal na Dunaji, ko bi bili deželni načelniki odgovorni deželnim zborom, in da kaj tacega ni na svetu. Jaz le navajam, da ima Amerika še čez 46 držav, governerji so izvoljeni iz dotičnih kongresov, in ravno tako je prezident države odgovoren glavnemu kongresu in senatu.

Dalje je rekel, da ravnopravnost ni nikjer izpeljana. Ne bom govoril o Švici, naj bere Fischhofovo knjigo, ki je stara kakih 12 let, in videl bo, kako je tam izpeljana ravnopravnost. Mi Slovenci bi bili zadovoljni, ako se nam dá toliko ravnopravnosti, kolikor je imajo Flamanci v Belgiji. Tam je državni jezik francoski jezik že 400 let, ali Flamanci imajo svoj jezik v vseh šolah, francoskega se učé toliko, da ga znajo, ko zapuste srednje šole. V kantonu Löwen in Brüssel se predava vse v flamanskem jeziku in tako se tudi izpiti delajo. V upravi se rabi francoski jezik s centralno vlado, s strankami pa se uraduje kakor kdo hoče, flamanske vloge se flamansko rešujejo in pravde se vrše v domačem jeziku pod ničevostjo.

Ako Slovenci dobimo le to, kar imajo Flamanci, homo zadovoljni, in najivno je od gospoda dr. Schafferja misliti, da ne vemo, kako je drugod. (Veselost na levi — Heiterfeit links.) Razen tega je ravnopravnost tako izpeljana tudi v Litaviji na Ruskem in v nemško-ruskih provincijah. Na Poljskem se vé da ni tako, ker tam dela vlada tako, kakor je delala po letu 1848. avstrijska vlada na Ogerskem. Ali prišli bodo tudi tam za poljski narod boljši časi.

Gospod dr. Schaffer je govoril o »frivoliteti«, »Tauschhandel«, »schiefe Bahn« i. t. d. V »Neue freie Presse« beremo vsak dan dvakrat take fraze, zjutraj in zvečer. Nobenega lista še nisem dobil v roke, da bi ne bilo teh fraz notri. (Veselost na levi — Heiterfeit links.) Jaz sem rekel, da naj le en eksempl pokáže, ali dosedaj tega ni storil.

Kar se tiče konfiskacij, ni res, da bi jaz želel, da se drugi listi konfiscirajo, jaz hočem, da se postava izvršuje in da naj se, če nas konfiscirajo, tudi drugim pravica godi.

Ker je gospod dr. Schaffer rekel, da je on zoper konfiskacije, bi ga jaz opomnil, da je pod Lasserjevo vlado šest let sedel v državnem zboru, ali nikdar ni predloga napravil, da naj se ta postava odpravi. Prilika je bila lepa, kajti Foregger je stavil tak predlog, ali nobeden naših poslancev ga ni podpisal. Ali mislite, da smo že vse to pozabili? (Veselost na levi — Heiterfeit links.)

Na dalje se je reklo, da se je vlada v uradnem listu potegnila za naše kandidate. Res je nekoliko besedi stalo v onem listu, ali s časnikom se nam nič ne pomaga; to bi pomagalo le potem, ko bi se godilo kakor takrat, ko so šefi klicali svoje uradnike, ter jim rekli: Če ne bote volili za vlado, gorjé vam! Leta 1877 je prišel sedanji sekojski šef Possaner v Postojno in je rekel nekemu možu, ki je bil na sluhu, da narodno voli: »Vi tobak prodajate, tukaj poglejte orla zvonaj, ta orel bo kmalu zginil, ako ne boste z nami volili.« Tako se je takrat teroriziralo in še dandanes se terorizirajo uradniki za vašo stranko. (Dobro! na levi — Bravo! links.)

»Exempla sunt odiosa«, ali če hočete, Vam jih povem. Kaj bi rekli gospodje, ako bi gospod dr. Bleiweis kot načelnik ljubljanske čitalnice pri mestnih volitvah pisal vsem uradnikom, da je njih dolžnost, voliti narodne kandidate? Vsi bi mislili, da je znorel, in načelnik konstitucionalnega društva, ki med vami sedi, poslal je tako epistolo vsem uradnikom. (Čujte! na levi — Hört! links.) In nobeden se temu ni čudil, ker to je bilo v zistemi ležeče. Potem se pravi, da vlada pritiska na uradnike. Ali kdaj se je prej upal politični uradnik prevzeti kandidaturo od naše stranke? Sel bi bil precej v Černovice ali Sučavo premišljevat, kako mora človek pokoren biti. Med Vami pa sedé uradniki mirno kakor poprej in bodo še avanzirali. Že gospod Navratil je omenjal, da se je moral gospod Bučar kandidaturi odpovedati. To bi bilo zadosti, bil je osramočen, ker se je umaknil, ali še potem prestavila ga je vlada v Kočevje z zaganjem, da bo odpuščen. Pod to vlado pa kandidirajo najvišji uradniki vaše stranke.

Gledé denunciacije, o kateri je govoril gospod dr. Schaffer, mislim, da to ni denunciacija, če se vladi kaj pové, kar sama dobro vé, tu imamo poročilo večine pred sabo in gospod Navratil je le svoje začudenje izrekel nad tem poročilom, kar je popolnoma opravičeno. (Pohvala na levi — Beifall links.)

Abgeordneter Dr. Ritter von Kaltenecker:

Obgleich ich nicht die Absicht habe und weil eben ich nicht den hohen Flug der Politik verfolgen will, welchen die bisherigen Redner im Gegenstande eingeschlagen haben, so glaube ich doch in dieser Angelegenheit nicht schweigen zu sollen, weil ich sie für eine hochwichtige für das Interesse des Landes halte. Ich glaube umsoweniger schweigen zu dürfen, als ich mir doch einige Kenntniss in den Verwaltungszuständen des Landes und betreffs der Uebelstände zuzumuthen, welchen Abhilfe geleistet werden soll. Wenn ich jedoch auf eine Bemertung, welche früher gefallen ist, zurückkomme, so geschieht dies, weil ich den Vorwurf factiöser Opposition durchaus nicht für berechtigt halte und denselben weder auf diese (desno — rechte) noch auf die andere (levo — linke) Seite des hohen Hauses angewendet wissen möchte. Der beste Gegenbeweis liegt darin, dass beide Seiten des hohen Hauses auf die concreten Fragen, welche die Regierung gestellt hat und die, man mag darum denken wie immer, ob sie passend seien oder nicht, nach ihrem besten Wissen und Gewissen Antwort zu geben versucht haben. In der vorliegenden Beantwortung der gestellten Fragen und den diesbezüglichen Anträgen liegt alles eher als eine factiöse Opposition.

Wenn ich nun auf das Wesen der Sache übergehe, so fürchte ich, in die Specialdebatte hinüberzugreifen, indem ich die Anträge der Majorität und Minorität des hohen Hauses zu besprechen mich anschicke. Ich werde nicht ins Detail übergehen, umsoweniger als dasselbe sowohl, was die Anträge und Anschauungen der Minorität als der Majorität betrifft, vom Herrn Collegen Dr. Schaffer bereits erörtert worden ist; allein ich muss hiebei eine gewisse principielle Verschiedenheit in den beiderseitigen Anträgen, welche darnach angethan ist, in der Generaldebatte beleuchtet zu werden, besprechen, und aus dem Grunde glaubte ich bei dieser Gelegenheit, mir das Wort erbitten zu sollen.

Die Herren, die die jetzige Gemeinde-Organisation als Verwaltungskörper genügend finden, um die Aufgabe zu erfüllen, die die jetzige Gesetzgebung den Gemeinden zuweist, haben nach meiner Ansicht vollständig recht, in dem Minoritätsvotum der Regierung zu empfehlen, dass es so bleiben möge wie es jetzt ist; allerdings will die Minorität eine Aenderung unter der Voraussetzung, dass die Regierung sich entschließt, landesfürstliche Bezirksämter oder Commisariate für jeden Gerichtsbezirkspengel zu organisiren, welchen Bezirksvertretungen im Sinne des Minoritätsvotums beizugeben wären. Unter dieser Voraussetzung stimmen sie für eine Aenderung, ich constatire aber, dass diese Voraussetzung im Regierungsquästionär ausgeschlossen ist, denn, wie aus dem zweiten Fragepunkte zu ersehen ist, besteht die Regierung auf dem Principe, dass die Bezirkshauptmannschaften in ihrer jetzigen Organisation zu belassen sind. Sie wollen aber von dem entgegengesetzten Standpunkte aus Bezirksvertretungen haben, damit ist jedoch eigentlich gesagt: Wir wollen sie nicht haben.

Ich für meine Person muß die Ueberzeugung aussprechen, daß bezüglich der Gemeinden als Grundlage der politischen Verwaltung im Lande im großen und ganzen der ihnen zugedachte Wirkungskreis die Kräfte dieser Körperschaften übersteigt, insoferne sie berufen sind, auch als staatliche Functionäre zu wirken. Ich möchte aber bitten, hierin einen Unterschied zu machen. In demjenigen Wirkungskreise, welcher ihre ökonomische, finanzielle Thätigkeit betrifft, ist keine Aenderung nöthig, weil das charakteristische Merkmal jeder Persönlichkeit dies ist, selbstbestimmend zu wirken, und gerade, weil ich von der Selbstbestimmung rede, möchte ich dieses Wort an die Stelle des Wortes »Autonomie« setzen, weil ich fürchte, daß mit dem Ausdrucke Autonomie ein unklarer Begriff verbunden ist. Selbstbestimmend kann ich nur dort als Glied des Staates auftreten, wo ich in meinem persönlichen Rechtskreise mich bewege, wo es sich um die Vermögensverwaltung handelt oder um Verfügungen über das Gemeindevermögen, um Anordnungen in Straßen- oder anderen Gemeinde-Angelegenheiten und Anstalten. So lange ich nun in diesem Wirkungskreise mich bewege, bin ich selbstbestimmend aufzutreten berechtigt, in dem Momente aber, wo ich diesen Kreis der Selbstbestimmung überschreite, stehe ich der Frage gegenüber: habe ich etwas, was mir das Gesetz zur Ausführung zuweist, zu thun oder zu unterlassen? In dieser Beziehung habe ich vor allem den ortspolizeilichen Wirkungskreis im Auge, da kann schon von einer Selbstbestimmung nicht mehr die Rede sein, da kann ich nicht sagen, ich will es thun oder unterlassen, sondern ich muß es thun, wenn das Gesetz es fordert, ich darf es nicht unterlassen, wenn das Gesetz es verlangt; da kann ich also nicht selbstständig, nicht autonom sein, und da, meine Herren, fehlt es den Gemeinden einerseits an Macht und Mitteln, andererseits an Verständnis und Einsicht, um dasjenige, was im staatlichen Interesse notwendig ist, durchzuführen. Indem ich sagte, die Gemeinde könne sich der Verpflichtung nicht entziehen, dasjenige zu thun, was das Gesetz ihr vorschreibt, habe ich nicht bloß die Fälle im Auge gehabt, wo etwas Gesetzwidriges gethan wird, denn für diese Fälle ist durch die Gesetzgebung gesorgt, indem die politischen Beamten sanirend und abwehrend einzugreifen haben. Allein, das ist bei weitem die geringste Zahl der Fälle, die größere Zahl der Fälle ist die, daß die Gemeinde etwas Unzweckmäßiges thut, oder daß sie gar nichts thut. In dieser Beziehung haben wir für unsere Begriffe des autonomen Wirkungskreises gar keinen Ausweg. Sie haben die Einflußnahme der politischen Behörden dadurch ausgeschlossen, daß sie ihnen nicht einmal den Beschwerdezug zugewiesen haben. Sie haben keine Einflußnahme des Landesauschusses statuirt, weil sein Einfluß gleich Null ist, indem die Gemeinde selbständig ist, daher thun kann, was sie will. Insoferne die Zweckmäßigkeit in Frage kommt, muß ich sagen, daß derjenige, wer thun kann, was er will, auch bestimmen kann, ob etwas zweckmäßig ist. Von diesem Standpunkte aus kann man die weitgehendsten Begriffsbestimmungen der Autonomie aufstellen, während man auf der anderen Seite das ernste Streben hat, die Uebelstände, wo sie bestehen und anerkannt sind, zu beseitigen.

Nun frage ich, wie soll die Einrichtung der Gemeindeverwaltung beschaffen sein, daß damit die bestehenden Uebel-

stände beseitigt werden? — In dieser Beziehung will das Majoritätsvotum, daß die Gemeinden so organisiert werden, daß sie die Kraft besitzen, dasjenige zu leisten, was ihnen zugewiesen wird. In dieser Beziehung glaube ich, obgleich die Ansichten auseinander gehen, sind die jetzigen Gemeinden vielfach zu klein, ich kann sie als ein entsprechendes Organ nicht ansehen, es müssen größere Gemeinden, Verwaltungs- oder Bezirksgemeinden geschaffen werden, welche ihren Wirkungskreis zu erfüllen in der Lage wären. Ich sage nicht, daß die jetzt bestehenden Ortsgemeinden außer Thätigkeit gesetzt werden sollen; der Dienst der politischen Verwaltung verzweigt sich, wie durch Äste und Aehren in die entferntesten Gegenden des Landes, so daß man an jedem Orte, wo eine Ortspolizei sich entwickeln soll, ein derlei Organ haben muß; der politische Dienst verzweigt sich in der Weise, daß man notwendig zu den untersten Organen des Gemeindelebens, zu den Untergemeinden greifen muß, damit sie zur Erfüllung ihrer staatlichen Aufgabe gelangen; aber dasjenige, was anzuordnen war, zu verfügen und zu leiten ist, muß von größeren Körperschaften, die ich Verwaltungsgemeinden nennen will, ausgehen.

Unter dieser Voraussetzung und in einer noch weiteren war es die Ansicht der Majorität des Ausschusses und hat sie dies auch in den Worten ausgedrückt, daß den Gemeinden ihr dermaliger selbständiger Wirkungskreis zu belassen sei, nämlich nur unter der Voraussetzung, daß die Gemeinden in größere Körper sich organisiren. Die zweite Voraussetzung ist die, und da kommen wir der Ansicht der Minorität ziemlich nahe, daß den politischen Behörden jener Einfluß ermöglicht wird, welchen die Gemeinden als Verwaltungsgemeinden nicht werden entbehren können, weil ihnen das Brachium, weil ihnen die Kenntniß jener Gesetze fehlt, zu deren Ausführung sie berufen sind. Es wollen doch die Herren, daß der belehrende Einfluß der Bezirkshauptmannschaften gewahrt wird. Wenn nun ein politischer Bezirkscommissär bei den jetzigen Zuständen sagen würde: Du, Gemeinde, hast dies und jenes nicht recht gethan, das sollst du so machen; und wenn nun, meine Herren, ein Gemeindevorsteher diese Belehrung willig aufnimmt, wenn er davon Gebrauch macht, so wird es gut gehen, allein, es gibt auch autonome Organe, welche einen solchen Rath, eine solche Belehrung als Aufdringlichkeit auffassen könnten, und es bedarf nur einer kleinen Aufregung im Lande, um ein solches Einschreiten der politischen Behörde als dasjenige zu stigmatisiren, was man Uebergriffe nennt.

Wie steht es weiters mit der Executive? Die Gendarmerie soll den Gemeinden zugebote gestellt werden. Meine Herren, wissen Sie, daß nur die Bezirkshauptmannschaften das Verfügungsrecht über die Gendarmerie haben? Wenn Sie eine solche Verbindung zwischen den Gemeinden und den Bezirkshauptmannschaften zustande bringen, daß die letzteren in ihrem Wirkungskreise handeln, wenn Sie diese Mittel anwenden, so haben Sie das Ziel auf dem gesetzlichen Wege erreicht, welches jetzt in Form eines Wunsches angestrebt wird.

Vor allem glaube ich, ist es eine durch Erfahrung constatirte Mißlichkeit im Lande, daß Agenden in den selbständigen Wirkungskreis der Gemeinde gegeben sind, zu deren Ausübung sie noch weniger berufen sind, als zur Ausführung irgend einer Maßregel der strassenpolizeilichen oder sanitätspolizeilichen Thätigkeit, das sind diejenigen

Agenden, welche die Entscheidung influenciren. Es ist von vielen Seiten als etwas Sonderbares gekennzeichnet worden, daß, um mich eines landläufigen Ausdruckes zu bedienen, nicht nur Behörden, sondern auch der Bauer über den Bauer zu Gerichte sitzen soll. Diese drastische Ausdrucksweise zeigt uns die Stimmung der Bevölkerung ziemlich richtig und gibt uns einen Fingerzeig, wo das Uebel der jetzigen Organisation liegt. Es fehlt die Autorität der Entscheidung, die Unbefangenheit des Entscheidenden und die Möglichkeit, wenn man auch das Richtige trifft, in den Verdacht zu kommen, nicht parteilos zu entscheiden.

Aus diesen Rücksichten, meine Herren, ist die Majorität des Ausschusses dahin gekommen, daß sie den jetzigen Wirkungskreis nur unter der Voraussetzung intact lassen und die Autonomie nicht weiter einzuschränken für zweckmäßig erachten würde, wenn die drei Agenden dem selbstständigen Wirkungskreise der Gemeinde entzogen und den Staatsbehörden zugewiesen würden. Diese drei Punkte finden sich auf der dritten Seite des Ausschufsberichtes und sind folgende:

1.) Die Entscheidung der aus dem Dienstverhältnisse oder Lohnvertrage während dessen Bestandes oder vor Verlauf von 30 Tagen nach Aufhören des Dienst- oder Lohnverhältnisses angebrachten Streitigkeiten;

2.) die Ausübung des Strafrechtes der Gemeinden, jedoch mit Wahrung ihrer Competenz nach § 59 der Gemeindeordnung;

3.) der Beschwerdezug gegen ortspolizeiliche Anordnungen des Gemeinde-Ausschusses oder gegen derlei Verfügungen des Gemeindevorstehers, wie auch gegen deren Unterlassung und Verweigerung, analog dem Landesgesetze für Steiermark vom 1. April 1875, Nr. 24 L. G. Bl.

Das sind die drei Agenden, die nach meiner und der Majorität des Ausschusses Meinung nothwendig einer Kompetenzänderung bedürfen, wenn die Verwaltung zum Wohle der Bevölkerung gereichen soll.

Nach den Erfahrungen, meine Herren, welche wir mit den autonomen Bezirksbehörden im Lande, namentlich mit den Bezirksstrafenausschüssen gemacht haben, sind dieselben so beschaffen, daß es sich nicht begreifen läßt, warum der Herr Abgeordnete Lavrencić für diese Körperschaften eingetreten ist. Nach diesen gemachten Erfahrungen hätte ich nicht den Muth, zu empfehlen, daß Bezirksvertretungen mit größerem Wirkungskreise einzuführen versucht würden, mit jenem Wirkungskreise, den der Antrag der Minorität im Auge hat. Auch in der Beziehung ist die Ansicht der Majorität die richtigere und praktischere; es handelt sich um die Schaffung von autonomen Behörden, welche die ökonomischen Angelegenheiten eines Bezirkes zusammenfassen und welche, indem ihnen ein Vorsteher der politischen Behörde an die Spitze gestellt wird, diejenigen Mittel und die executive Kraft gewinnen würden, welche nothwendig sind, damit auch diese Angelegenheiten gedeihlich besorgt würden. Ich bitte zu bedenken, daß bei dieser Spitze der politischen Bezirksvorsteherung es sich nicht um einen Eingriff in das autonome Verfügungsrecht mit dem Bezirksvermögen, mit den Bezirksanstalten handelt; der Bezirksauschuß würde dadurch, daß er bestimmt, was zu geschehen habe, mit welchen Mitteln es zu geschehen habe, diejenige selbstbestimmende Berechtigung behalten, die eben das eigentliche Wesen der Autonomie betrifft, während, wenn es sich um die Aus-

führung der Beschlüsse innerhalb ihres Rahmens handelt, wenn es sich nämlich um eine strafenpolizeiliche Verfügung handeln würde, hier doch der Bezirksvorsteher, welcher zugleich Organ des Ausschusses wäre, das natürlich berufene Organ zur Ausführung ist.

Ein Vortheil, den die Organisation der Bezirksstrafenausschüsse im Sinne der Majorität hätte und der nicht zu unterschätzen ist, ist der, daß die Betheiligung der Bevölkerung an den Wahlen, welche bisher nur zur Ermüdung derselben führte und daher nur eine untergeordnete war, eine lebhaftere würde. Ich will nicht in eine genaue Besprechung des Wahlmodus eingehen, wir haben ein Analogon im Straßengesetze, welches die Zusammensetzung des Straßenausschusses andeutet und welches insofern einer Ergänzung fähig wäre, als in gewissen Fällen in hochbesteuerten Bezirken dem großen landwirtschaftlichen Betriebe oder der Großindustrie eine Reihe von Virilstimmen oder wenigstens ein Mitwahlrecht zu ertheilen wäre.

Mit diesen allgemeinen Andeutungen, welche weit entfernt sind, den Flug der hohen Politik zu verfolgen, möchte ich den Standpunkt gekennzeichnet haben, welchen die Ausschüsse auf beiden Seiten festhalten und die Frage, die so lebhaft verhandelt worden ist, auf ihre eigentliche Bedeutung zurückführen, nämlich: was ist zweckmäßiger, eine im Sinne der Majorität beantragte Reorganisation der Gemeindeförperschaften und Beschränkung ihres Wirkungskreises und Verweisung einiger ihrer Agenden an die Bezirksbehörden anzustreben, oder es so lange bei den jetzigen unerquicklichen Zuständen zu lassen, bis dasjenige Ideal erreicht worden sein wird, von welchem in dem Berichte der Minorität die Rede ist?

Aus diesem Grunde möchte ich das hohe Haus ersuchen, nicht in die Specialdebatte einzugehen, sondern die Anträge der Majorität anzunehmen.

Abgeordneter Dr. von Schrey:

Die Ausführungen des Ausschufsberichtes sind von den verehrten Herren Vorrednern sowie vom Herrn Landespräsidenten in jenen Punkten, welche einen politischen Beigeschmack enthalten, einer verschiedenen Erörterung unterzogen worden. Im Ausschufsberichte ist in zwei Richtungen ein Gefühl der Unbehaglichkeit ausgedrückt, ein Gefühl der Unbehaglichkeit der Reichsregierung gegenüber und ein Gefühl der Unzufriedenheit gegenüber der Staatsverwaltung in Krain.

Wenn ich auf die heute zum zweitenmale vorgekommenen Ausführungen des Herrn Dr. Zarnik, welcher dieser (desni — rechten) Seite des hohen Hauses durch den Hinweis auf die Existenz des Krainer Landtages vielleicht ein Gefühl der Dankbarkeit an das Ministerium Taaffe nahelegen will, so geschieht dies zum Zwecke einer ganz kurzen Erwiderung.

Es mag sein, und ich will nach dem Grundsatz: Omnis bonus praesumitur, donec contrarius probatur — annehmen, daß ein Gefühl der Gerechtigkeit es war, das das Ministerium Taaffe geleitet hat, als es zur crassen, in nichts gerechtfertigten Maßregel der Auflösung des krainischen Landtages sich nicht entschließen wollte, ich will das annehmen; ich könnte aber auch annehmen, daß die Regierung Sie, meine Herren der Gegenseite, nicht für

geeignet gefunden hat, mit Ihnen ein so großes Geschäft abzuschließen. Man mag mit Ihnen kleinere Tauschgeschäfte machen, man mag sogar Franciscanerlehrer nicht ehrwürdige genug finden, um sie nicht zum Gegenstande eines Tauschgeschäftes zu machen; allein niemals wird man so weit gehen, das Schicksal einer Landesvertretung, welche tadellos ihres Amtes gewaltet hat (dobro! na desni — bravo! rechts) und deren Haltung von Sr. Majestät belobt worden ist, zu einem Tauschobjecte zu machen. (Poslanec Deschmann: Cujte! — Dr. Zarnik: Cujemo!)

Ich könnte auch, wenn ich diesfalls eine ungünstige Anschauung über Grafen Taaffe hätte, annehmen, daß er Sie mit dieser Concession hinhalte, daß er Sie zappeln lasse, bis sich eine, wenn auch nur die kleinste hiezu geeignete Gelegenheit finde, diese Frage später einmal auf die Tagesordnung kommen zu lassen. Ich bezweifle aber das aus zwei Gründen, einmal weil ich nicht glaube, daß Ihr Einfluß gewichtig genug in die Wagschale fällt, um einen solchen Erfolg zu erreichen, und andererseits, weil ich glaube, daß keine Regierung einen tadellos waltenden Landtag einer Partei zulieb auflösen wird.

Wenn ich nun zurückdenke auf die Momente, welche bei der Verwaltungsreform in Frage stehen, und mit Rücksicht auf die Haltung der jetzigen Regierung den Nationalitäten gegenüber mir die Frage vorlege, ob ich ein Vertrauen habe in diese Regierung, ob ich eine Organisation der politischen Verwaltung im großen Stile ihren Händen anvertrauen könnte, so muß ich mit Nein antworten. Wenn der Landtag von Krain, beziehungsweise die Majorität desselben in die Beantwortung der von der Regierung gestellten Fragen überhaupt eingeht, so thut sie dies, ihrer Pflicht folgend, nicht wegen, sondern ungeachtet des Ministeriums Taaffe.

Was könnten wir erwarten, wenn die jetzige Regierung zu einer Reform der politischen Verwaltung schreiten würde? Wir könnten nur erwarten, daß das System der legislativen und administrativen Concessionen auch in dieser wichtigen Frage zum Ausdrucke käme und daß die politische Verwaltung Oesterreichs nicht nach dem allgemeinen Staatsbedürfnisse, sondern nach speciellen Wünschen einzelner Parteifractionen geregelt würde. Darum könnte ich mich nie entschließen, zu einer Reform die Hand zu bieten, welche die jetzige Regierung in Angriff nimmt. So viel zu demjenigen, was in Bezug auf die Haltung der Vorlage gegenüber dem jetzigen Ministerium gesprochen wurde.

Was speciell die Verhältnisse in Krain betrifft, so muß ich sagen, daß ich in den Ausführungen des Herrn Landespräsidenten eine Widerlegung dessen, was in einem ziemlich lapidaren Sätze in der Ausschussvorlage angedeutet und vom Herrn Dr. Schaffer ausgeführt wurde, nicht finden kann.

Die warme Vertretung, welche die Staatsverwaltung in Krain von jener (leve — linken) Seite dieses hohen Hauses heute gefunden hat und immer findet, mag schon an und für sich die innige Zusammenwirkung kennzeichnen, mit welcher maßgebende Herren jener Seite in Regierungsfragen hier im Lande mit zu thun haben. (Ugovori na levi — Widerspruch links — Dobro! na desni — Bravo! rechts.) Es ist nie vorgekommen, daß eine Regierung in Krain, so weit ich zurückdenke, von Ihnen gelobt worden wäre. Selbst der objective Landespräsident Ritter von

Kallina hat sich des Lobes von Ihrer Seite nicht zu erfreuen gehabt, im Gegentheile, da er objectiv genug war, die Thätigkeit der Gemeindevertretung von Laibach zu einer Zeit zu beloben, wo die Gegenpartei hierin einen Einfluß auf die Wahlaction erblickte, waren Sie undankbar genug (poslanec Deschmann: Cujte! — Dr. Zarnik: Cujemo, saj imamo usesa!), ihm beim Abgehen von Laibach Steine nachzuwerfen. Wenn also der Chef der Regierung von Ihrer Seite in so warmer Weise gelobt wird, so ist das ein Zeugnis dafür, daß da innige Beziehungen bestehen. Nun muß ich sagen, derlei Beziehungen der Regierung zur Bevölkerung können allerdings oft gegensätzlich sein, werden sie aber einseitig, so werden sie das Gegentheil davon. (Nemir na levi — Unruhe links.)

Der Herr Landespräsident hat angedeutet, er wisse nicht, ob auch auf frühere Regierungen im Lande ein Einfluß der Parteien stattgefunden hat. Ich könnte ihm mit voller Ueberzeugung zurufen: Nein! (Ugovori na levi — Widersprüche links.) Alles dasjenige, was frühere Regierungen in Krain gethan haben, haben sie kraft der Instructionen des Ministeriums gethan, und wenn diese Instructionen mit den Interessen einer Partei, wie, nebenbei gesagt, die österreichische Partei ist, zusammengefallen sind, so war es nicht die Partei, welche dieselben durchgesetzt hat, sondern die Principien der Regierung waren es, die zum Ausdruck gelangten. Darin aber, daß nach ihrem Programme die heutige Staatsregierung die Eine Partei allein im Lande nicht begünstigen will, dessenungeachtet aber die letztere in dieser Beziehung Begünstigungen genießt, darin liegt jetzt der wesentliche Unterschied zwischen dem jetzigen und dem früheren Regieren in Krain. (Oho! na levi — Dho! links.)

Was über den politischen Einfluß auf die Staatsverwaltung in Krain, von dem der Ausschussbericht Erwähnung macht, Näheres gesagt werden kann, ist bereits vom Herrn Dr. Schaffer gesagt worden. Ich glaube jedoch das Richtige zu treffen, wenn ich zugebe, vollkommen concret bis auf alle einzelnen Acte kann über das Verhältnis zwischen Regierung und nationaler Partei der Nachweis nie geliefert werden, das Verhältnis liegt vielmehr in der Luft, wird jedoch wahrscheinlich gemacht durch Umstände, welche ich gleich zu besprechen die Ehre haben werde.

Es muß vor allem auffallen, wenn allen wichtigen Acten der Regierung im Lande, namentlich ihren Kundgebungen in der Amtszeitung, Besprechungen und Conferenzen des Chefs der Regierung mit den Führern einer Partei vorangehen, welche Verhandlungen nicht in Abrede gestellt werden können, weil in einer so kleinen Stadt wie Laibach eben nichts geheim bleibt. (Abgeordneter Svetec: Tratsch.)

Es ist durch solche Vorgänge in der öffentlichen Meinung zum mindesten die Annahme gerechtfertigt, daß eine Ideenverbindung und Vereinbarung über die Leitung und Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten besteht. (Oho! na levi — Dobro! na desni — Dho! links — Bravo! rechts.) Wenn dann Maßregeln zum Vorschein kommen, welche eben nur unter diesem Gesichtspunkte erklärlich sind, dann glaube ich, meine Herren, stehen wir vor jenem Falle, welchen die Ausschuss-Vorlage constatirt und den ich als die mir am nachtheiligsten vorkommende »Doppelverwaltung« in Krain bezeichnen möchte.

Der Herr Landespräsident hat gegen Dr. Schaffer erklärt, es sei ihm nichts bekannt, daß der Landeschulrath

in der Amtszeitung beleidigt wurde. Ich erlaube mir dem gegenüber zu constatiren, daß die Ausführungen des Herrn Dr. Schaffer vollständig richtig sind, und ich hätte das Wort sonst nicht ergriffen, um Näheres hierüber zu erwähnen. Es hat bekanntlich der Landes Schulrath den Beschluß gefaßt, die Verflovenisirung der Lehrer-Bildungsanstalt in Laibach abzulehnen. Was zwischen dieser Beschlußfassung und der Entscheidung des Ministeriums in diesem Gegenstande vorgekommen ist, ob der Beschluß des Landes Schulrathes vom Vorsitzenden unterstützt wurde oder nicht, weiß ich nicht, so viel ist gewiß, daß das Gegentheil des vom Landes Schulrath Beschlossenen vom Ministerium entschieden wurde. Als diese Entscheidung einlangte, wie wurde sie dem Publicum in der Amtszeitung mitgetheilt? Mit den höhnischen Worten: »Der Landes Schulrath denkt und das Ministerium lenkt«, eine Ausdrucksweise, welche im Amtsblatte, über die Thätigkeit einer Behörde gebraucht — einen lächerlich machenden Beigeschmack hat. (Ugovori na levi — Widerspruch links.)

Wenn gesagt wird, daß Beleidigungen einzelner Mitglieder der Verfassungspartei nicht vorgekommen sind, so möchte ich auf die Art verweisen, auf welche über die Rede eines Reichsrathsabgeordneten aus der Curie des Großgrundbesitzes im Amtsblatte berichtet wurde; ich möchte darauf hinweisen, daß die Reden politischer Vereine in gleicher Weise behandelt und daß dabei Ausdrücke gebraucht wurden, die mit der Würde eines Amtsblattes nicht vereinbar sind.

Auch hat der Herr Landespräsident in Abrede gestellt, daß das Landespräsidium bei den Gemeinderathswahlen auf die Beamten einen Einfluß geübt hat. Dr. Schaffer hat nicht behauptet, daß ein persönlicher Einfluß geübt wurde.

Eigenthümlich aber äußert sich das Amtsblatt hierüber. Zuerst erschien ein objectiv gehaltener Artikel, worin erklärt wurde, daß die Regierung mit diesen Wahlen nichts zu schaffen habe, — der einzig richtige Standpunkt, denn der Gemeinderath waltet seines Amtes zur vollen Zufriedenheit. Dieser Standpunkt der Regierung scheint nun auf einer Seite verschmüpft zu haben, denn ein paar Tage darauf erschien ein gegentheilig Artikel des Inhaltes, daß mit ersterer Ausführung nicht gesagt sein wollte, daß es der Regierung gleichgiltig sei, ob die Gegner derselben in den Gemeinderath gewählt werden. Ich frage, ob im Gemeinderathe der Landeshauptstadt Parteien für oder gegen die Regierung wirken und ob also die Regierung Grund hätte, in den Wahlkampf einzugreifen?

Was die Haltung der hiesigen Regierung gegen einzelne Beamten betrifft, so hat bereits Herr Dr. Schaffer erwähnt, daß ein slovenisches Organ selbst alle jene Erfolge, welche die nationale Partei in Personalfragen durch die Regierung errungen hatte, aufzählte, und es ist nicht zu zweifeln, daß alles dasjenige, was an Uebersezungen und Entfernungen von verfassungstreuen Beamten aus Krain vorgekommen ist, in den Zweig jenes kleinen Tauschhandels gehört, zu welchem die nationale Partei dem Grafen Taaffe noch gut genug war. Wenn es eines Beweises bedürfte, daß Beamte, welche der Verfassungspartei angehören oder deren Wirken mit den Principien der Verfassungspartei übereinstimmt, hier im Lande nicht auf Rosen gebettet sind, so ist es die Vertretung, die der Herr Inspector Pirker gegenüber den auf ihn gemachten Angriffen — von Seite der Regierung gefunden hat. Jeder, der diese Vorfälle ver-

nommen hat, war davon peinlich berührt (pohvala na desni — Beifall rechts), wie vom Regierungstische dessen Vertheidigung geführt wurde gegenüber von Angriffen, die auf das mutwilligste in diesem Hause, wohin sie nicht gehören, zur Sprache gebracht wurden. Die lahme Entgegnung seitens der Regierung war eher alles andere, als die wirksame Vertheidigung eines Beamten, der auf dieselbe zufolge seines Verdienstes vollen Anspruch gehabt hätte.

Haben wir hier im hohen Hause heute und vor einigen Tagen, als man die Existenz der Landesvertretung der Gnade des Grafen Taaffe zuschrieb, nur Ein Wort der Regierung vernommen, welche sich gegen diese ganz unwürdige Bezeichnung ausgesprochen hätte? Es wurde geschwiegen.

Es wurde auch geschwiegen, als die Majorität den Antrag eingebracht, begründet und zum Beschlusse erhoben hat, daß die 600jährige Vereinigung Krains mit Oesterreich feierlich begangen werde. Das Stillschweigen der Regierung bei einem so loyalen Acte ist instructiv für unsere Verhältnisse. (Poslanec Svetec: Ali će vlada sama za sè delati ovacijo?)

Wenn ich auf ein weiteres Symptom der befangenen Anschauungen unserer Regierung hinweisen soll, so ist es das Amtsblatt, die »Laibacher Zeitung«, welche in einer frivol und unwürdigen Weise die officielle Presse in Krain vorstellt.

Dies hängt zusammen mit den Vorgängen, welche sich vor einem Jahre zugetragen haben. Vorerst hat man von amtswegen jenem, der das Organ der Verfassungspartei verlegte und zugleich Verleger der Amtszeitung ist, die Pistole auf die Brust gesetzt, damit er den Verlag des ersteren aufgab, widrigens es auch mit dem Verlage der Amtszeitung sein Ende hätte. Das können die Herren nicht widersprechen. (Klici na levi: Prav je bilo — Rufe links: Recht war's.)

Nachdem der factische Leiter des Blattes allen ihm gestellten Zumuthungen gegenüber seinen Principien treu blieb und eine Aenderung in seiner Haltung nicht eintreten lassen wollte, ist er von amtswegen entlassen worden. Es trat nun ein Wechsel in der Haltung des Blattes ein, indem man maßgebendorts die Leitung selbst in die Hand nehmen wollte. Wie sieht es nun aus? (Klici na levi: Sijajno! — Rufe links: Brillant!) Das ist Geschmackssache. (Dr. Zarnik: Se nikdar tako! — Svetec: Boljsi kakor »Wochenblatt«!)

Wenn die Herren ausgesprochen haben, bitte ich wieder ums Wort, Herr Landeshauptmann = Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter:

Ich bitte den Herrn Redner, sich etwas mehr auf Dinge zu beschränken, die mit dem Gegenstande zusammenhängen.

Abgeordneter Dr. v. Schrey:

Es ist das nur eine Erwiderung auf dasjenige, was vorgekommen ist.

Die Haltung des Amtsblattes also ist so einseitig, wie so manche andere Action der Regierung. Wir finden darin die mit Vorliebe gepflegte Citirung der heftigsten nationalen Heßblätter, es werden darin Artikel wohlwollend besprochen, die früher im Amtsblatte keines Wortes gewürdigt worden sind. Und wenn ich auf die jüngste Zeit

zurückschau, wie sind die Landtagsberichte dargestellt? In einer Weise, welche ebenso unwürdig ist, als die Wahrheit entstellt. (Pohvala na desni — Beifall rechts — Ugovori na levi — Klici: Kje? kedaj? — Widerspruch links — Rufe: Wo? wann?)

Deželnega glavarja namestnik:

Prosim, ne motiti gospoda govornika.

Abgeordneter Dr. v. Schrey:

Ich glaube nicht zu irren, wenn ich alle Vorgänge, welche das Amtsblatt betreffen, auch als Symptom jener Richtung bezeichne, welche heute in Krain maßgebend ist. Weil dies der Fall ist, so würde ich, was mich betrifft, die Erklärung abzugeben mir erlauben, daß ich in der Kennzeichnung dieser Verhältnisse durch den fraglichen Passus des Majoritätsberichtes nur die richtige Würdigung derselben erblicke.

Poslanec dr. Poklukar:

Ker je videti, da debate o našem predmetu ne bo konca, bom še nekaj omenil.

Pred saboj imamo predlog, kateri z razlogi, ki smo jih slišali, nima nobene zveze, vendar hočem na to nekoliko besedi odgovoriti.

V prvej vrsti moram reči, da se zahvaljujem poročilu večine, da je ta, čeravno brez uzroka, tako jasno demaskirala svoj obraz, kaj hoče storiti.

Stavki, katere je gospod dr. Zarnik citiral, kažejo, kaj predlogi večine hočejo, namreč: posnemati one zbere, kjer so Nemci v večini, in skleniti vladi nezaupnico. Ako iz našega deželnega zbora vlada dobi nezaupnico, si jo je sama prišla iskat, ker nam tistih pravic, ki nam gredó, ni skazala.

Gospod predgovornik je govoril o razpustu deželnega zbora in omenil v svoji navadni ponižnosti; da vlada zarad tega ni razpustila zbora, ker si ne upa vtrpeti pomoči tako izvrstne stranke, kakor jo vidimo nam nasproti. Ako se spominjate po malem debat, katere smo imeli v začetku tega zbora, bote vedeli, zakaj mi zahtevamo, naj se razpusti ta zbor. Krivičen je in ne zastopa dežele, ampak k večjem 5% dežele. Zato smo vedno zahtevali, da naj se razpusti ta zbor, da se krivica popravi. Mi smo bili prej v večini, predno ste Vi prišli k veljavi in smo pokazali, da za deželno korist in avstrijski čut znamo toliko skrbeti kakor nasprotna stranka. (Dobro! na levi — Bravo! links.) Vi ste toraj prišli s tem predlogom, ker hočete dati vladi nezaupnico.

Ravno tako napadate v drugem odstavku deželno vlado, samo nekoliko bolj sramežljivo, da ne poveste sedanjega deželnega predsednika. Gospoda moja, dokazali niste ničesar, da bi bil najmanjšo krivico storil. Reklo se je, da se sedaj naš oficijalni časnik ureduje drugače, kakor popred. Tudi Vi ne boste tako naiivni, da bi si vlada v lastnem listu dala zabavljati, kakor se je prej godilo.

In če hočete vedeti, kako dežela misli o gospodu deželnem predsedniku, lahko jo vsaki dan vprašate,

in odgovorilo se Vam bo: tacega predsednika nismo še imeli; Bog nam ga še dolgo časa ohrani. (Burni dobroin živjoklici in dolgo trajajoče ploskanje z rokami na levi in med poslušalci — Stürmische Bravo- und Ziviorufe und lang anhaltendes Händeklatschen auf der Linken und im Zuhörerraume.)

Berichterstatter der Majorität Freih. v. Apfaltrern:

Ist denn das in der Ordnung, daß da applaudirt wird, als wären wir im Theater! Das ist bestellte Claque. (Dobro! na desni — Bravo! rechts. — Velik nemir na levi in med poslušalci — Große Unruhe links und im Zuhörerraume.)

Deželnega glavarja namestnik Graselli:

Prosim gospode poslušalce, da se nikdo ne vtika v debato.

Abgeordneter Potočnik:

Ich erlaube mir zu erklären, daß ähnliche Scenen auch anderswo vorkommen, daß insbesondere in Wien die Galerien des Reichsrathes einmal geräumt werden mußten, und es war dies nicht ein Fall wie hier, wo die Zuhörer eingetreten sind für den Vertreter Sr. Majestät des Kaisers von Oesterreich. (Ugovori na desni — Widerspruch rechts. Dr. Schaffer: Das ist eine Zufamie! — Dr. v. Schrey: Das sind Beweise!)

Poslanec Svetec:

Naše seje so očitne, poslušalci imajo pravico zraven priti in so se nadejali, da bo zanimiva debata. Zato so prišli, ne pa kakor klaka, katere ne potrebujemo.

Deželnega glavarja namestnik Graselli:

Želi se kdo besede?

Poslanec dr. Zarnik:

Prosim za dejanstveni popravek.

Abgeordneter Deschmann:

Ich bitte, die Geschäftsordnung zu handhaben, er hat schon zweimal gesprochen.

Poslanec dr. Zarnik:

Samo dejanstveni popravek, sicer ostane to ne-replicirano, kar je bilo povedanega.

Jaz predlagam konec seje in si pridržim besedo za prihodnjo sejo. Ako bi se ne sklenil konec seje, bom denes govoril. (Predlog ne obvelja — Der Antrag wird abgelehnt.)

Deželnega glavarja namestnik Graselli:

Prosim, da se slavni zbor izreče, ali dá gospodu govorniku še besedo.

Poslanec dr. Zarnik:

Mislím, da ni treba tega, ker sem se oglasil samo za faktučni popravek.

Deželnega glavarja namestnik Graselli:

Prosim, da se omeji gospod govornik samo na stvarne opazke.

Poslanec dr. Zarnik:

Gospod dr. Schrey pravi, kako da se gospod deželni predsednik ni takrat oglasil, ko sem jaz govoril o grof Taaffe-jevi milosti. Vsi se veste spomniti, da je ud nasprotne stranke nam zvonil mrtvaški zvon, ali nobenemu izmed nas ni takrat v glavo padlo, aperlirati na vladó, da bi nas bila pred temi napadi varovala. (Klici na desni: Opravilni red — Rufe rechts: Geschäftsordnung!)

Resnice nečete slisati, to je »Geschäftsordnung.« (Veselosť na levi — Heiterkeit links.)

Kar se je prej očitalo zaradi uradnega lista (klici na desni: To ni popravek! — Rufe rechts: Daß ich keine Berichtigung!)

Ali smem vse povedati?

Abgeordneter Dr. Schaffer:

Jeder hat nur zweimal das Wort und nicht öfter.

Poslanec dr. Zarnik:

Na ta téma prvíkrat odgovarjam. Reklo se je, da nas »Zaibacher Zeitung« protežira, ali letošnje leto pod sedanjim vredništvom ni hotela prinesť naših kandidatov niti kot inserat. Poprej so bili v tem listu vedno opazke zoper nas, in v tem listu naredila se je prva haló-buka za tisto malenkost, ki je bila v Medvodah, in tam se je reklo z vsó perfidnostjo, da je narodna stranka ljudstvo nahujskala. Ali je mogel tak redaktér še dalje časa ostati pri uradnem listu? — Uradni list mora biti neutralen in tak je sedaj, hvala Bogu.

Kar omenjate od »Tagblatt«-a, to je gola hinavščina. »Tagblatt« je bil pasiven in lastnik je bil vesel, da se ga je znebil, ker je zgubil pri njem tisoče in tisoče goldinarjev. Saj pravite, da ste kapital in inteligencija, zakaj ne zložite 10,000 gld.? Mestni zbor bi Vam gotovo dal koncesijo, da si napravite svojo tiskarno, kakor jo imamo slovenski reveži in potem bi tam, kakor gospod Deschmann pravi, lahko producirali naprej svojo žindro. Noben list pa ni bil tako umazan kakor »Tagblatt«, ki je napadal vse.

Landeshauptmann

(prevzame zopet predsedstvo — übernimmt wieder den Vorsitz):

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter der Minorität das Wort.

Poročevalec manjšine Luka Svetec:

Prosim, da bi se seja sklenila, ker je materijala preveč, da bi ga človek mogel sedaj obdelati.

Abgeordneter Dr. Ritter v. Besteneck:

Herr Landeshauptmann, darf ich mir die Frage erlauben, ob die Debatte schon geschlossen ist?

Landeshauptmann:

Die Debatte ist geschlossen und ich bringe den Antrag auf Schluß der Sitzung zur Abstimmung. (Ne obvelja — Wird abgelehnt.)

Poročevalec manjine Luka Svetec:

Obžalujem, da niste seje sklenili. Vam je lahko sedeti in poslušati, ali toliko materijala obravnavati, ko je seja že sedem ur trpela in se je toliko od vseh strani debatiralo, to je za enega človeka nemogoče.

Zatoraj jaz ne morem drugače, kakor čisto na kratko odgovarjati.

Najpred moram odgovoriti gospodu dr. Schaffer-ju, ki je nekaj govoril, da je sedaj v našej deželi, kar je to ministerstvo, nekaka razprtija. To je gola neresnica. Kje je razprtija? — Tukaj v našej zbornici, ker nas Vi vedno provocirate in ste nas tudi danes, ko ste prinesli te stvari zoper vladó, akoravno ste vedeli, da jo bomo branili. Oni dan je bila razprtija, ko smo obravnavali normalno-solski zaklad, ker ste začeli nemščino siliti v naše šole in deželni denar razmetavati. Gospóda moja, razprtija v strankarskem obziru v našej deželi biti ne more, kadar so Slovenci mirni. Če je slovenska stranka mirna, je mir v deželi, ker druge stranke ni; Vi niste stranka, ampak klika (veselosť na levi — Heiterkeit links), katere udje se lahko na perste štejejo in če se tudi na glavo postavite, zarad tega ne bo nemira v deželi.

Očitala se je sedanji vladi neka frivolnost, da s koncesijami kupčuje za stranke. Gospóda moja, če imamo kaj očitati ti vladi, je to, da prepočasi uresničuje ravnopravnost. Tukaj je vzrok nemira in razprtije. Naj vlada uresniči svoj program in razprtije bo konec v Avstriji.

Drugo, kar mi očitamo vladi, je njena potrpežljivost s to nepostavno večino. Mi smo Vam na tanko dokazali, kako nepostavno ste pri volitvah ravnali (Ritter v. Besteneck: Beschlüsse sind functionirt worden!), da vlada trpi to neopravičeno večino, to je njena krivica.

Gospod dr. Schrey je rekel: Vlada sedaj ni razpustila zbora, morebiti ga bo pozneje, ko bo našo stranko potrebovala. Takih časov je že več bilo, akoravno so bili taki možje na vladi, ki niso marali Slovencev, ali ko je nadloga pritiskala, so jim bili dobri slovenski možje. Leta 1848, 1859 in 1866, ko se je naša barka začela topiti in je potrebovala vlada narodov, takrat je slavna vlada klicala naše moze: gospoda dr. Bleiweisa, gospoda dr. Tomana in druge na posvetovanje, kako bi se narod vzdignil in kako bi se pomoč dobila proti sovražniku. (Abgeordneter Deschmann: Alle Krainer!) Znabiti da se zopet kak vladni mož najde, da bo videl, kdo v deželi reprezentira moč in vladino podporo.

Gospod dr. Schrey dvomi, da bi se pod sedanjo vladó o reorganizaciji izdelala taka postava, ki bi bila pravična. Kako so pa prejšnje vlade delale, zlasti volilne

rede za deželni zbor, za državni zbor? Takrat je bilo treba pravične vlade, ali žalibog, da je ni bilo.

Gospod dr. Schrey je rekel, da dosedaj še nobene vlade hvalili nismo, — ali tudi vzroka nismo imeli, ker nismo imeli še pravične vlade! (Dr. v. Schrey: Daš išt eš eben.) Če se sedaj kaže, da vlada hoče pravična biti, se nikar ne čudite, da se za njo potegujemo.

Gospod dr. Schrey se tudi čudi, da se sedanja vlada na večino v deželi ozira, in zdi se mu, da ima ž njo več dotike kakor z nasprotno stranko. Temu se ni čuditi, naša stranka reprezentira 95 % v deželi in še malo več in je vredna, da se vlada malo nanjo ozira in tudi ni pregrešek, če se nanjo bolj ozira kakor na nasprotno stranko.

Gospod dr. Schrey je omenjal od deželnega šolskega sveta, da mu njegov sklep zastran vpeljave učnega jezika na preparandiji ni obveljal. Temu se nikakor ni čuditi, krivica bi bila, ako bi bil obveljal, in čisto prav je naredila vlada, da se na sklepe sedanjega šolskega sveta ni ozirala. Ali je on tako sestavljen, da bi dajal kako poročstvo za ravnopravnost? (Dr. von Schrey: Um daš hat sich ja nicht gehandelt!)

Gospod dr. Schrey se tudi čudi, da gospod deželni predsednik ni bolj branil gospoda deželnega šolskega nadzornika zoper napade. Gospôda moja! Več vendar ne sme povedati, kakor je res. Toliko ga je branil, kar je res, in prepričan sem, da ga je več zagovarjal, kakor resnici služi. Toliko na splošne napade. Sedaj pa naj zagovarjam še predloge.

Gospod dr. Schaffer je manjini očital, da se je postavila na historično podlago, in čudno se mu zdi, kako je mogoče, hoditi nazaj v stare zarujavele čase in tiste jemati si v izgled. Tega tudi manjina ne pravi, da bi se moralo kopirati tisto, kar je bilo, ali princip je resničen, da se dežela zastran politične uprave sama vlada. To ni nič čudnega, vsaj po mojih mislih vsak svoje zadeve najbolj razumi. Tako je v privatni hiši, da gospodar vé, kaj je potreba, v občini občina in v deželi dežela. Se vé da porečete, če se deželam dajejo pravice, potem je to centrifugalnost, federalizem in Bog vé kaj še. Ali skušnja uči in historija potrjuje, da so se dežele tudi pod takimi vladami dobro počutile.

Moj predgovornik, gospod dr. Zarnik, je že razložil razmere v Ameriki, in ozrmo se nazaj v našo lastno zgodovino. Za cesarja Leopolda I. je bilo tisto stanje, na katero manjina tukaj kaže, da so se dežele tukaj same upravljale. Ali niso bile takrat velikanske vojske zmagovite zoper Turke, na Nemškem, zoper Francoze, na Laskem? Povsod so naši zmagovali, akoravno so se dežele takrat same upravljale. Leta 1859 smo imeli centralizem, kakoršnega si le misliti moremo, in kako je bilo pri nas? Naša armada je bila premagana in državne vezi so pokale na vseh krajih. Toraj če se tudi dežele same upravljajo, to še ni slaba vlada in to ne nasprotuje državni moči. Ali manjina je rekla, da to je sedaj ideal, da ne moremo nazaj segati, čeravno je to edina pot, dvojno upravo odstraniti in stroške deželi pomanjšati.

Kar se tiče poročila večine, moram priznati, da smo se v prav važnih rečeh strinjali. Večina in manjina ste mnenja, da se morajo plačani državni organi

ljudstvu približati, samo da večina zastran tega ni nič nasvetovala. Nadalje smo spet skoraj ene misli, da se napravijo za okrajne zadeve okrajni zastopi, samo s tem razločkom, da jih večina podvriguje nepogojno okrajnim glavarjem in da jim ne daje druge pravice, kakor denar privoljevati. V čemer pa se večina bistveno loči od manjine, to je vprašanje avtonomije. Večina je nasprotna avtonomiji in je pokazala, da jej ta ni posebno na srce priraščena. Temu se ne smemo čuditi, nam je avtonomija velike vrednosti, mi vemo, da brez avtonomije ni svobodnih uredbev v državi, ni pravega ustavnega življenja. Vaša stranka se za avtonomijo ne poteguje, češ, boljši je v senci cesarskih kraljevih okrajnih glavarjev. Zatoraj je manjina nasvetovala, da se sedanje pomankljivosti, ako so katere, odpravijo in da se med občine in dežele vmes postavi okrajna občina in da se ta okrajna občina v zvezo spravi z državno oblastjo tako, da po eni strani okrajni zastop gleda na to, da se avtonomiji krivica ne godi, nasproti pa, da vlada s svojim zastopnikom v okrajnem zastopu za to skrbi, da se sklepi okrajnih zastopov izvršujejo, da je v organu za okrajno občino en zvedenec v postavi in v upravnem delovanju.

Ako se sedaj ozremo na to, kar večina nasvetuje, da se smejo nekatere reči prevzeti iz domačega področja v izročeno, nekatere pa popolnoma izročiti okrajnim glavarstvom; da se imajo pritožbe tako vravnati, da gredo na okrajna glavarstva, da preide nanje tudi pravica, v občinskih rečeh kaznovati, če prestopimo na vse to, se meni ti nasveti ne zdé dosledni po premisah, katere večina ima.

Večina pravi, pomanjkljivosti so zlasti v tem, da so občine premajhne, da jim manjka izvedenih občinskih organov; v prvem obziru svetuje, da naj bi se operati, katere je deželni odbor izdelal o skladbi občin, od vlade potrdili. V tem obziru, da se občine zložé, smo imeli lani debato. Obzaljujem, da nasprotna stranka takrat tega ni razumela, ker se ji sedaj potrebno zdi, majhine občine odpraviti. Ona je odločila mesta in trge od kmečkih občin in nekatere občine je še veliko zmanjšala proti prejšnim. To napako ponovil je deželni odbor tudi v letošnjem operatu. Kakor vidimo iz računskega poročila, je v zatiškem okraji naredil občino gabersko, zatiško in krško z najmanj 3000 dušami, Višnjo goro pa s 400 dušami. Kaj če tak pritlikovec med takimi velikani? Ali bo ta mala občinica mogla prevzeti bremena, katera imajo nositi velike občine? Tega niste naredili z ozirom na občinsko korist, ampak ker strankarski oziri pri Vas prevladujejo, češ: Višnja gora je mestice, kjer je nekoliko nemčurjev, te bomo posebej djali. V tem oziru moram visoko vlado naravnost prositi, da takih operatov, ki občine tako kazé, nikakov ne potrdi. Sedaj večina svetuje, naj se velike občine napravijo, potem se bo našlo dovolj materialne podpore in delavnih moči. Čemu predelujete potem področje, če bodo občine imele dosti moči, jim ni treba področja zmanjševati.

Nadalje svetujete, naj se več reči iz domačega področja predene v izročeno. Ali ste prevdarili, kaj to pomeni? Jaz sem tako svoboden, da preberem § 98. občinske postave, ki se glasi (bere — fíešt):

»Da se ohrani réd, ima politična okrajna gosposka pravico, da takim županom (glavarjem), kateri prestopijo dolžnosti izročenege področja, prisodi do 20 gl. globe. Ko bi župan (glavar) te dolžnosti večkrat tako prestopil, da bi se mu brez nevarnosti za javne koristi več ne mogla v rokah pustiti opravila izročenege področja, in ako tudi občinski odbor, če prav mu je bilo rečeno, te stvari ne predružači, tedaj politična okrajna gosposka ob občinskih stroških lahko postavi kacega drugega človeka da prevzame ta opravila.

Gospôda moja! Kako lahko je okrajnemu glavarju, najti kako občino, ki mu ni všeč in reči: župan tega in prav storil, in nasledek je, da ga lahko kaznuje za 20 gl., da odzame občini opravila in jih dá na njene stroške po kom drugem izvršiti. Ali je to šala za občine? Ali mislite, da bomo lahko dobivali dobre župane, ako bodo vedno v nevarnosti, da se kaznujejo, ali da se jim drugi ljudje postavljajo na njih stroške? —

Tako večina tudi svetuje, da naj se stavbene reči predenejo iz domačega v izročeno področje, ker župani niso zmožni, da jih opravljajo. Ali bodo potem zmožni? — Župani ostanejo tisti, samo da se bodo okrajna glavarstva vmes mešala. In kaj pomeni to pri stavbenih stvarih? Najmanjša reč se ne sme narediti brez dovoljenja, ne peč predstaviti, ne okno, ne dimnik pre narediti. Če se bodo v vse to okrajna glavarstva mešala, koliko stroškov, koliko potov in koliko sitnosti bo za ljudi!

Radi priznamo, da vse na deželi ni v takem redu, kakor bi pod vajenimi in postavo dobro znajočimi občinskimi organi biti moglo. Ali tako slabo tudi ni, kakor nekateri kričé. Kar se tiče varnosti življenja in premoženja, ni slabije kakor je bilo poprej, ko so imeli vse cesarski uradi v rokah. Kar se tiče cest, sem prepričan, da so vsaj v takem stanu kakor so bile poprej, v nekaterih krajih se boljše, v nekaterih morda tudi slabije. Ali kar je sedaj sploh boljše, prihranjeno je što in sto sitnosti. Kdor se spominja časov, ko je vedno za petami stal žandarm ali policaj, ta si jih ne bo več nazaj želel.

Nadalje se imajo izročiti okrajnim glavarstvom vse poselske reči.

Gospôda m ja, če se pomisli, kako priproste razmere so v tem obziru na deželi, jih ne bomo izročali okrajnim glavarstvom. Dokler služba trpi, se posel in gospodar pred županom prav lahko pobogata brez protokola. Ko pa služba neha, potem posel ali gospodar počaka 30 dni in gre k sodnji. Kakor pa sedaj svetujete, bodo namesto dveh inštanec tri inštanec. Ne bo se vedelo, kam naj se gré in stvar bo le še bolj zamotana.

Kar se tiče tega, da bi se občinam vzela kaznovalna pravica, to gré, kakor je že gospod vitez Kaltenegger omenil, dalje kakor vlada zahteva. Da bi se kaj od izročenege področja oddalo okrajnim glavarstvom, tega vlada ne zahteva, ampak ona le vpraša, kaj naj se dá iz domačega v izročeno področje.

Kaznovalsko pravico župan izvršuje v izročenege področji, če te pravice nima in ne more izvrševati, kar mu dovoljuje § 59 občinske postave, kaj je pa še vreden? Če nima nobene oblasti v rokah, potem je naravno, da nima nobenega spoštovanja.

Kar se tiče pritožbene poti, svetujete, da naj gré pritožba do okrajnega glavarstva v vseh rečeh domačega in izročenege področja. Gospôda moja, tak način bi bil po mojih mislih prav čuden in nikakor ni v mislih naše organizacije sploh, kajti v naši organizaciji je povsod ta princip, da, kadar sodi v prvi inštaneci kolegijum, naj sodi kolegijum tudi v drugi inštaneci. Vi pa to stvar narobe obračate. Župan, kadar sodi, mora privzeti dva svetovalca, pritožba pa naj gré na okrajno glavarstvo in tam sodi ena oseba, kar je v nasprotji z našo organizacijo o pritožbah.

Tretja inštanca bi bila po nasvetih večine deželna vlada. To je zopet več, kakor vlada zahteva. Vlada praša, ali ne bi se dala tretja inštanca tako narediti, da bo deželna vlada sestavila kolegijum pod predsedstvom deželnega predsednika, v katerega bi tudi deželni odbor pošiljal svojega prisednika. Vi, gospôda moja, to vladino pogodbo odbijate.

Kakor sem že rekel, na tanko poročati o tej stvari v tako poznej uri ni mogoče in zarad tega se ne bom spuščal v daljne debate, čeravno bi imel še veliko povedati. (Pohvala na levi — Beifall links.)

Berichterstatter der Majorität Freiherr v. Apfaltrern :

Wenn der sehr verehrte Herr Vorredner und Berichterstatter der Minorität glaubt, daß er durch seine mit ebensoviel Klarheit als Präcision vorgetragenen Ausführungen die Mitglieder dieses hohen Hauses überzeugt hat, daß die Vorschläge, welche er dem hohen Hause in seinem Berichte vorgelegt hat und namentlich sein Ideal für die künftige Organisation unserer politischen Verwaltung, welches bekanntermaßen in einem von durchaus autonomen Organen gewählten Verwaltungskörper mit einem von der Krone ernannten, dem Landtage verantwortlichen Statthalter bestehen soll, die richtigen sind und daß er die Mitglieder dieser (desne — rechten) Seite des hohen Hauses zu seinen Ideen bekehrt hat, sowie daß er sie für sein Palliativmittel der vielfach bekämpften Einführung der Bezirksvertretungen und für das Arcanum der Genbarmeriebisposition für die Gemeinden gewonnen hat, so ist er in einem gewaltigen Irrthume begriffen, so anerkennenswerth auch sein Eifer ist, den er bei diesen Bekehrungsversuchen an den Tag gelegt hat. Jedoch in einer so vorgerückten Stunde und bei einer so ermüdenden Debatte, wie sie heute das Haus durchgemacht hat, auch noch die Anforderung stellen, in Gegenständen, die bereits zu wiederholtenmalen auf das eingehendste erwogen und debattirt worden sind, noch im letzten Augenblicke eine Umstimmung zu versuchen durch eine Rede, welche mehr als eine halbe Stunde in Anspruch genommen hat, in diese Verirrung des Geschmacks werde ich nicht verfallen. Ich werde für meine Ausführungen nur ein paar Minuten in Anspruch nehmen und dann die Entscheidung dem hohen Hause überlassen.

In dieser Richtung muß ich zunächst meine Bewunderung über die sonderbaren Begriffe ausdrücken, welche der erste Redner in der Debatte von parlamentarischen Gebräuchen besitzt, wenn er sagt, der Herr Vorsitzende des Ausschusses hat den Bericht der Majorität unterschrieben, in welchem nach seiner Ansicht die Autorität der Regierung untergraben wird, wenn er sohin durch solchen Vorwurf

den betreffenden Herrn Kollegen à drittura vernichtet zu haben meint. Nun müßte der betreffende Herr doch wissen, daß der Vorsitzende eines Ausschusses dasjenige unterschreiben muß, was die Majorität beschließt, und wenn er schon jemanden haben will, um ihn für die vermeintlichen argen Vergehungen zu strafen, wenn er einen verantwortlichen Redacteur haben will, so habe ich die Ehre mich als solchen vorzustellen. (Pohvala na desni — Beifall rechts.) Ich habe den Bericht geschrieben, der Ausschuss hat ihn genehmigt und der Obmann hat ihn unterschreiben müssen. Es wäre auch gegen allen parlamentarischen Gebrauch gewesen, wenn der Obmann diese Unterschrift unter die von der Majorität des Ausschusses acceptirte Textirung des Berichtes verweigert hätte und ihn dafür — ich hätte bald einen unparlamentarischen Ausdruck gebraucht — verantwortlich zu machen, ist ein Verkennen der Situation.

Der Ausschuss hat in seiner Majorität einen Passus gebraucht, welcher gewissermaßen ad salvandam conscientiam zu dienen hatte, dafür, daß man in eine ganz sachliche und trocken geschäftsmäßig gehaltene Erörterung über das Regierungsquästionäre eingegangen ist, und diese Erwägung hat in dem Punkte gegipfelt, daß es sich nicht um eine radicale Reorganisation der politischen Aemter handelt, sondern darum, wie den bestehenden Uebelständen der politischen Verwaltung, namentlich der theilweisen Doppelverwaltung abgeholfen werden soll.

Der Ausschuss ist von der Erwägung ausgegangen, daß es sich nicht um eine durchgreifende Organisation handelt und daß er um so leichter sein Gutachten abgeben könne, weil er im entgegengesetzten Falle genug Anlaß hätte, das Ministerium vor jenen Ansinnen zu warnen, welche häufig an dasselbe gestellt wurden und welche wir in unserem Sinne als desorganisatorische bezeichnen. (Dobro! na desni — Bravo! rechts.)

Sehen Sie nach Polen, sehen Sie nach Böhmen und sehen Sie sich den Ausschussbericht der Minorität an. (Dobro! na desni — Bravo! rechts.) Die Herren der Minorität würden lieber eine Organisation für Krain befürworten, — nachdem der Vergleich schon gemacht worden ist — wie die Comitatswirtschaft in Ungarn und Kroatien ist. Das ist Ihr Geschmak und Ihre Ueberzeugung, und ich achte beides. Aber wir sind der entgegengesetzten Ansicht, und Gott bewahre uns davor, und wir möchten durch unsere Rathschläge auch nicht den geringsten Anlaß geben, Oesterreich in seinen übrigen Theilen so zu organisiren, wie Ungarn und Kroatien organisirt sind, die sich eben auf dem Wege zur Umkehr befinden.

Das ist der eine Passus, welcher übel aufgefaßt worden ist und der namentlich als ein Attentat gegen das Ministerium Taaffe gedeutet wurde, weil man sich nicht die Mühe genommen hat, den Sinn desselben zu erforschen.

Wenn ich nun zu einem weiteren Passus gehe, welcher den Herren wehe gethan hat, so kann ich nur sagen, daß ich es sehr bedauere — und ich constatire diesen Umstand, — daß von Ihrer Seite die Provocation ausgegangen ist, die näheren Motive des gebrauchten Passus auseinanderzusetzen, deshalb die Majorität des Ausschusses in die vollständige Objectivität und Unparteilichkeit der Regierung in Krain gegenüber von nationalen Einflüssen kein Vertrauen habe. Ich bin nicht der Mann, der mit seiner Meinung und Anschauung hinter dem Berge hält,

ich bin dieser Ueberzeugung und ich sage es ganz offen. Wenn Sie Motive dafür haben wollen und Ihnen die in der Debatte gelieferten nicht genügen, so könnte ich mit solchen zugebote stehen, aber Persönlichkeiten ziehe ich nie aufs Tapet, wenn es nicht sein muß.

Was das Materielle der Frage anbelangt, so kann ich nur sagen, es ist auch von den Herren der Gegenseite anerkannt, daß die Gemeinden in Krain zum großen Theile viel zu klein sind, um ihrem Wirkungskreise gerecht zu werden, daß die Administration der Gemeinde-Angelegenheiten in sehr vielen Theilen schlecht ist, daß darunter das Privatwohl, das Privatinteresse der einzelnen Gemeinde-Ansassen leidet und daß diese am dringendsten der Abhilfe bedarf. Mehr brauche ich nicht zu sagen, das genügt mir vollkommen, und das rechtfertigt die Anträge, welche der Ausschuss stellt. Es ist namentlich nothwendig, in einem Gutachten an die Regierung zu sagen, wir brauchen größere Gemeinden, und nachdem unsere Gemeindeverhältnisse nicht entsprechend geordnet sind, muß man gewisse Agenden dem Wirkungskreise der Gemeinden entziehen und in jenen der politischen Behörden übertragen, weil sonst das Privatinteresse des Einzelnen großen Gefährdungen ausgesetzt ist. Es ist keine gleichgiltige Sache, wenn jemandem, welcher den Schutz bei der Gemeindebehörde verlangt und der berechtigt ist, ihn zu verlangen, derselbe verweigert wird. Es ist das ein Zustand der Rechts- und Gesetzlosigkeit, welcher in einem geordneten Staate niemals geduldet werden kann. Ich empfehle Ihnen aufs wärmste die Annahme des Majoritätsgutachtens. (Pohvala na desni — Beifall rechts.)

Poročevalec manjine Svetec:

Prosim besede v osebni zadevi.

Gospod poročevalec večine je imenoval to, da sem o tej reči pol ure govoril, »Geschmacksverirrung«, t. j. neokunst.

Kdo je kriv, da moram v pozni uri toliko časa govoriti? Ali nisim predlagal, naj seja neha? Moja dolžnost je, zagovarjati svojo nalogo in Vi, gospoda moja, bi bili morali imeti skrb za to, da se tako važna reč v takem času obravnavava, ko so poročevalci čili in visoka zbornica dobro razpoložena. Ta »Geschmacksverirrung« pada toraj na Vaš račun.

Poslanec Navratil:

Prosim besede za osebno opazko.

Gospodom je znano, da takega poročila, kot je poročilo večine, ne more podpisati drugi kot največji nasprotnik vlade. Ker ga je podpisal gospod Kaltenegger, sem hotel konstatirati, da je on največji nasprotnik vlade.

Landeshauptmann:

Wir schreiten nun zur Abstimmung, ob der Bericht der Majorität oder der Minorität zur Grundlage der Specialdebatte genommen wird.

Ich bitte jene Herren, welche die Anträge der Minorität zur Grundlage der Specialdebatte nehmen wollen, sich zu erheben. (Po prestanku — Nach einer Pause.)

Es ist die Minorität.

Ich bitte nun jene Herren, welche für den Bericht der Majorität eintreten, sich zu erheben. (Zgodi se — Geschieht.)

Es ist die Majorität.

Wir schreiten zur Specialdebatte.

Abgeordneter Dr. Ritter v. Vesteneck :

Das Gutachten der Majorität des Ausschusses enthält nur Einen Antrag, und ich glaube, daß bezüglich dieses Gutachtens eine Specialdebatte nicht nothwendig ist, indem das hohe Haus sofort zur Abstimmung schreiten könnte.

Berichterstatter der Majorität Freiherr v. Apfaltrern :

Der Antrag lautet:

Der hohe Landtag wolle beschließen, vorstehendem Gutachten werde die Zustimmung ertheilt. (Obvelja — Angenommen.)

Abgeordneter Dr. Ritter v. Vesteneck :

Ich erlaube mir Schluß der Sitzung zu beantragen. (Obvelja — Angenommen.)

Landeshauptmann :

Die nächste Sitzung findet morgen, den 20. October, vormittags 10 Uhr statt. (Dnevni red: glej prihodnjo seja — Tagesordnung: sieh nächste Sitzung.)

Der Verwaltungsausschuß hält morgen vormittags 9 Uhr eine Sitzung.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

Seja se konča ob 30. minuti čez 5. uro. — Schluß der Sitzung 5 Uhr 30 Minuten.

